

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

LIS als Prognoseinstrument	91 Im Rahmen des Landesinformationssystems wurde eine regionale Bevölkerungsprognose erstellt.
Bevölkerungsprognose bis 1990	95 Nach den neuesten Ergebnissen der regionalen Bevölkerungsprognose scheint der Bevölkerungsrückgang in Rheinland-Pfalz bis 1990 unaufhaltsam zu sein. Da sich in diesem Zeitraum die Altersstruktur der Bevölkerung zusehends verschlechtert, besteht die Gefahr, daß sich der Bevölkerungsschwund nach 1990 verstärkt fortsetzt.
Landwirtschaftszählung 1979	105 Wie in den übrigen Bereichen der Wirtschaft finden auch über die Struktur der Betriebe in der Landwirtschaft in etwa zehnjährigen Abständen umfassende statistische Bestandsaufnahmen statt. Der Beitrag gibt einen ersten Überblick über die Erhebungen in den Jahren 1979 bis 1982, die zu erfassenden Tatbestände, die Erhebungsorganisation und die Darstellung der Ergebnisse.
Neuordnung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes	110 Die mit dem Handelsstatistikgesetz vom 16. November 1978 beschlossene Neuordnung ermöglicht neben einer Zusammenfassung der Rechtsgrundlagen eine tiefere Durchleuchtung dieses Bereiches in kürzeren Zeitabständen als bisher.
Tiefbauaufträge 1978	112 Die öffentlichen Auftraggeber vergaben 1978 Tiefbaumaßnahmen in Höhe von 1,5 Mrd. DM. Ein Auftragsvolumen dieser Größenordnung war bisher noch nicht erreicht worden. Schwerpunkt der Aufträge bildeten Straßenverkehrsbauten.
Außenhandel 1960 bis 1978	117 In knapp zwei Jahrzehnten ist der Anteil der Enderzeugnisse am rheinland-pfälzischen Export sehr stark gewachsen. Bei der Einfuhr ging er hingegen spürbar zurück.
Anhang	33* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz 39* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

LIS-Bevölkerungsprognose als erster Schritt zu einem Prognosesystem

Die Nutzung der im Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz (LIS) gespeicherten 16 Millionen Daten für Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollzwecke hat im Jahre 1978 mit 8 Millionen vermittelter Informationen bei fast 1 500 größeren Anfragen einen neuen Höchststand erreicht.

Mit der Erstellung einer regionalen Bevölkerungsprognose ist nun die Weiterentwicklung des LIS vom Analyse- zum Analyse- und Prognosesystem eingeleitet.

Das Prognosemodell gliedert sich in die beiden Teile natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung. Die natürliche Bevölkerungsbewegung wird durch Geburten und Sterbefälle bestimmt. Die Geburten werden über altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 49-jährigen Frauen, die Sterbefälle über Sterbeziffern ermittelt.

Die Prognose der Wanderungen wird getrennt für Erwerbstätige und deren Familienangehörige einerseits sowie ältere Menschen andererseits durchgeführt. Die Wanderungen von Erwerbstätigen resultieren aus dem Ungleichgewicht von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftennachfrage, soweit dies nicht über Pendelwanderungen ausgeglichen werden kann. Dabei wird auch die Erwerbslosigkeit berücksichtigt. Die Altenwanderungen werden über Fortzugsziffern bestimmt und auf die Zuzugsgebiete verteilt.

Als nächster Schritt soll eine regionale Schülerprognose entwickelt werden. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 91

1990 noch knapp 3,5 Mill. Einwohner in Rheinland-Pfalz

Der Bevölkerungsrückgang in Rheinland-Pfalz insgesamt wie in seinen Gebietsteilen scheint unaufhaltsam zu sein. Nach der neuesten regionalen Bevölkerungsprognose auf der Basis der Wohnbevölkerung zum 31. Dezember 1977 schrumpft die Bevölkerung von derzeit 3,639 Millionen bis 1990 um etwa 4% oder 147 000 Einwohner auf 3,492 Millionen. Auf 1 000 Personen zu Beginn dieses Prognoseabschnitts verzeichnet Rheinland-Pfalz bis 1990 voraussichtlich einen natürlichen Bevölkerungsverlust von 41 Personen. Während die Regionen Mittelrhein-Westerwald, Rheinhessen-Nahe und Westpfalz mit Vergleichswerten von 43, 44 bzw. 52 Personen auf 1 000 Einwohner wahrscheinlich überdurchschnittliche Verluste zu beklagen haben und die Entwicklung der Region Rheinpfalz (ohne Stadt Worms) dem Landesdurchschnitt entspricht, weist die Region Trier lediglich einen Verlust von 23 Personen pro 1 000 Einwohner auf, der weit unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Ursache des Bevölkerungsrückgangs ist vor allem die niedrige Geburtenhäufigkeit, die inzwischen im Lande um 50% steigen müßte, um eine Bestandserhaltung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die hier prognostizierte stetige Zunahme der Geburten von zur Zeit jährlich 33 000 auf 38 400 im Jahre 1989 liegt allein in den geburtenstarken Frauenjahrgängen der 50er und 60er Jahre begründet, die nach und nach ins gebärfähige Alter hineinwachsen und den Abwärtstrend der allgemeinen Fruchtbarkeit überkompensieren. Die Auswirkungen des veränderten generativen Verhaltens werden erst nach 1990 deutlich hervortreten, wenn die zu Beginn der 70er Jahre entstandenen geburtenchwachen Frauenjahrgänge ins heiratsfähige Alter kommen. Ohne nachhaltigen Anstieg der Fruchtbarkeit kumulieren sich die demografische und die verhaltensbedingte Komponente des Gebur-

tenrückgangs dann zu einem beschleunigten Bevölkerungsrückgang. Die eigentliche Problematik der vorgezeichneten Bevölkerungsentwicklung beruht jedoch darin, daß sich von einander abhängige Bevölkerungsgruppen, wie Schüler und Lehrer, entgegengesetzt entwickeln, das heißt geburtenstarke und geburten schwache Jahrgänge zusammentreffen. mr
Mehr über dieses Thema auf Seite 95

Landwirtschaftszählung 1979: Statistische Bestandsaufnahme der landwirtschaftlichen Betriebe

Infolge des anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft sind die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung von 1971 mittlerweile veraltet. Wirkungsvolle agrarpolitische Entscheidungen und Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene sind jedoch nur auf der Basis von aktuellen Daten über die betriebswirtschaftlichen, strukturellen und sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft möglich. Dies veranlaßte den Gesetzgeber, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen für die Zeit von 1979 bis 1982 wieder eine umfassende statistische Bestandsaufnahme für diesen Wirtschaftsbereich anzurufen. Angesichts der bereits seit 1975 bestehenden Agrarberichterstattung konnte das Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung 1979 auf wenige ergänzende Tatbestände begrenzt werden. Dies bedeutet eine spürbare Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe.

Die Landwirtschaftszählung 1979 gliedert sich in mehrere Teilerhebungen. Die zunächst Anfang Mai gemeinsam mit der Agrarberichterstattung stattfindende Haupterhebung richtet sich an alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Hier geht es um die Feststellung von Besitzverhältnissen, Pacht-preisen, von Angaben über den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen sowie über die betrieblichen Arbeitskräfte. Auskünfte über die soziale Sicherung und die fachliche Vorbildung des Betriebsinhabers werden in diesem Zusammenhang nur in jedem zehnten Betrieb eingeholt. Die auf die Spezialbereiche Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei zugeschnittenen Erhebungen folgen zeitlich gestaffelt bis Mitte 1982. ix

Mehr über dieses Thema auf Seite 105

Stärkere Auswinterungsschäden

Der ungewöhnlich lange, bis in die ersten Maitage hineinreichende Winter hinterließ auch auf den Getreidefeldern teilweise beträchtliche Schäden. Annähernd 8 000 ha Getreide einschließlich der Olfrüchte sind so stark ausgewintert, daß sie neu bestellt werden müßten. Das sind fast 4% der gesamten Aussaatfläche. Hieran ist der Winterweizen zwar mit gut 3 000 ha beteiligt, verzeichnet aber mit 2,6% noch die niedrigste Auswinterungsquote. Deutlich härter sind Wintergerste und Roggen betroffen, bei denen 5,3 bzw. 4,4% der Aussaatfläche Totalschäden aufweisen. Die stärksten Auswirkungen zeigten sich jedoch beim Winterraps. Mit rund 400 ha oder 15% der Anbaufläche lag hier der Schadensanteil mit Abstand an der Spitze aller Wintersaaten. Vor allem in Höhengebieten weisen auch die nicht umgebrochenen Felder Lücken auf. In Verbindung mit einem erheblichen Vegetationsrückstand wurde der Wachstumsstand der Wintersaaten und der Feldfutterpflanzen Mitte April in vielen Gebieten geringer als sonst üblich beurteilt. po

kurz + aktuell

Tuberkulose seit mehr als 20 Jahren rückläufig

Am Jahresende 1978 betreuten die rheinland-pfälzischen Tuberkulosefürsorgestellen 5 316 an aktiver Tuberkulose erkrankte Personen. Das sind 400 Patienten weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Damit hat sich das über seit zwei Jahrzehnten festzustellende kontinuierliche Absinken des Krankenstandes mit einer Abnahme um 6,9% fortgesetzt. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung entfielen auf 100 000 Einwohner 146 tuberkulosekranke Personen, während es in den Vorjahren 157 (1977) bzw. 163 (1976) gewesen waren.

Die häufigste tuberkulöse Erkrankungsform ist die Tuberkulose der Atmungsorgane. Daran litten im Berichtsjahr vier von fünf Erkrankten, was einer Morbiditätsziffer (Erkrankungshäufigkeit) von 119 auf 100 000 Einwohner entspricht. Annähernd ein Viertel der dieser Diagnosegruppe zugeordneten 4 314 Patienten hatte einen durch Bakteriennachweis gesicherten Prozeß. Unter den als extrapulmonale Tuberkulose bezeichneten übrigen Organ tuberkulosen (1 002) dominierten die des Urogenitaltraktes (454), der peripheren Lymphknoten (213) und der Knochen und Gelenke (135). Für die Gruppe der extrapulmonalen Tuberkulose errechnet sich eine Morbiditätsziffer von 27,6.

Als Neuzugänge kamen im Berichtsjahr 1 652 Personen wegen einer tuberkulösen Erkrankung in Betreuung der Tuberkulosefürsorgestellen. Bei vier Fünftel der Neuerfaßten handelte es sich um Ersterkrankte, bei 18,5% um Wiedererkrankte. Ein nur geringer Teil (2,1%) wurde als Zuzüge aus anderen Ländern registriert. Den diagnostischen Feststellungen zufolge litten 84% der neuerfaßten Kranken an Lungentuberkulose. Für die ebenfalls seit Mitte der 50er Jahre rückläufigen Zugänge ergaben sich in den beiden letzten Jahren Morbiditätsziffern von 48 (1977) und 45 (1978).

Aus der Betreuung der Fürsorgestellen sind im Laufe des Jahres 1978 insgesamt 2 046 Personen ausgeschieden. Das war etwa jeder Dritte der Ende 1977 nachgewiesenen Erkrankten. Es verstarben 281 der erfaßten Personen, jedoch war nur bei 71 die tuberkulöse Erkrankung die unmittelbare Todesursache. zi

Neues System der Statistiken des Handels und Gastgewerbes

Handel und Gastgewerbe sind in der amtlichen Statistik der Vergangenheit nicht den Bedürfnissen entsprechend erfaßt worden. Insofern wurde bereits im Anschluß an die letzte Handels- und Gaststättenzählung in den Jahren 1969 und 1970 mit den Vorüberlegungen zu einer Reform begonnen, die in dem Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz) vom 16. November 1978 ihren Niederschlag fand.

Am Anfang des neuen Berichtssystems steht die Handels- und Gaststättenzählung 1979 für 1978, die als Totalerhebung einen tiefgehenden Einblick in die funktionale und regionale Struktur dieses Wirtschaftsbereichs geben soll. Diese Erhebung bildet außerdem die Auswahlgrundlage und den Hochrechnungsrahmen für die sich daran anschließenden monatlichen, jährlichen und mehrjährlichen Repräsentativeverhebungen. Die Handels- und Gaststättenzählung soll bereits im Jahre 1985 für 1984 wiederholt werden, so daß künftig wesentlich früher eine Neuauswahl der Berichtspflichtigen gewährleistet wird.

Ein Teil der früher in der Handels- und Gaststättenzählung total erfragten Merkmale, wie Wareneingang und -bestände, Lohn- und Gehaltssummen, wurde aus Kostengründen auf die repräsentativen Jahreserhebungen verlagert. Die Ergänzungserhebung, die früher Bestandteil der Totalzählung war, ist im neuen System mit den Jahreserhebungen verbunden und findet alle fünf bis sieben Jahre statt. Die monatlichen Repräsentativeverhebungen sind die einzigen Erhebungen des neuen Systems, die in der alten Form weitergeführt werden.

Darüber hinaus wird in Rheinland-Pfalz alle zwei Jahre die Kombinationsstatistik aus der anonymisierten Umsatzsteuer- und der laufenden Einzelhandelsstatistik, die auch zwischen den Totalzählungen eine Darstellung der Einzelhandelsumsätze nach kreisfreien Städten und Landkreisen ermöglicht, durchgeführt. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 110

Produktion des verarbeitenden Gewerbes im 1. Vierteljahr 1979 mit aufsteigender Tendenz

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz ist im März 1979 gegenüber dem Vormonat um 0,7% zurückgegangen. Im Vergleich zum März 1978 ist ein leichter Anstieg um + 0,3% zu verzeichnen, der auf die beträchtliche Zunahme im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 12%) zurückzuführen ist. Die übrigen Hauptgruppen konnten das Ergebnis des Vorjahrs nicht ganz erreichen (Grundstoff- und Produktionsgüter — 0,6%, Verbrauchsgüter — 0,8%, Investitionsgüter — 2,9%). Im Vergleich zu Februar 1979 haben sich die Hauptgruppen unterschiedlich entwickelt: So konnte neben dem Nahrungs- und Genußmittel- (+ 3,5%) auch der Investitionsgüterbereich (+ 0,5%) eine leichte Zunahme melden, während das Verbrauchsgüter- (— 1,3%) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (— 2,3%) Rückgänge auswiesen.

Die Produktion im ersten Vierteljahr 1979 läßt mit einer Zunahme um 1,8% gegenüber dem Vorjahr eine aufsteigende Tendenz erkennen. Diese wird noch deutlicher bei einem Vergleich mit den jeweils ersten drei Monaten der Vorjahre. Hier ist eine Zunahme gegenüber 1975 um 11% festzustellen. Auch die Ausstoßziffern der konjunkturell günstigen ersten Quartale 1976 und 1977 zusammen wurden leicht übertragen.

Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1978 wiesen alle Hauptgruppen, mit Ausnahme des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, Zunahmen auf. Der Ausstoß dieser Hauptgruppe lag um 1,6% unter dem Vorjahresergebnis. Die leichte Zunahme um 0,2% gegenüber den Vergleichszeiträumen 1975 bis 1978 zusammen deutet aber auch hier eine Tendenzwende an.

Von den wichtigsten Wirtschaftszweigen des Landes wiesen folgende im Vergleich zum ersten Quartal 1978 bzw. zu den Vergleichszeiträumen 1975 bis 1978 zusammen eine besonders erfreuliche Entwicklung auf: das Ernährungsgewerbe (+ 8,6 bzw. + 12%), der Straßenfahrzeugbau (+ 6,7 bzw. + 8,6%), die Herstellung von Kunststoffwaren (+ 4,3 bzw. + 15%), EBM-Waren (+ 3,3 bzw. + 5,1%) sowie die chemische Industrie (+ 2,5 bzw. + 4,3%). Bei Steinen und Erden führten die witterungsbedingten Produktionseinbußen zu Rückgängen um 23 bzw. 25%. Eine noch immer rückläufige Entwicklung wurde auch bei der Holzverarbeitung (— 8,3 bzw. — 15%) und der Herstellung von Schuhen (— 7,3 bzw. — 12%) festgestellt. fn

kurz + aktuell

Anteil der Enderzeugnisse an der Ausfuhr um fast 20% gestiegen

Im Jahre 1978 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von 16,3 Mrd. DM aus, annähernd achtmal so viel wie 1960. Die Exporte bestanden zu gut 5% aus Gütern der Ernährungswirtschaft und zu 95% aus Produkten der gewerblichen Wirtschaft, davon 1,1% Rohstoffe, 5,2% Halbwaren und 88% Fertigwaren.

Zwischen 1960 und 1978 reduzierte sich die Nachfrage der industrialisierten westlichen Länder anteilmäßig von 76 auf 74%. Indessen wuchs die Quote der Entwicklungsländer an unserer Ausfuhr von 19 auf 21%, namentlich infolge der Exporte in die Erdölförderländer (OPEC), deren Anteil von 4,7 auf 11% expandierte. Unter den westlichen Industriestaaten wurde für die Staaten der Europäischen Gemeinschaften ein von 41 auf 45% steigender Anteil der Ausfuhr festgestellt. Auch Ostblockländer traten verstärkt als Käufer auf (4,9 bzw. 5,7%).

Die Einfuhr nahm zwischen 1970 und 1978 um 122% auf mehr als 10,4 Mrd. DM zu. Der Wert der Importe betraf 1978 zu 16% Waren der Ernährungswirtschaft und zu 84% Güter der gewerblichen Wirtschaft. Während dieses Verhältnis im Vergleich zu 1970 im ganzen gesehen nahezu unverändert blieb, stiegen die Anteile der Rohstoffe von gut 14 auf 16% und der Halbwaren von 17 auf 20%, und zwar zu Lasten der Enderzeugnisse, deren Anteil sich von 34 auf 29% reduzierte.

Zunehmender Energiebedarf und steigende Preise führten dazu, daß unter den wichtigsten Waren zwischen 1970 und 1978 die Quoten für Rohöl (von 6,6 auf 12%) sowie Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas (von 3 auf 8,2%) am ausgeprägtesten anstiegen. Unter den Lieferanten konnten die Entwicklungsländer ihren Anteil am Import von 13 auf 21% steigern, darunter allein die OPEC-Staaten von 6,4 auf 11%. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 117

1978 Ausfuhr um 2% niedriger

Im Jahre 1978 war erstmals seit 1975 wieder ein Rückgang der rheinland-pfälzischen Ausfuhr zu verzeichnen. Während 1977 noch eine Ausweitung um 4,5% ermittelt worden war, verminderte sich 1978 der Export um 385 Mill. DM oder 2,3% auf 16,3 Mrd. DM. Diesem Wert stand 1978 eine Einfuhr von 10,4 Mrd. DM gegenüber, die im Vergleich zu 1977 jedoch um 4,1% zugenommen hat.

Nahezu drei Viertel der Ausfuhr (12,1 Mrd. DM) gingen an die industrialisierten westlichen Länder (— 0,6%). Daran waren die Länder der Europäischen Gemeinschaften mit 7,3 Mrd. DM beteiligt (— 1,7%). An Entwicklungsländer wurden Waren im Wert von 3,4 Mrd. DM geliefert (— 10,1%); hieran waren die OPEC-Länder mit 1,8 Mrd. DM beteiligt (— 18,8%). Die Ostblockländer nahmen Waren für 927 Mill. DM ab (+ 8,0%), das entspricht 6% der rheinland-pfälzischen Gesamtausfuhr.

Unter den ausgeführten Gütern nahmen Kraftfahrzeuge trotz eines Rückgangs um 14,5% mit 3 Mrd. DM den wichtigsten Platz ein. Es folgen Maschinen mit 2,7 Mrd. DM (— 5,1%) und chemische Vorerzeugnisse mit 2,2 Mrd. DM (+ 2,2%). Auf der Einfuhrseite hatten Erdölimporte mit 1,2 Mrd. DM (— 0,9%) das größte Gewicht, vor Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas mit 857 Mill. DM (+ 12,5%) und chemischen Vorerzeugnissen mit 719 Mill. DM (+ 10,5%). san

kurz + aktuell

Tiefbauaufträge für 1,5 Mrd. DM vergeben

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1978 Tiefbauaufträge in Höhe von 1,5 Mrd. DM vergeben. Das sind fast 50% mehr als im Jahr zuvor. In der Summe sind Aufträge unter 25 000 DM nicht enthalten. Somit setzte sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Anstieg der Auftragsvergaben im Tiefbaubereich fort und erreichte im Berichtsjahr ein in dieser Größenordnung bisher einmaliges Ergebnis. Da mehr als die Hälfte der Aufträge (58%) in das zweite Halbjahr 1978 fiel, ergibt sich für die im Tiefbau tätigen Unternehmen zu Beginn des Jahres 1979 eine günstige Auftragslage.

Unter den Bauherren nahm der Bund mit 46% des Vergebewolumens die erste Stelle ein, gefolgt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden (41%), dem Land (10%) und sonstigen Bauherren (3%). Das Auftragsvolumen der Gemeinden verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr. In besonderem Maße erstreckten sich die Aufträge auf Straßen- und Straßenbrückenbauten (55 bzw. 17%) sowie auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten (21%). hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 112

Gemeindefinanzen 1978

Die bereinigten Bruttoausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften beliefen sich im Jahre 1978 auf 7 601 Mill. DM. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Gemeinden und Gemeindeverbänden in dieser Zeit Bruttoeinnahmen in Höhe von 7 727 Mill. DM zur Verfügung. Der zu verzeichnende kassenmäßige Überschuß von 126 Mill. DM war niedriger als 1977 (208 Mill. DM).

Durch das weitere Ausscheiden von Krankenanstalten aus den Haushalten der kommunalen Gebietskörperschaften ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse bei einigen Positionen gegenüber 1977 stark beeinträchtigt. Darauf ist es unter anderem zurückzuführen, daß die Personalausgaben nur um 1% anstiegen und die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen hinter denen des Vorjahres um 6,3% zurückblieben.

Eine Belebung erfuhr erfreulicherweise die Investitionstätigkeit. Für eigene Baumaßnahmen wurden im Jahre 1978 beachtliche 1 394 Mill. DM (+ 16,5%) ausgegeben. Schwerpunkte bildeten der Straßenbau mit 430 Mill. DM (+ 28%) und die Abwasserbeseitigung mit 201 Mill. DM (+ 12%). Der Schulbau beanspruchte mit 247 Mill. DM nahezu den gleichen Betrag wie im Vorjahr.

Auf der Einnahmenseite flossen den kommunalen Kassen von Januar bis Dezember 1978 an Steuern 2 287 Mill. DM (+ 2,8%) zu. Während für die Grundsteuern mit 303 Mill. DM ein Zuwachs um 5,7% festzustellen war, zeigte das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 1 255 Mill. DM keine nennenswerte Veränderung (+ 1,3%). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer brachte 929 Mill. DM (+ 2,0%). Da die Lohnsummensteuer von 73 Gemeinden, darunter einige größeren Städten, abgeschafft worden ist, ging deren Aufkommen auf 90 Mill. DM (— 15,3%) zurück.

Als weitere bedeutende Einnahmequelle brachten die allgemeinen Zuweisungen des Landes mit 757 Mill. DM und einem Anstieg um 17,8% eine deutliche Verbesserung für die kommunalen Haushalte.

Die kommunalen Schulden erreichten am Ende des Jahres 1978 einen Stand von 5 715 Mill. DM. Hiervon entfielen 5 425 Mill. DM auf Kreditmarktmittel. Im Laufe des Jahres 1978 hat sich der Schuldenstand nur unwesentlich verändert (+ 0,3%) be

Das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz als Prognoseinstrument

Regionale Bevölkerungsprognose, ein erster Schritt

Als im Jahre 1971 mit dem Aufbau des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz (LIS) begonnen wurde, war man sich darüber im klaren, daß ein so umfangreiches Projekt nur in Etappen realisiert werden kann. So galt denn auch in der ersten Phase das Hauptaugenmerk dem Aufbau eines Bestandes an Grunddaten sowie der Schaffung von dazugehörigen Abrufprogrammen. Inzwischen sind 14 Millionen Daten zu 18 000 Tatbeständen in der Gemeindedatei, weitere 50 000 Landes- und Bundeszahlen in der Konjunkturdatei und 2 Millionen Stromdaten in der Pendler-Sonderdatei gespeichert und im Wege der Datenfernverarbeitung über Bildschirm und Drucker in Bad Ems sowie in der LIS-Außenstelle in Mainz direkt abrufbar. Die Nutzung dieses für Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollzwecke wichtigen Datenbestandes ist von Jahr zu Jahr gestiegen und erreichte 1978 mit 8 Millionen vermittelten Informationen bei fast 1 500 größeren Anfragen einen neuen Höchststand.

Die jährlich steigende Nachfrage resultiert auch daraus, daß in der zweiten Aufbauphase das Abrufsystem um Verarbeitungsprogramme erweitert wurde, die neben den Direktabruf traten und anspruchsvollere Auswertungen (Bedingungsauswahl, Sortierung, Gebietsauswahl für beliebige Räume) bis hin zu kleineren Analysen (Korrelation, Regression) ermöglichen.

Daten der Gegenwart und Vergangenheit stellen zwar instruktive Informationen dar. Als Entscheidungshilfe wird jedoch in vielen Fällen die mutmaßliche zukünftige Entwicklung benötigt, um fundierte Planungen durchführen zu können. Der bereits bei der Konzeption des LIS geplante Einstieg in das breite Feld der Prognosen erfolgte mit einer regionalen Bevölkerungsprognose für Rheinland-Pfalz. Sie bot sich an, weil keine andere Prognose so zahlreiche Bereiche des täglichen Lebens berührt. Die Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen, sei es im Kindergartenalter, im erwerbsfähigen Alter oder im Rentenalter, stellt eine wichtige Entscheidungshilfe dar. Erster Ansatzpunkt für eine breitere Nutzung der Ergebnisse der Prognose war die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms durch die Landesregierung, was zu einer engen Zusammenarbeit mit der Obersten Landesplanungsbehörde führte.

Die folgende Darstellung soll einen Überblick über die datenverarbeitungsmäßige Realisierung dieses um-

fangreichen Projektes geben und die gewählten Methoden anhand der einzelnen Programmschritte erläutern.

Modellansatz

Das Prognosemodell gliedert sich in die beiden Teile natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung. Die natürliche Bevölkerungsbewegung wird durch Geburten und Sterbefälle bestimmt. Die Geburten werden über altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 49jährigen Frauen, die Sterbefälle über Sterbeziffern ermittelt.

Die Prognose der Wanderungen wird getrennt für Erwerbstätige und deren Familienangehörige einerseits sowie ältere Menschen andererseits durchgeführt. Die Wanderungen von Erwerbstätigen resultieren aus dem Ungleichgewicht von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage, soweit dies nicht über Pendelwanderungen ausgeglichen werden kann. Dabei wird auch die Erwerbslosigkeit berücksichtigt. Die Altenwanderungen werden über Fortzugsziffern bestimmt und auf die Zuzugsgebiete verteilt.

Die so gewonnenen Wanderungen fließen in das Modell der natürlichen Bevölkerungsbewegung ein und verändern dort die Ausgangszahl der einzelnen Altersjahrgänge. Sie wirken damit über die Geburten und Sterbefälle auf die Wohnbevölkerung des nächsten Prognosejahres. Diese neue Wohnbevölkerung ist wieder Grundlage für die Bestimmung des Arbeitskräfteangebots - und damit für die Wanderungen von Erwerbstätigen - sowie der Pendel- und Altenwanderungen.

Programmentwicklung

Die Realisierung des Projekts zog sich in folgenden Teilschritten über einen Zeitraum von zwei Jahren hin:

Natürliche Bevölkerungsbewegung (1975)

Arbeitskräftebedarf (1976)

Arbeitskräfteangebot (1977)

Wanderungen von Erwerbstätigen (1977)

Wanderungen von Familienangehörigen von Erwerbstätigen (1977)

Altenwanderungen (1977)

Die Zahlen in Klammern geben das Jahr der Fertigstellung der Prognose an.

Verarbeitete und ausgegebene Daten "Regionale Bevölkerungsprognose"

Teilprognose	Verarbeitung		Ausgabe			
	Programme ins- gesamt	im Gesamlauf	Daten	Tabellen	Seiten	Daten
Natürliche Bevölkerungsbewegung	9	3	655 000	15	1 634	677 000
Arbeitskräftebedarf	16	-	152 000	12	1 550	108 000
Arbeitskräfteangebot	6	1	60 000	5	369	91 000
Wanderungen von Erwerbstäti gen	8	6	190 000	8	160	39 000
Wanderungen von Familienangehörigen	7	3	22 100 000	7	1 183	326 000
Altenwanderungen	11	4	6 000 000	13	768	117 000
Zusammenfassung der Teilprognosen	3	3	795 000	6	612	242 000
Insgesamt	60	20	29 952 000	66	6 276	1 600 000

Die Datenbeschaffung zur regionalen Bevölkerungsprognose erfolgte überwiegend aus den Großzählungen 1970 (Erwerbstäti ge am Wohnort und am Arbeitsort, Pendler, Haushalte, Wohnbevölkerung) und Zeitreihen, zum Teil ab 1961 (Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen, Wanderungen, Wohnbevölkerung). Allein zur jährlichen Aktualisierung der Prognose werden Daten aus 29 Quellen benötigt.

Bei der Programmierung ist jede Teilprognose ein eigener Komplex mit Programmen zur Datenbeschaffung und den Prognoseprogrammen selbst. Mit den Programmen zur Datenbeschaffung werden diejenigen Dateien erstellt, die während des Gesamtaufgangs unverändert bleiben. Die Prognoseprogramme haben für jedes Prognosejahr neue Werte zu verarbeiten und müssen deshalb 15mal durchlaufen werden. Insgesamt sind 60 Programme für die Abwicklung der Prognose im Einsatz. Es wurde bewußt einer Vielzahl kleinerer Programme gegenüber weniger großen der Vorzug gegeben, um Änderungen, die für einzelne Prognoseschritte bei Vorliegen neuer Erkenntnisse durchaus denkbar sind, besser bewältigen zu können. Diese Lösung hat sich bereits jetzt als richtig erwiesen.

Von den insgesamt 60 Programmen der Prognose werden 30 Millionen Daten verarbeitet. Berücksichtigt man, daß 20 der 60 Programme im Prognose-Gesamtaufgang 15mal zum Einsatz kommen, so erhöht sich die Zahl der verarbeiteten Daten sogar auf 40 Millionen. Die Ergebnisse der Prognose werden in 66 Tabellen mit 6 300 Seiten und 1,6 Millionen Daten festgehalten.

Darstellung der Programmschritte

Im folgenden werden die einzelnen Prognoseschritte in ihrem Zusammenwirken dargestellt. Dabei werden zu jedem Schritt zunächst die fixen Eingabedatenbestände beschrieben, danach der Berechnungsgang.

Schritt 1: Berechnung der Wohnbevölkerung

Die Berechnung der Wohnbevölkerung ist Ausgangs- und Endpunkt des Modells zugleich. Dazwischen liegen 14 Durchläufe, in denen alle Teilprognosen außer der des Arbeitskräftebedarfs berührt werden.

Eingabedaten:

— Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht

— Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 49jährigen Frauen
Die Ziffern messen den Anteil der Geburten eines bestimmten Altersjahrgangs von Müttern am jeweiligen Frauenjahrgang. Sie werden mittels Trendextrapolation auf Landesebene vorausgeschätzt und auf die jeweils entsprechenden durchschnittlichen Kreiswerte der letzten 3 bis 5 Jahre übertragen.

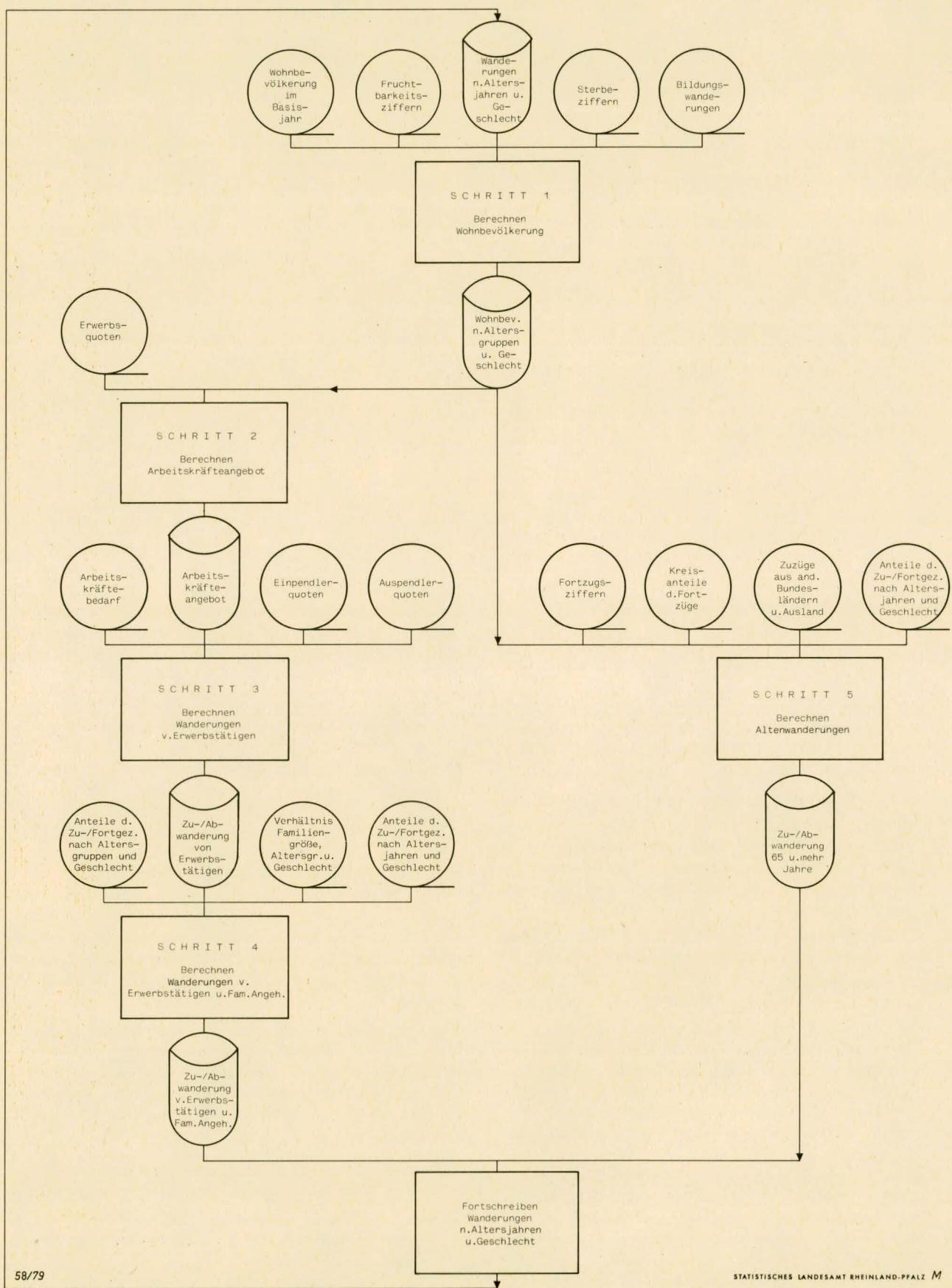
- Sterbeziffern nach Altersjahren und Geschlecht
Sterbeziffern geben den Anteil der Gestorbenen eines Altersjahrgangs und Geschlechts an der Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts an. Es handelt sich um Durchschnittswerte aus den Jahren 1972 bis 1974 für Rheinland-Pfalz, die für den Prognosezeitraum konstant gehalten und regional nicht differenziert werden.
- Wanderungen der studentischen Bevölkerung
Hier wird auf Planwerte über die Kapazität der Hoch- und Fachhochschulen zurückgegriffen.
- Wanderungen nach Altersjahren und Geschlecht, berechnet in den Schritten 2 bis 5.

Rechengang:

Ausgangspunkt der Berechnung ist die nach Altersjahren und Geschlecht gegliederte Wohnbevölkerung des Basisjahrs. Die Zahl der Geburten des nächsten Jahres ergibt sich durch Multiplikation der Zahl der 15- bis 49jährigen Frauen mit der jeweiligen Fruchtbarkeitsziffer. Die Sterbefälle eines Jahrgangs errechnen sich durch Multiplikation der Ausgangsbevölkerung mit der betreffenden Sterbeziffer. Sie führen im folgenden Prognosejahr zu einer Verminderung des nächsten Altersjahrgangs. Von dieser Rechnung ausgenommen werden die Personengruppen der studentischen Bevölkerung und der Zeit- und Berufssoldaten, weil diese nur eine begrenzte Zeit wohnhaft bleiben, abwandern und durch nahezu gleiche Bevölkerungsteile ersetzt werden.

Ab dem zweiten Durchlauf werden in die Berechnung die in den Schritten 2 bis 5 ermittelten Wanderungen einbezogen. Sie vermindern oder vermehren die Ausgangsbevölkerung des jeweiligen Prognosejahrs und führen so zu anderen Erwartungen hinsichtlich der Geburten und Sterbefälle als bei einer Prognose ohne Wanderungen.

Ablaufschema „Regionale Bevölkerungsprognose“



Schritt 2: Berechnung des Arbeitskräfteangebots

Eingabedaten:

- Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, berechnet in Schritt 1
- Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht
Zur Ermittlung der Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung) auf Kreisebene für das Basisjahr und 15 Prognosejahre werden zunächst landes- und kreisspezifische Erwerbsquoten differenziert nach Altersgruppen und Geschlecht für das Jahr 1970 errechnet. Aus sich entsprechenden Quoten werden sodann Verhältniswerte Kreis/Land gebildet. Danach werden mittels verschiedener Trendverfahren und unter Zugrundelegung von Annahmen über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung Erwerbsquoten auf Landesebene für den Prognosezeitraum ermittelt. Die vorausgeschätzten Erwerbsquoten für Kreise ergeben sich, indem die prognostizierten Landeserwerbsquoten mit dem Verhältniswert Kreis/Land 1970 multipliziert werden, wobei je nach Trendverlauf bestimmte Ober- und Untergrenzen nicht über- oder unterschritten werden dürfen.

Rechengang:

Die kreisweise nach Altersgruppen und Geschlecht gegliederte Wohnbevölkerung wird mit den entsprechend differenzierten Erwerbsquoten multipliziert und führt zum Arbeitskräfteangebot des Prognosezeitraums.

Schritt 3: Berechnung der Wanderungen von Erwerbstätigen

Eingabedaten:

- Einpendlerquoten

Die Einpendlerquoten, die den Anteil der Einpendler an den Erwerbstätigen am Arbeitsort angeben, werden aus den entsprechenden Daten der Volkszählung 1970 gewonnen.

- Auspendlerquoten in andere Bundesländer und das Ausland

Die Auspendlerquoten geben den Anteil der Auspendler an den Erwerbstätigen am Wohnort an. Sie werden ebenfalls aus den Angaben der Volkszählung 1970 erstellt.

Möglichkeiten zur Korrektur der 1970er Quoten sind für Aus- und Einpendler gegeben.

- Arbeitskräftebedarf

Die Daten über den Arbeitskräftebedarf werden in der umfangreichsten Teilprognose gewonnen. 16 Programme sind notwendig, um die Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, in Klein- und Mittelbetrieben und in Großbetrieben zu berechnen und zusammenzuführen. Zur Ermittlung der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft werden Zeitreihen der Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe gegliedert nach Betriebsgrößenklassen extrapoliert und die einzelnen Werte mit der Zahl der durchschnittlichen Erwerbstätigen je Betrieb der betreffenden Betriebsgrößenklasse multipliziert. Hinzuaddiert wird die mit der Berufszählung 1970 ermittelte Zahl der Erwerbstätigen in der Forstwirt-

schaft, die für den Prognosezeitraum konstant gehalten wird.

Die Prognose der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben auf Landesebene erfolgt über Trendextrapolation mit unterschiedlichen Trendfunktionen. Der Landestrend wird mittels eines Regionalfaktors, der der unterschiedlichen regionalen Bedeutung der Branchen Rechnung trägt, auf Kreisebene umgerechnet. Die Zahl der Beschäftigten eines Kreises im Prognosezeitraum ergibt sich durch Multiplikation der Zahl der Beschäftigten im Basiszeitpunkt (hier teilweise aus Arbeitsstättenzählung 1970, teilweise aktuelle Daten) mit dem vorausgeschätzten Regionalfaktor und der Wachstumsrate des Wirtschaftszweigs auf Landesebene.

- Arbeitskräfteangebot, berechnet in Schritt 2

Rechengang:

Zur Berechnung der Wanderungen von Erwerbstätigen werden zunächst die Pendler für den Prognosezeitraum ermittelt. Dies geschieht durch Multiplikation der vorausgeschätzten Erwerbstätigen am Arbeitsort mit den Einpendlerquoten bzw. Multiplikation der prognostizierten Erwerbstätigen am Wohnort mit Auspendlerquoten. Sodann werden die Erwerbstätigen am Wohnort (Erwerbstätige am Arbeitsort minus Pendlersaldo) dem prognostizierten Arbeitskräfteangebot gegenübergestellt. Dies zeigt den Überschuß bzw. das Defizit an Arbeitskräften eines Kreises. Dieses Ungleichgewicht wird nun durch zusätzliche Pendelwanderungen aus Kreisen mit Arbeitskräfteüberschuß in Kreise mit Arbeitskräftedefizit abzubauen versucht. Es werden nochmals die entsprechenden Einpendlerquoten zugrundegelegt, wobei darauf geachtet wird, daß die Zahl der zusätzlichen Auspendler eines Kreises nicht dessen Arbeitskräfteüberschuß übersteigt.

Aus den so gewonnenen verminderten Arbeitskräfteüberschüssen bzw. -defiziten wird mittels Division durch das Arbeitskräfteangebot am Wohnort zunächst eine landesdurchschnittliche Arbeitskräfteüberschüssequote ermittelt. Diese wird mit einem Proportionalitätsfaktor, der den Zusammenhang zwischen Arbeitskräfte-Überschüssequote und Erwerbslosenquote darstellt und empirisch ermittelt wurde, multipliziert und führt zur landesdurchschnittlichen Erwerbslosenquote. Nach dieser Berechnung auf Landesebene wird nun pro Kreis eine Arbeitskräfte-Überschüssequote gebildet. Die Erwerbslosenquote des Kreises wird grundsätzlich durch Multiplikation der Arbeitskräfte-Überschüssequote des Kreises mit dem genannten Proportionalitätsfaktor gewonnen.

Zur Zahl der Erwerbslosen eines Kreises führt die Multiplikation des Arbeitskräfteangebots am Wohnort mit der Erwerbslosenquote. Die gesuchte Zu-/Abwanderung von Erwerbstätigen erhält man nun, indem die Erwerbslosen zum Arbeitskräfteüberschuß bzw. -defizit addiert werden.

Schritt 4: Berechnung der Wanderungen von Familienangehörigen der Erwerbstätigen

Eingabedaten:

- Wanderungsziffern der Erwerbstätigen nach Altersjahren und Geschlecht

Die Ziffern geben den Anteil der Zuzüge eines

Altersjahrgangs an den Zuzügen insgesamt (Zuzugsziffern) bzw. der Fortzüge eines Altersjahrgangs an den Fortzügen insgesamt (Fortzugsziffern) an. Sie werden aus der Wanderungsstatistik als Durchschnitt der letzten fünf Jahre gewonnen.

- Verhältnis der erwerbstätigen Familienvorstände nach Familiengröße, Altersgruppen und Geschlecht an den Erwerbstätigen gleichen Alters und Geschlechts

Diese Daten, die Aufschluß darüber geben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Erwerbstätiger eines bestimmten Alters und Geschlechts Familienvorstand oder Angehöriger einer Ein- oder Mehrpersonen-Familie ist, werden aus den Unterlagen der Volkszählung 1970 gewonnen.

- Wanderungsziffern der Erwerbstätigen nach Altersgruppen und Geschlecht

Ihre Berechnung erfolgt durch Zusammenfassung aus den Ziffern für die Altersjahre.

- Zu-/Abwanderung von Erwerbstätigen, wie in Schritt 3 berechnet

Rechengang:

Um zur Zahl der wandernden Erwerbstätigen und ihrer Familienangehörigen zu gelangen, werden zunächst die Zu-/Abwanderungen der Erwerbstätigen anhand der Wanderungsziffern auf Altersgruppen verteilt. Dann wird die Zahl der Erwerbstätigen jeder Altersgruppe entsprechend den festgestellten Wahrscheinlichkeiten nach Familiengrößen verteilt und mit der Zahl der Familienmitglieder multipliziert. Die so errechneten wandernden Erwerbstätigen und Familienangehörigen werden schließlich noch entsprechend den Wanderungsziffern auf die Altersjahre verteilt.

Schritt 5: Berechnung der Altenwanderungen

Eingabedaten:

- Fortzugsziffern der Personen mit 65 und mehr Jahren
Die Ziffer, die den Anteil der Fortzüge der Personen mit 65 und mehr Jahren angibt, wird als Fünf-Jahres-Durchschnitt aus der Wanderungsstatistik gewonnen.
- Anteil der Zuzüge eines Kreises an den Fortzügen von Personen mit 65 und mehr Jahren der übrigen Kreise des Landes

Sie werden aus den Daten der Wanderungsstatistik für das Basisjahr ermittelt.

- Zuzüge von Personen im Alter von 65 und mehr Jahren aus anderen Bundesländern und dem Ausland

Die Gesamtzahl dieser Zuzüge nach Rheinland-Pfalz wird durch Trendextrapolation für den Prognosezeitraum ermittelt und anhand der im Basisjahr festgestellten Kreisanteile an diesen Zuzügen auf die Kreise verteilt.

- Anteil der Fortzüge nach Altersjahren und Geschlecht an den Fortzügen von Personen mit 65 und mehr Jahren gleichen Geschlechts

Die Anteile werden aus der Wanderungsstatistik für das Basisjahr ermittelt.

Rechengang:

Die zu prognostizierenden Fortzüge gewinnt man, indem die Zahl der Personen mit 65 und mehr Jahren mit den entsprechenden Fortzugsziffern multipliziert wird. Die Zuzüge innerhalb des Landes ergeben sich durch Multiplikation der Fortzüge mit den Kreisanteilen an den Zuzügen. Hinzu kommen die getrennt vorausgeschätzten Zuzüge aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Diese drei Datenbestände werden schließlich anhand der ermittelten Anteile auf die einzelnen Altersjahre (65 bis 80) verteilt.

Zusammen mit den wandernden Erwerbstätigen und deren Familienangehörigen (Altersjahre bis 64) ergänzen sie die Wanderungsdatei, die nun erneut in die Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Schritt 1) einfließt, womit ein neuer Kreislauf beginnt.

Weitere Entwicklung

Der regionalen Bevölkerungsprognose als erstem Schritt der Weiterentwicklung des Landesinformationsystems zum Prognosesystem soll eine regionale Schülerprognose folgen. Hierzu ist bereits eine Projektvorlage erarbeitet. In der Planung sind eine Lehrerbedarfsprognose, eine Prognose der Auszubildenden, eine Prognose zur Anzahl der Haushalte und eine Prognose über den Wohnungsbedarf. Nach diesen Prognosen besteht dringender Bedarf. Ihre Realisierung wird in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien in Angriff genommen.

Diplom-Volkswirt K.-D. Dietrich

Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahre 1990

Neue revidierte Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose

Problemstellung

Seit 1972 verzeichnet Rheinland-Pfalz weniger Geburten als Sterbefälle. Die Sterbeüberschüsse in den Jahren 1972 (2 879) und 1973 (7 186) wurden in der Öffentlichkeit zunächst kaum beachtet, weil die Bevölkerung durch Wanderungsgewinne von 14 732 (1972) bzw. 17 601 Personen (1973) immer noch wuchs. Als dann 1974 erstmalig ein Sterbeüberschuß (7 602) mit einem Wanderungsverlust (5 119) zusammenfiel

und die wirtschaftliche Lage durch Versorgungssengpässe im Energiebereich überschattet wurde, schlug die überwiegend optimistische Beurteilung der künftigen Bevölkerungsentwicklung mehr und mehr in eine pessimistische Zukunftserwartung um. Denn immer deutlicher stellte sich heraus, daß eine Fortsetzung des Bevölkerungsrückgangs die wirtschaftlichen, sozialen, aber auch raumordnerischen Probleme in Rheinland-Pfalz verschärfen mußte.

Jahr	Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	Wanderungssaldo	
		%	Anzahl
1973	1,2		17 601
1974	2,8		- 5 119
1975	5,1		- 11 723
1976	4,8		- 6 614
1977	4,6		- 2 363

Während die Gesamtbevölkerung seit Beginn des Jahres 1974 schrumpfte, nahm die Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren stetig zu. Einer Stagnation bzw. einem Abbau der Arbeitsplätze im Unternehmensbereich stand eine wachsende Zahl von erwerbswilligen Personen gegenüber, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und zu jährlichen Wanderungsverlusten ab dem Jahre 1973 führte. Die höchsten Abwanderungen pro 1 000 Einwohner waren in den Regionen zu beklagen, die vergleichsweise die geringste Bevölkerungsdichte (Regionen Trier und Westpfalz) besitzen, ein Prozeß, der die ungleichmäßige räumliche Verteilung der Bevölkerung noch verstärkte. Die eigentliche Problematik des Bevölkerungsrückgangs liegt jedoch darin, daß sich voneinander abhängige Bevölkerungsgruppen, wie Schüler und Lehrer, immer ungleichgewichtiger entwickeln, das heißt geburten schwache und geburtenstarke Jahrgänge zusammen treffen.

Nach Jahren des Mangels an Kindergartenplätzen, an Lehrkräften im allgemeinbildenden Schulbereich, an Arbeitskräften und an Wohnungen haben sich heute entgegengesetzte Verhältnisse überraschend schnell eingestellt.

Aufgabe der jährlich durchzuführenden regionalen Bevölkerungsprognose ist es daher, eine realistische Beurteilung der Entwicklungsaussichten der wichtigsten Bevölkerungsgruppen in den unterschiedlich strukturierten Gebietsteilen des Landes zu ermöglichen, um unerwünschten Tendenzen rechtzeitig entgegenarbeiten zu können. Das verlangt nicht nur eine Auflistung und Zusammenstellung der Prognoseergebnisse in Tabellen und Grafiken, sondern vor allem auch eine Aussage über die Zuverlässigkeit und Realitätsnähe der Daten, die sich aus den methodischen Grundlagen dieser Prognose ableiten läßt.

Methodische Grundlagen

Die vorliegende Prognose beschränkt sich auf eine Vorausschätzung der Wohnbevölkerung aufgrund der Geburten und Sterbefälle. Wanderungsbewegungen, die für die Bevölkerungsentwicklung um so bedeutsamer werden, je kleiner die betrachteten Raumeinheiten sind, bleiben hier unberücksichtigt. Vermehrt bzw. vermindert man die Ausgangsbevölkerung eines Gebietes um die errechneten Geburten und Sterbefälle, so erhält man die Bevölkerung des folgenden Prognosejahres. Dieser Vorgang wird bis zum Ende des Prognosezeitraumes wiederholt. Zwischen Deutschen und Ausländern, die gemeinsam zur Wohnbe-

völkerung zählen, wird hier nicht unterschieden. Denn zum einen ist bei einem Ausländeranteil von nur 3,8% der gesamten Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz die statistische Ausgangsmasse zu klein, als daß bestimmte Entwicklungstendenzen abgeleitet werden könnten. Zum anderen sind bei den zunehmend seßhaft werdenden Ausländern Assimilationserscheinungen unverkennbar.

Als Basisbevölkerung dient daher die nach Altersjahrgängen und Geschlecht untergliederte fortgeschriebene Wohnbevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise zum 31. Dezember 1977. Regierungsbezirks-, Regions- und Landeswerte werden aus den Kreisdaten durch Summierung gebildet. Die Laufzeit der Prognose umfaßt 15 Prognosejahre.

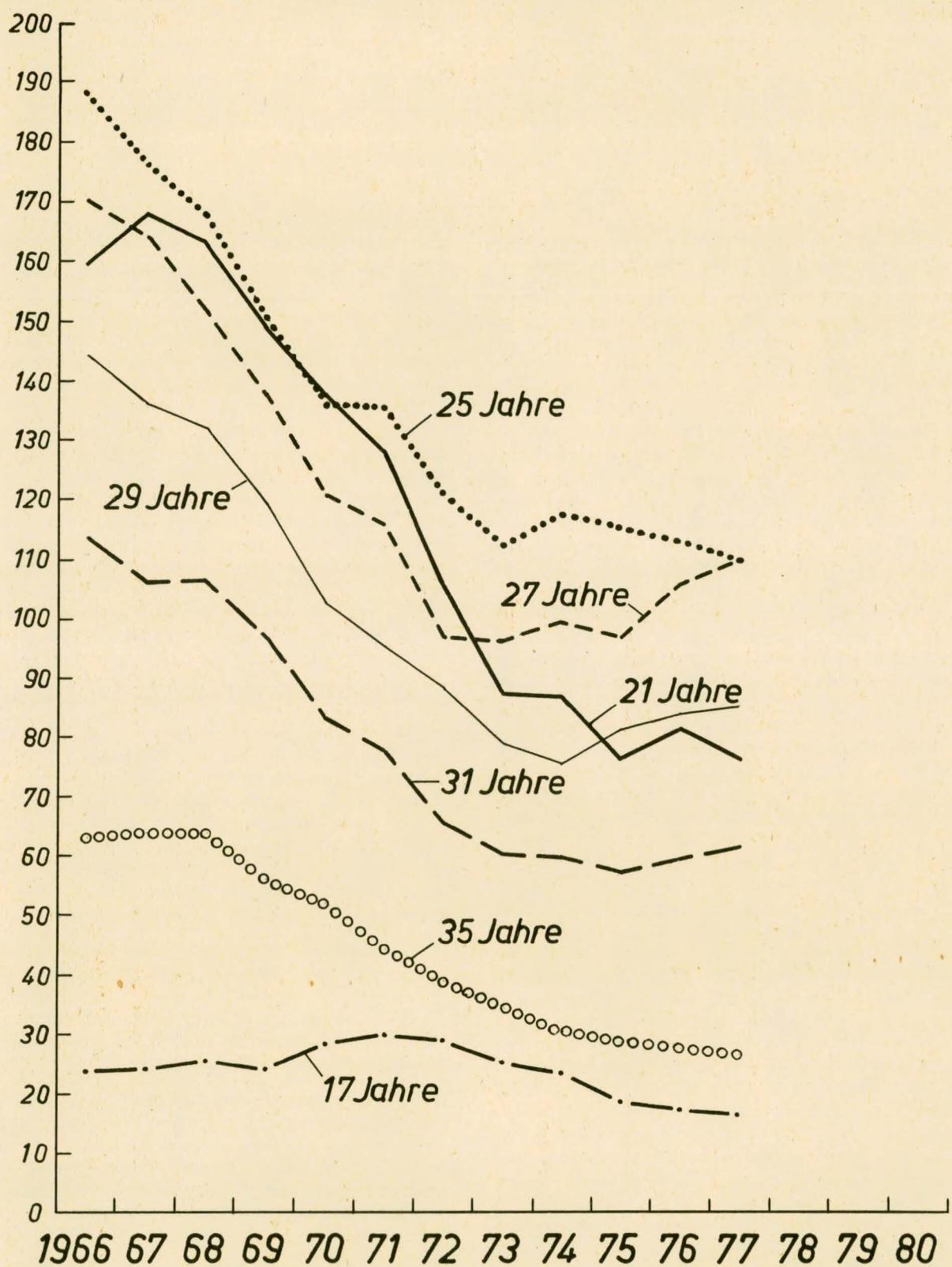
Vorausschätzung der Sterbefälle

Es wird damit gerechnet, daß sich die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten der Bevölkerung im Alter von zwei Jahren und darüber nicht nennenswert ändern. Die Sterbefälle aus der Mitte dieser Bevölkerung werden daher mittels konstanter Sterbeziffern für Rheinland-Pfalz im Durchschnitt der Beobachtungsjahre 1972 bis 1974 geschätzt, um Sonderentwicklungen wie Grippewellen oder ähnliches auszuschalten. Regionale Unterschiede, die bei niedrigen Ausgangswerten vielfach zufallsbedingt sind, werden ausgeschlossen. Letzteres gilt auch für die sogenannte Säuglingssterblichkeit der Kinder unter zwei Jahren, für die mittels einer linearen Trendextrapolation anhand der Beobachtungswerte der jeweils letzten zehn Jahre über den gesamten Prognosezeitraum ein schwacher, aber stetiger Rückgang angenommen wird.

Vorausschätzung der Geburten

Die Treffsicherheit der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung hängt entscheidend von der Einschätzung des künftigen generativen Verhaltens der Bevölkerung ab, da sich die Sterbewahrscheinlichkeiten mit Ausnahme der Säuglingssterblichkeit im Zeitablauf als relativ stabil erwiesen haben. Es muß jedoch bei der Interpretation der vorgelegten Prognosewerte darauf geachtet werden, daß Geburten, die durch Wanderungsbewegungen „exportiert“ bzw. „importiert“ werden, hier nicht berücksichtigt werden können. Das gilt natürlich auch für Sterbefälle. Allerdings ist der damit verbundene Schätzfehler weitaus kleiner, weil ältere Menschen, die höhere Sterbewahrscheinlichkeiten haben, weniger wandern als jüngere. Die Vorausschätzung der Geburten erfolgt mittels jahrgangsspezifischer Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis unter 50-jährigen Frauen (gebärfähiges Alter). Diese Kennziffern, die die Quote der Geburten eines bestimmten Altersjahrgangs von Müttern bezogen auf den jeweiligen Frauenjahrgang messen, drücken am genauesten das Geburtenverhalten im Zeitablauf aus. Es verlangt wegen der unterschiedlichen Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eine sehr sorgfältige und differenzierte Analyse der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Pauschale Veränderungsraten der Geburtenziffern, wie sie vielfach auf Bund/Länder-Ebene auf alle betroffenen Frauenjahrgänge unterschiedslos übertragen werden, wären nach dieser Darstellung eine zu grobe Vereinfachung, zumal auf der

**Ausgewählte altersspezifische
Fruchtbarkeitsziffern für Rheinland-Pfalz 1966-1977**
(Lebendgeborene je 1000 Frauen)



Bevölkerungsentwicklung der Regionen 1977 – 1990

Region	1977	1980	1985	1990	1980	1985	1990
	Anzahl				1977 = 100		
Mittelrhein-Westerwald	1 126 162	1 115 310	1 095 622	1 078 516	99,0	97,3	95,8
Trier	473 129	470 516	465 944	464 002	99,4	98,5	98,1
Rheinhessen-Nahe	743 516	736 397	723 351	709 942	99,0	97,3	95,5
Rheinpfalz ¹⁾	770 851	764 439	752 230	739 584	99,2	97,6	95,9
Westpfalz	525 633	520 300	510 214	500 038	99,0	97,1	95,1
I n s g e s a m t	3 639 291	3 606 962	3 547 361	3 492 082	99,1	97,5	96,0

1) Ohne kreisfreie Stadt Worms.

kleinräumlichen Ebene der Kreise schon geringfügige Unterschiede sehr viel stärker zu Buche schlagen.

Während nämlich die Fruchtbarkeitsziffern der unter 17jährigen und der über 42jährigen Frauen nahezu konstant blieben, ist bei den übrigen Altersjahrgängen ein sehr unterschiedliches Verlaufsmodell zu erkennen. Hierbei fällt besonders auf, daß sich bei den 27- bis 31jährigen Frauen eine eindeutige Trendumkehr von abfallenden zu ansteigenden Fruchtbarkeitsziffern gezeigt hat. Dagegen hält der Abwärtstrend im Geburtenverhalten der übrigen gebärfähigen Frauen - mit unterschiedlichem Entwicklungstempo - in abgeschwächtem Maße an. Dieser Vorgang ist jedoch kein Indiz dafür, daß die Zunahme der Geburtenhäufigkeit bei den 27- bis 31jährigen Frauen nach und nach auch auf andere Frauenjahrgänge übergreift. Vielmehr kommt darin zum Ausdruck, daß das durchschnittliche Gebäralter der Frauen gestiegen ist und die Geburtenabstände zugenommen haben, wobei die weiterhin fallenden Geburtenziffern der über 31jährigen Frauen auf einen fortgesetzten Rückgang der Dritt- und Mehrkinder schließen lassen. Um einen stetigen Verlauf im Prognosezeitraum generell zu erhalten, wurden die jeweiligen altersspezifischen Entwicklungsverläufe mittels einer halblogarithmischen Trendfunktion in die Zukunft verlängert und nach einer Sättigungsschwelle von vier Prognosejahren konstant gehalten. Der im Landesdurchschnitt geltende altersspezifische Trend wurde dann unmittelbar auf die Kreise übertragen, indem der sogenannte Trendgrundwert durch den Fünf-Jahres-Durchschnitt des jeweiligen Kreises ersetzt wurde. Genau genommen wurde der Trendbeginn durch Parallelverschiebung zwei Jahre vor das Basisjahr der Prognose verlegt. Je nach Ausgangslage in den Kreisen wurde dabei der Neigungswinkel des landesdurchschnittlichen Trends durch exponentielle Gewichtung der Beobachtungswerte unterschiedlich verändert und mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen empirisch abgesichert. Je weniger nämlich ältere Daten im Vergleich zu aktuelleren Daten gewichtet werden, um so stärker flacht sich eine ursprünglich fallende bzw. aufsteigende Trendfunktion ab. Dieses Verfahren trägt dem Sachverhalt Rechnung, daß Gebiete mit relativ hohem Urbanisierungsgrad den übrigen Gebieten in der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit vorausseilen und damit sehr viel schneller einer bestimmten Sättigungsschwelle zustreben.

Korrekturen für besondere Bevölkerungsgruppen

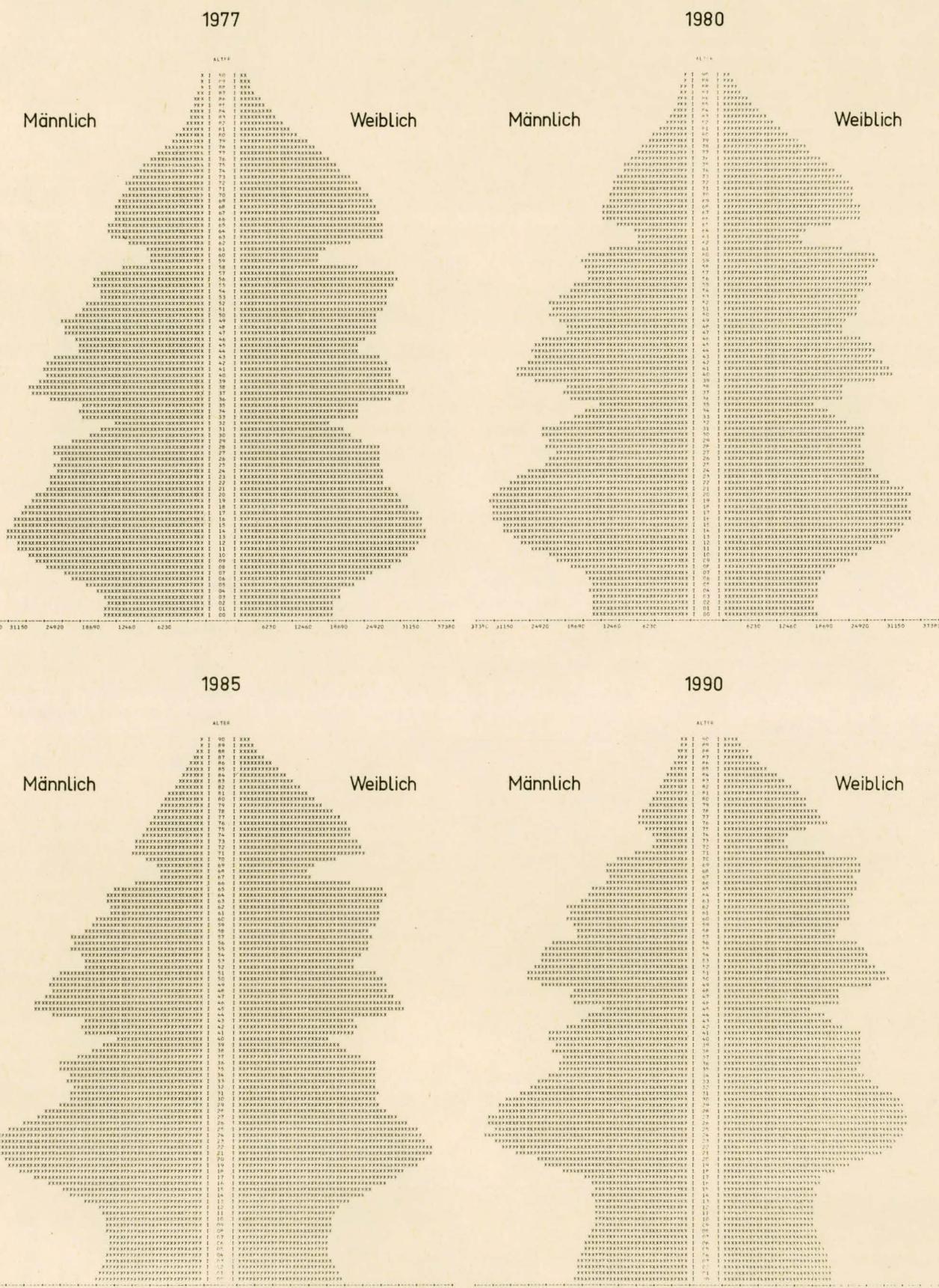
Die Zeit- und Berufssoldaten sowie die studentische Bevölkerung unterliegen nicht der natürlichen Bevölkerungsbewegung, da sie in der Regel nur vorübergehend ansässig sind und über Wanderungen durch entsprechende Bevölkerungsteile ersetzt werden. Das Volumen dieser Gruppen hängt von den Kapazitäten der jeweils vorhandenen Einrichtungen ab, wozu auf Planwerte der zuständigen Ressorts zurückgegriffen wird. Die entsprechenden Werte werden separat über ein besonderes Korrekturmodell eingeschleust, so daß der Prozeß der natürlichen Bevölkerungsbewegung ohne Berücksichtigung dieser beiden Bevölkerungsgruppen über die Länge des Prognosezeitraums abläuft. Damit ist eine realistischere Einschätzung der altersstrukturellen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, zum Beispiel ein überdurchschnittlicher Anteil an 19- bis 25jährigen in Universitätsstädten, gewährleistet.

Grundaussagen der regionalen Bevölkerungsprognose

Bei der Schlüsselrolle, die heute einer jeden Bevölkerungsprognose im Rahmen von Langfristplanungen zukommt, ist es angebracht, von vornherein nach dem Nutzeffekt von Prognoseergebnissen zu fragen, die nur für den hypothetischen Fall gelten, daß keine nennenswerten Zu- oder Abwanderungen über die jeweiligen Gebietsgrenzen auftreten. Die wichtigsten Gründe für ein solches Abstraktionsniveau der vorgelegten Prognose lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- (1) Wanderungen sind ungleich schwieriger vorauszuschätzen als Geburten und Sterbefälle. Hinzu kommt, daß sie im Gegensatz zur natürlichen Bevölkerungsbewegung im Zeitablauf sehr stark schwanken, wobei die Ausschläge mit kleiner werdenden Raumeinheiten zunehmen.
- (2) Für eine politisch gewollte Beeinflussung der Wanderungsströme besteht im Wege einer gezielten Einwirkung auf die einzelnen Bestimmungsfaktoren (Arbeitsplatzförderung, Wohnungsbau, Infrastrukturausstattung) sehr viel mehr Spielraum, womit diese Bewegungskomponente noch unkalkulierbarer wird.
- (3) Diese Prognose zeigt unter sozusagen labormäßigen Bedingungen, ob

Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren 1977, 1980, 1985 und 1990



Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen(–) in den Regionen 1977 – 1990

Region	Insgesamt			Je 1 000 Einwohner		
	1977 – 1980	1980 – 1985	1985 – 1990	1977 – 1980	1980 – 1985	1985 – 1990
Mittelrhein-Westerwald	– 11 009	– 19 810	– 17 171	– 9,8	– 17,8	– 15,7
Trier	– 3 382	– 5 153	– 2 281	– 7,1	– 11,0	– 4,9
Rheinhessen-Nahe	– 6 613	– 12 676	– 13 184	– 8,9	– 17,2	– 18,2
Rheinpfalz ¹⁾	– 6 396	– 12 203	– 12 643	– 8,3	– 16,0	– 16,8
Westpfalz	– 6 102	– 10 658	– 10 514	– 11,6	– 20,5	– 20,6
Insgesamt	– 33 502	– 60 500	– 55 793	– 9,2	– 16,8	– 15,7

1) Ohne kreisfreie Stadt Worms.

- eine Bestandserhaltung der Bevölkerung aus eigener Kraft möglich erscheint,
 - starke Ungleichgewichte im Bevölkerungsaufbau bestehen,
 - bei einer Stagnation der Arbeitsplätze schon aus demographischen Gründen mit einem Zuwanderungssog oder Abwanderungsdruck gerechnet werden muß,
 - Zu- oder Abwanderungen bestimmter Bevölkerungsgruppen wünschenswert erscheinen.
- (4) Sie bietet schließlich die Möglichkeit, den Unschärfebereich der künftigen Bevölkerungsentwicklung besser einzugrenzen; die jeweiligen Konsumenten können dann entsprechend ihren unterschiedlichen Wanderungsannahmen eigenständige Wanderungsmodelle anhängen.

1990 noch knapp 3,5 Mill. Einwohner

Der Bevölkerungsrückgang in Rheinland-Pfalz insgesamt wie in seinen Gebietsteilen scheint unaufhaltlich zu sein. Die Wohnbevölkerung des Landes schrumpft wahrscheinlich von derzeit 3,639 Millionen bis 1990 kontinuierlich um rund 4%, das sind 147 000 Einwohner, auf 3,492 Millionen. Die extremsten Positionen nehmen dabei die Regionen Trier und Westpfalz ein. Während die Region Trier mit der traditionell höchsten Geburtenrate den geringsten Bevölkerungsrückgang von etwa 1,9% (9 000 Einwohner) zu verkraften hat, sinkt die Bevölkerung in der Westpfalz um 4,9% (25 600 Einwohner). Ein überdurchschnittlicher Rückgang ergibt sich auch für die Region Rheinhessen-Nahe, deren Einwohnerzahl um 4,5% oder 33 600 abnimmt. Die Entwicklung der beiden übrigen Regionen entspricht etwa dem Landesdurchschnitt. In diesen Angaben schlagen sich jährliche Sterbeüberschüsse nieder, die für das Land insgesamt von einem Wert von 10 400 ausgehen, bis 1981 auf einen Maximalwert von 12 500 anwachsen, um dann bis 1990 in Wellen auf etwa 11 400 abzufallen.

Verantwortlich dafür ist vor allem das veränderte generative Verhalten, das von der Masse der Bevölkerung in den Ballungsräumen des Landes getragen und mit einer gewissen Zeitverzögerung von der Bevölkerung in den peripheren Gebietsteilen nachvollzogen

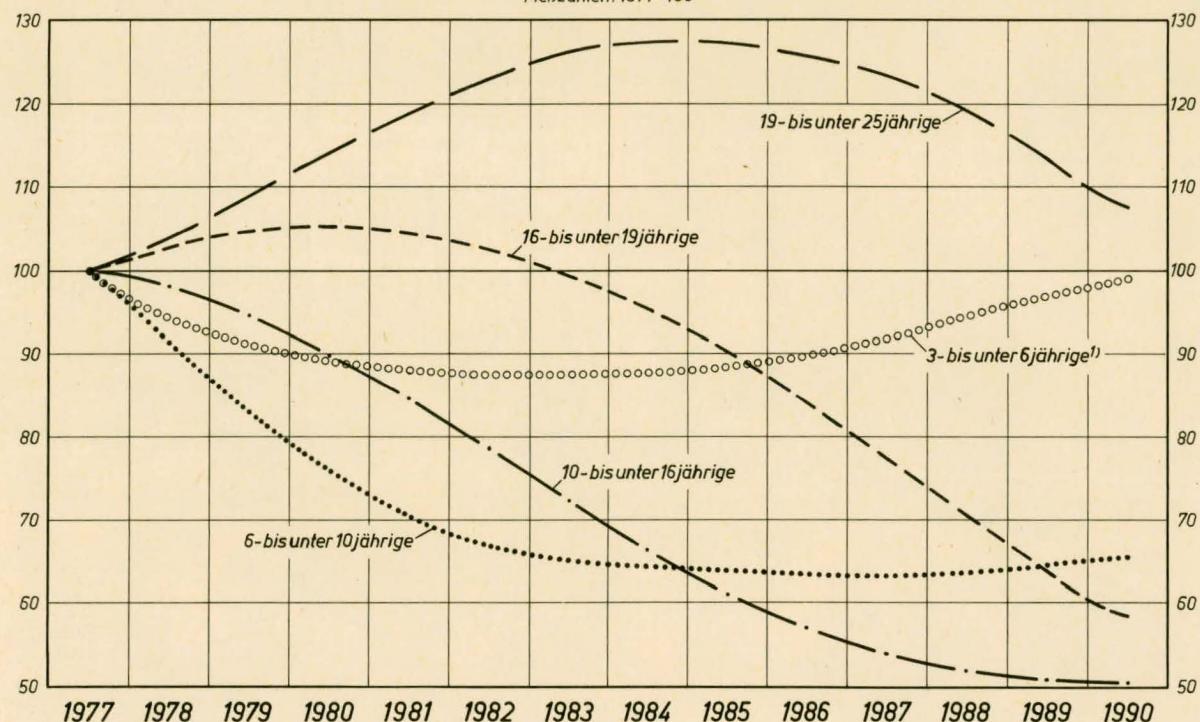
wird. Inzwischen müßten die Fruchtbarkeitsziffern im Lande schon um rund 50% steigen, um eine Bestandserhaltung der Bevölkerung zu gewährleisten. Wenn dennoch die Zahl der Geburten von zur Zeit jährlich 33 000 ab 1982 stetig ansteigt und im Jahre 1989 mit 38 400 voraussichtlich einen Höchstwert erreicht, so liegt dies an den geburtenstarken Frauenjahrgängen der 50er und 60er Jahre, die nach und nach ins gebärfähige Alter hineinwachsen und den Abwärts-trend der allgemeinen Fruchtbarkeit überkompensieren. Die Auswirkungen der sinkenden Geburtenhäufigkeit werden erst dann wieder deutlich hervortreten, wenn die zu Beginn der 70er Jahre geborenen, schwach besetzten Frauenjahrgänge nach 1990 ins heiratsfähige Alter kommen. Sollte sich bis dahin, wie hier angenommen, keine nachhaltige Erhöhung der Fruchtbarkeitsziffern abzeichnen, so kumulieren sich die demographische und die verhaltensdingte Komponente des Geburtenrückgangs zu einem beschleunigten Bevölkerungsschwund.

Als weitere Ursache anhaltender Sterbeüberschüsse ist die zunehmende Überalterung der Bevölkerung anzusehen, die bei gleichbleibenden Sterbewahrscheinlichkeiten zu einem Anstieg der Sterbefälle führen muß. Hierzu sind besonders diejenigen Gebietsteile des Landes betroffen, die in der Vergangenheit überwiegend Wanderungsverluste zu beklagen hatten (Regionen Trier und Westpfalz), denn abgesehen von ausgesprochenen Ruhesitzwanderungen setzen sich Zu- und Fortzüge hauptsächlich aus jüngeren Menschen zusammen, so daß von anhaltenden Wanderungsverlusten oder -gewinnen ein erheblicher Altersstrukturreffekt ausgehen kann. Von einer eventuell noch zu steigernden Lebenserwartung der Bevölkerung eine gegenläufige Entwicklung zu erhoffen, erscheint mit Ausnahme der Neugeborenen nach den vorliegenden Sterbetafeln der Jahre 1871/80, 1901/10, 1949/51, 1960/62 und 1970/72 sowie aufgrund neuerer Auswertungen der Todesursachenstatistik unrealistisch.

Während die Lebenserwartung nach 1949/51 bei den Männern praktisch konstant geblieben ist – sie sank bei den 50- bis 70jährigen sogar um ein Jahr –, verbesserte sie sich bei den Frauen zwischen zehn und 75 Jahren nur noch geringfügig um ein Lebensjahr. Dieser Vorgang zeigt, daß bei allem medizinischen Fortschritt die Sterblichkeit der Bevölkerung nicht fortwährend reduziert werden kann. Allein die Säuglings-

Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1977 - 1990

Meßzahlen: 1977=100



61/79

1) Nach der bundeseinheitlichen Definition für langfristige Prognosen.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

sterblichkeit, mit der hier die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen in Bezug auf 1 000 Lebendgeborene bezeichnet wird, konnte von 52,8 im Jahre 1950 auf 15,8 im Basisjahr dieser Prognose gesenkt werden; durch die weitere Verbesserung in der medizinischen Versorgung ist für die Zukunft mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Der dadurch mögliche Bevölkerungsgewinn im Prognosezeitraum, verglichen mit der Situation im Ausgangsjahr, fällt jedoch bei den relativ niedrigen Geburtenzahlen nicht sonderlich ins Gewicht.

Eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung bis 1990 erscheint somit auch unter optimistischeren Annahmen auf natürliche Weise nicht mehr möglich. Es müßten schon massive Wanderungsgewinne stattfinden, um eine gegenläufige Entwicklung einzuleiten. Über das Jahr 1990 hinaus wären spektakuläre Änderungen des generativen Verhaltens nötig, um die zusätzlichen Geburtenrückgänge, die dann durch schwach besetzte Frauenjahrgänge im gebärfähigen Alter verursacht werden, auszugleichen.

Grundlegende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung

Die Alterspyramiden des Basisjahrs und des Prognosejahrs 1990 sind bereits so deformiert, daß auf den ersten Blick die zunehmende Überalterung der Bevölkerung zu erkennen ist. Der in dieser Phase sichtbare Altersaufbau wird zum Großteil durch die heute schon lebenden Personen bestimmt und in jedem Prognosejahr durch die jeweils nachrückenden Neugeborenen ergänzt. Neben den grundsätzlichen

Schlußfolgerungen, die aus einem Bevölkerungsrückgang gezogen werden müssen, sind für die Zukunftsgestaltung in der Regel ganz bestimmte Teile der Bevölkerung von Interesse. Die wichtigsten Gruppierungen sollen deshalb näher betrachtet werden.

Die *Kindergartenbevölkerung* (Kinder von drei bis unter sechs Jahren) befindet sich bis 1984 im Sog des vorhergehenden Geburtenrückgangs und verringert sich mit abnehmenden Veränderungsraten um etwa 13%. Danach kommt sie im Jahre 1990 aufgrund der wieder steigenden Geburtenzahlen bis auf 1% an ihr Ausgangsniveau heran. Diese Entwicklung vollzieht sich bis 1984/85 auch in den einzelnen Regionen des Landes mit nur geringen Abweichungen. Danach jedoch wächst dieser Bevölkerungsteil mit ausgeprägteren regionalen Unterschieden. So wird diese Altersgruppe im Jahre 1990 in der Region Trier um 5% über, in der Region Rheinhessen-Nahe um 6% unter der heutigen Kindergartengeneration liegen. In den übrigen Regionen liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Landesdurchschnitt.

Die *Kinder im Grundschulalter* (6- bis unter 10jährige) nehmen dagegen bis 1981 mit jährlichen Veränderungsraten von 8 bis 9% ab, um dann mit schwächer werdendem Abwärtstrend bis 1990 auf 66% ihres heutigen Standes abzusinken. Auf der Ebene der Regionen ergeben sich hier nur geringfügige Entwicklungsunterschiede von nicht mehr als zwei Prozentpunkten, so daß sich die Frage einer Verringerung der Klassenstärken oder des Lehrerbedarfs wohl überall im Lande stellen wird.

Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter sowie im Entwicklungsalter
nach Regionen 1977 - 1990

Altersgruppe	Insgesamt				Meßzahlen: 1977 = 100		
	1977	1980	1985	1990	1980	1985	1990
Rheinland-Pfalz							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	2 349 379	2 403 651	2 490 213	2 420 501	102,3	106,0	103,0
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	1 289 912	1 203 311	1 057 148	1 071 581	93,3	82,0	83,1
unter 15jährige	734 416	633 025	520 526	517 946	86,2	70,9	70,5
über 65jährige	555 496	570 286	536 622	553 635	102,7	96,6	99,7
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	110 873	99 541	97 809	109 594	89,8	88,2	98,8
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	203 551	155 288	130 032	133 571	76,3	63,9	65,6
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	383 749	343 299	233 614	192 732	89,5	60,9	50,2
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	188 473	198 291	169 978	109 599	105,2	90,2	58,2
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	321 690	366 963	409 881	345 579	114,1	127,4	107,4
Region Mittelrhein-Westerwald							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	718 927	736 132	763 630	742 689	102,4	106,2	103,3
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	407 235	379 178	331 992	335 827	93,1	81,5	82,5
unter 15jährige	230 104	197 278	160 593	160 343	85,7	69,8	69,7
über 65jährige	177 131	181 900	171 399	175 484	102,7	96,8	99,1
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	34 186	30 645	29 971	33 986	89,6	87,7	99,4
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	63 906	48 075	40 012	41 052	75,2	62,6	64,2
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	120 816	108 552	72 797	59 563	89,8	60,3	49,3
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	57 274	62 449	54 053	34 365	109,0	94,4	60,0
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	95 271	109 485	127 919	108 414	114,9	134,3	113,8
Region Trier							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	298 203	308 590	323 678	315 944	103,5	108,5	105,9
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	174 926	161 926	142 266	148 058	92,6	81,3	84,6
unter 15jährige	104 234	88 678	73 278	75 519	85,1	70,3	72,5
über 65jährige	70 692	73 248	68 988	72 539	103,6	97,6	102,6
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	15 666	13 850	13 608	16 527	88,4	86,9	105,5
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	28 499	21 809	17 957	19 002	76,5	63,0	66,7
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	55 590	48 647	32 861	26 711	87,5	59,1	48,1
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	26 688	29 060	23 729	15 430	108,9	88,9	57,8
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	43 429	51 671	59 951	49 096	119,0	138,0	113,0
Region Rheinhessen-Nahe							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	486 599	494 755	510 697	496 930	101,7	105,0	102,1
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	256 917	241 642	212 654	213 012	94,1	82,8	82,9
unter 15jährige	143 706	126 164	104 593	102 085	87,8	72,8	71,0
über 65jährige	113 211	115 478	108 061	110 927	102,0	95,5	98,0
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	22 306	20 306	19 732	21 042	91,0	88,5	94,3
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	40 028	31 088	26 740	26 605	77,7	66,8	66,5
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	72 993	66 634	46 653	39 414	91,3	63,9	54,0
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	36 278	37 389	33 258	22 093	103,1	91,7	60,9
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	70 291	76 199	81 877	71 527	108,4	116,5	101,8

noch: Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter sowie im Entwicklungsalter nach Regionen 1977 - 1990

Altersgruppe	Insgesamt				Meßzahlen: 1977 = 100		
	1977	1980	1985	1990	1980	1985	1990
Region Rheinpfalz (ohne Stadt Worms)							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	505 616	516 714	534 046	518 904	102,2	105,6	102,6
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	265 235	247 735	218 184	220 680	93,4	82,3	83,2
unter 15jährige	152 615	132 120	108 936	107 691	86,6	71,4	70,6
über 65jährige	112 620	115 605	109 248	112 989	102,7	97,0	100,3
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	23 086	20 914	20 705	22 599	90,6	89,7	97,9
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	42 234	32 251	27 363	28 054	76,4	64,8	66,4
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	79 628	71 326	48 402	40 463	89,6	60,8	50,8
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	40 214	40 780	35 284	22 498	101,4	87,7	55,9
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	66 583	75 835	81 578	68 175	113,9	122,5	102,4
Region Westpfalz							
<u>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</u> (15- bis unter 65jährige)	340 034	347 460	358 162	346 034	102,2	105,3	101,8
<u>Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter</u>	185 599	172 840	152 052	154 004	93,1	81,9	83,0
unter 15jährige	103 757	88 785	73 126	72 308	85,6	70,5	69,7
über 65jährige	81 842	84 055	78 926	81 696	102,7	96,4	99,8
<u>Bevölkerung im Entwicklungsalter</u>							
Kindergartenalter (3- bis unter 6jährige)	15 629	13 826	13 793	15 440	88,5	88,3	98,8
Schulalter							
Grundschule (6- bis unter 10jährige)	28 884	22 065	17 960	18 858	76,4	62,2	65,3
Sekundarstufe I (10- bis unter 16jährige)	54 722	48 140	32 901	26 581	88,0	60,1	48,6
Sekundarstufe II (16- bis unter 19jährige)	28 019	28 613	23 654	15 213	102,1	84,4	54,3
Studienalter (19- bis unter 25jährige)	46 116	53 773	58 556	48 367	116,6	127,0	104,9

Die Sekundarstufe I an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien wird hauptsächlich von Kindern im Alter von zehn bis unter 16 Jahren besucht, deren Zahl nach den vorliegenden Ergebnissen von allen Bevölkerungsgruppen bis 1990 am stärksten zurückgeht. Ihre absolute Zahl, aber auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung halbiert sich in dieser Zeitspanne und droht danach weiter abzufallen. Im Gegensatz zu den jüngeren Altersgruppen nehmen ihre negativen jährlichen Veränderungsraten bis 1984 von zunächst 2% auf 8,4% zu, um sich anschließend bis 1990 wieder auf 1,2% zu reduzieren. Von diesem landesdurchschnittlichen Entwicklungsverlauf heben sich vor allem die Ergebnisse der Regionen Trier, Rheinhessen-Nahe und Westpfalz ab, weil diese Gruppe bis 1990 in den Regionen Trier und Westpfalz stärker (auf 48 bzw. 49% des Istbestandes), in Rheinhessen-Nahe dagegen schwächer (auf 54% des Istbestandes) als im Landeschnitt abfällt.

Jugendliche, die die Sekundarstufe II weiterführender Schulen besuchen oder einen Ausbildungsplatz besetzen, umfassen in der Regel die 16- bis unter 19-jährigen. Ihre Zahl läßt sich bis 1990 ziemlich sicher abschätzen, da sie heute schon geboren sind. Die Entwicklung wird bis 1982 durch geburtenstarke Jahrgänge bestimmt, die bis zu diesem Zeitpunkt einen Anstieg von 3% bei einem zwischenzeitlichen Maximum im Jahre 1980 (+ 5%) bewirken. Danach schmä-

lert sich ihr Bestand immer rascher, so daß sie 1990 nur noch 58% ihres Ausgangsvolumens besitzen werden. Räumlich gesehen entwickelt sich diese Altersklasse bis 1980 in den Regionen Mittelrhein-Westerwald und Trier mit einem Zuwachs von je 9% gegenüber dem Basisbestand überdurchschnittlich, um sich danach bis 1990 der Landesentwicklung nahezu anzupassen. Unterdurchschnittliche Wachstumsraten dieser Bevölkerungsgruppe bis 1980 wird es in den Regionen Rheinhessen-Nahe (+ 3%), Rheinpfalz (+ 1%) und Westpfalz (+ 2%) geben, die dann bis 1990 in negativen Trends umschlagen, deren Neigungswinkel - ausgenommen die Region Rheinhessen-Nahe - stärker als auf Landesebene ausfallen.

Die Bevölkerung im Studienalter zwischen 19 und 25 Jahren, die als gut ausgebildeter Nachwuchs auf den Arbeitsmarkt drängt oder aber ein Studium absolviert, wächst als Folge des Geburtenberges, dessen Spitze der Geburtsjahrgang 1963 einnimmt, bis 1984/85 kontinuierlich um 27% über ihren jetzigen Stand hinaus. Mit der Wanderung des Geburtenberges bis zum Jahre 1990 schwächt sich diese Gruppe zwar merklich ab, bleibt aber dennoch um 7% über ihrer derzeitigen Anzahl. Unter räumlichen Aspekten liegt die Entwicklung in den Regionen Mittelrhein-Westerwald und Trier weit über dem Landesdurchschnitt, denn im ersten Falle wächst diese Gruppe bis 1985 bzw. 1990 um 34 bzw. 14%, im zweiten Fall bis

1985 bzw. 1990 um 38 bzw. 13%. Dagegen bleibt die ebenfalls positive Änderungsrate der übrigen Regionen, insbesondere von Rheinhessen-Nahe und Rheinpfalz, hinter der entsprechenden Landesrate zurück.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, demographische Komponente des zukünftigen Arbeitskräfteangebots, nimmt wie schon die Bevölkerung im Studienalter über den gesamten Prognosezeitraum in allen Raumeinheiten zu. Der davon ausgehende Druck auf den Arbeitsmarkt wird wohl 1984/85 am stärksten ausfallen, wenn voraussichtlich ein um 6% höheres Arbeitskräftepotential um die dann bestehenden Arbeitsplätze konkurriert. In absoluten Zahlen ausgedrückt, müßten von heute an bei gleichbleibender Erwerbsbeteiligung bis 1984/85 rund 146 000, bis 1990 rund 71 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, um eine Zunahme der Erwerbslosigkeit oder größere Abwanderungstendenzen zu verhindern.

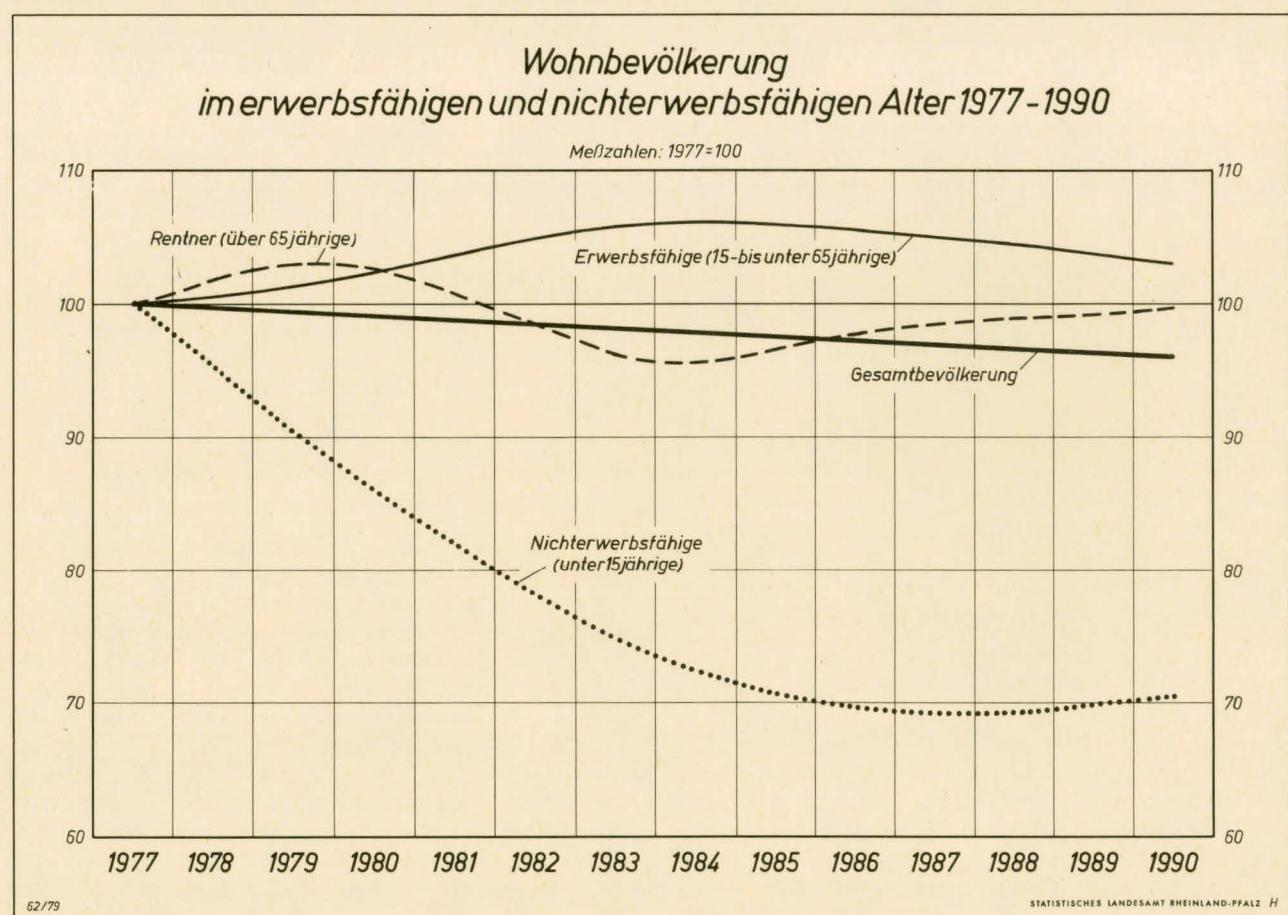
In räumlicher Hinsicht nimmt hier die Region Trier eine Sonderstellung ein, weil sie im Gegensatz zu allen übrigen Regionen die Landesentwicklung noch übertrifft. Ihre erwerbsfähige Bevölkerung steigt nämlich bis 1985 um fast 9% an, das heißt um zusätzlich rund 25 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. Dadurch entsteht unter raumordnerischen Gesichtspunkten die Gefahr, daß dieser Raum mit der geringsten Bevölkerungsdichte und einer im Vergleich zu den meisten übrigen Landesteilen schwächeren Wirtschaftsstruktur ohne wirksame Gegenmaßnahmen weitere Abwanderungen hinnehmen müßte, die von wirtschaftsstärkeren

Regionen absorbiert werden könnten, die - wie Rheinhessen-Nahe und Rheinpfalz - gleichzeitig ein unterdurchschnittliches Wachstum dieses Personenkreises zu erwarten haben. Die Aufgabe, eine gleichmäßige räumliche Verteilung der Bevölkerung zu erzielen, erscheint gerade deswegen so erschwert, weil für den Anstieg des potentiellen Arbeitskräfteangebots hauptsächlich geburtenstarke jüngere Jahrgänge verantwortlich sind, die eine hohe Mobilitätsbereitschaft mitbringen.

Die Bevölkerung im Rentenalter von 65 und mehr Jahren zeigt einen wellenförmigen Entwicklungsverlauf. Zunächst verbreitert sich ihre Basis bis 1979/80 um 3%, danach fällt ihre Zahl bis 1984 um 4%, um schließlich bis 1990 wieder auf die Ausgangsposition anzuwachsen. Dabei steigt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung von zur Zeit 15,3% auf 15,9%, ein Tatbestand, der vor allem für die Gesundheitspolitik und die Versorgung mit Alteneinrichtungen von Bedeutung ist. Ihre Vorausschätzung ist im Vergleich zu den anderen Altersgruppen am genauesten, weil die Wahrscheinlichkeit, daß die Ergebnisse aufgrund von Wanderungsbewegungen revidiert werden müssen, hier am geringsten ist. Regionale Unterschiede sind kaum evident.

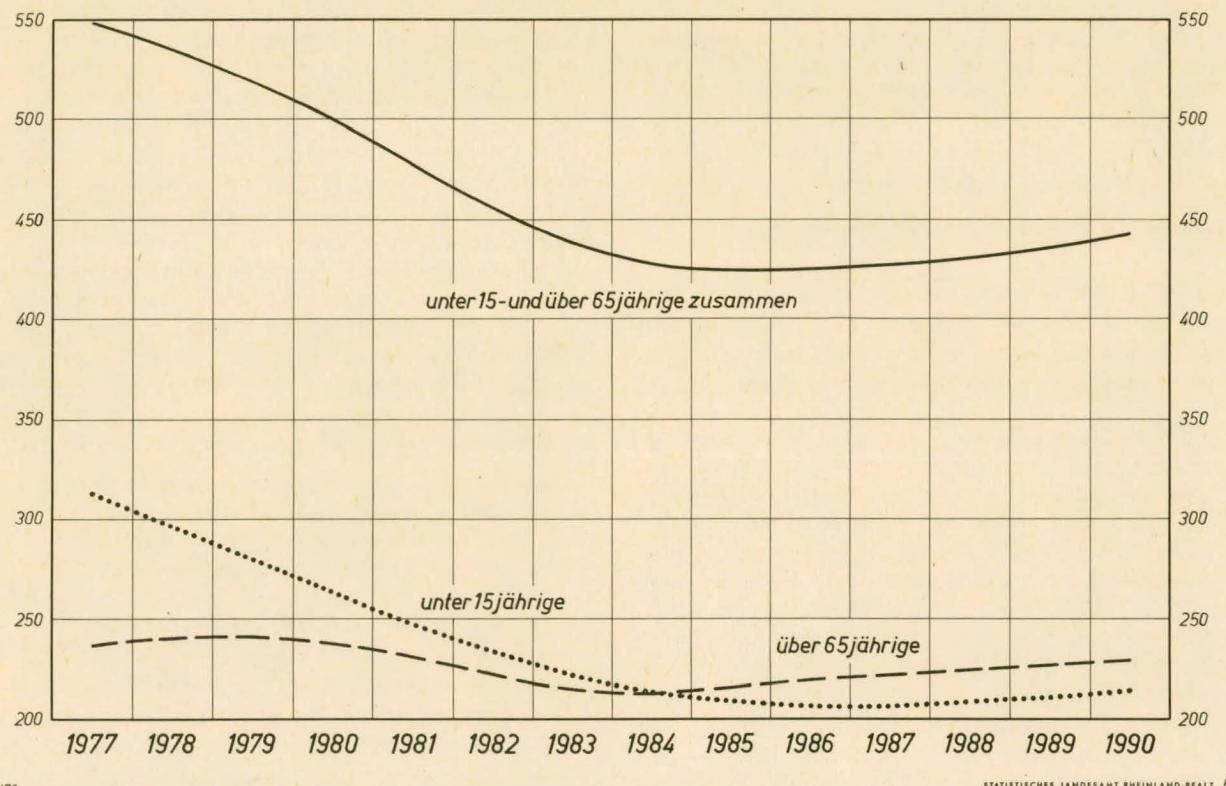
Rückläufige Belastungsquoten

Die Erziehungs- und Ausbildungsbelastung der im Berufsleben stehenden Bevölkerung durch Kinder und Jugendliche wird häufig durch die sogenannte Jugendbelastungsquote ausgedrückt, womit die Zahl der un-



Belastungsquoten 1977-1990

(Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter)



63/79

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

ter 15jährigen bezogen auf die 15- bis unter 65jährigen gemeint ist. Da diese Kennzahl nur auf Landesebene von Interesse ist, wird auf regionale Auswertungen verzichtet. Nach den vorliegenden Ergebnissen zeichnet sich in Zukunft eine wesentliche Entlastung der jetzigen Situation ab. Während 1977 noch 313 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren auf 1 000 erwerbsfähige Personen trafen, schwächt sich diese Relation bis Ende 1987 auf einen Vergleichswert von 206 ständig ab und steigt dann bis 1990 (214) wieder langsam an.

Die Versorgungslast der Erwerbsfähigen durch Rentner und Pensionäre wird durch die sogenannte Altenbelastungsquote gemessen, die angibt, wieviele Menschen mit 65 und mehr Jahren auf 1 000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren kommen. Dieses

Zahlenverhältnis, das heute bei 236 liegt, wird sich nach einem kurzfristigen Anstieg auf einen Wert von 240 im Jahre 1979 im anschließenden Prognoseabschnitt entspannen, wobei sich 1990 dieser Wert voraussichtlich auf 229 stellen wird.

Die Gesamtbelastung, die sich für die Berufsfähigen durch Kinder, Jugendliche und ältere Menschen zusammen ergibt, kann bei der absehbaren Entwicklung ihrer Einzelkomponenten ebenfalls nur geringer werden. Nach der Gesamtbelastungsquote stehen augenblicklich 549 Nichterwerbsfähige 1 000 Erwerbsfähigen gegenüber. Dieses Verhältnis geht auf 425 in den Jahren 1986/87 zurück, nimmt dann wieder zu und erreicht 1990 einen Wert von 443 je 1 000 Erwerbsfähigen.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Landwirtschaftszählung 1979

Nach 1949, 1960 und 1971 findet im Jahre 1979 in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Gesetzes über eine Zählung in der Landwirtschaft vom 5. Mai 1978 (BGBl. I S. 597) wieder eine Landwirtschaftszählung statt. Sie verfolgt in erster Linie den Zweck, den zuständigen Stellen in Verwaltung und Wissenschaft sowie der Berufsvertretung sachlich und regional tief gegliederte Unterlagen über die Betriebs- und Produktionsstruktur in der Landwirtschaft sowie deren mittel- und längerfristige Entwicklung zur Ver-

fügung zu stellen. Wenn auch der Strukturwandel in der Landwirtschaft in den letzten Jahren angesichts der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in etwas ruhigeren Bahnen verlaufen ist, so dürfen doch die Zahlen aus dem Jahre 1971 hinsichtlich ihrer Aktualität nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen entsprechen.

Die Landwirtschaftszählung 1979 ist aber nicht nur im nationalen Bereich von Bedeutung. Mit ihr werden

vielmehr zugleich Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften nach unter den Mitgliedstaaten vergleichbaren agrarstatistischen Daten erfüllt, die sich insbesondere aus der Verordnung Nr. 218/78 des Rates vom 19. Dezember 1977 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1979/80 (AblEurGem. Nr. L 35) ergeben. Ferner trägt die Landwirtschaftszählung 1979 den Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Rechnung, etwa alle zehn Jahre eine weltweite Bestandsaufnahme in der Landwirtschaft durchzuführen.

Agrarberichterstattung führt zu geänderter Zielsetzung

Mit der Einführung der zweijährlichen Agrarberichterstattung im Jahre 1975 hat sich die Zielsetzung der Landwirtschaftszählungen entscheidend gewandelt. So werden bereits regelmäßig im Rahmen dieser Agrarberichterstattung in einem sogenannten Grundprogramm bei der laufenden Bodennutzungserhebung, Viehzählung und Arbeitskräfteerhebung anfallende Daten ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand betriebsweise zusammengeführt und im Betriebszusammenhang aufbereitet. Neben der betriebsbezogenen Auswertung vorhandener Daten sieht ein Ergänzungsprogramm eine Erfassung von agrarpolitisch bedeutsamen Daten über die sozialökonomischen Verhältnisse der Betriebe, Buchführung, Besitzverhältnisse, Pachtpreise sowie Erwerbs- und Unterhaltsquellen von Betriebsinhaber und Familienangehörigen vor. Diese Befragungen sind aus Vereinfachungsgründen mit laufenden Erhebungen verbunden, und zwar hinsichtlich der total zu erfassenden Merkmale über die sozialökonomischen Verhältnisse und die Buchführung mit der Bodennutzungserhebung, hinsichtlich der übrigen mit der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung für den Berichtsmonat April.

Angesichts dieser Weiterentwicklung des agrarstatistischen Instrumentariums konnte der Erhebungsumfang der Landwirtschaftszählung 1979 gegenüber 1971 erheblich reduziert werden. So mußten damals beispielsweise bei einer Grunderhebung noch in jedem Betrieb Angaben über die Bodennutzung und Viehhaltung gesondert erfragt werden. Da die Landwirtschaftszählung zusammen mit der Agrarberichterstattung Anfang Mai 1979 durchgeführt wird, kann sie sich auf die Erfassung einiger zusätzlicher Merkmale beschränken, für die nur in größeren Zeitabständen überhaupt Ergebnisse bzw. regional tiefer gegliederte Ergebnisse aus einer Totalerhebung benötigt werden. Mit Hilfe der jedem Betrieb zugeteilten Betriebsnummer ist neben der gemeinsamen Durchführung der Befragungen eine betriebsweise Zusammenführung und Auswertung der Daten garantiert.

Mehrere Einzelerhebungen

Die Vielseitigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion sowie das Bestreben, die Auskunftspflichtigen und die Aufbereitungsstellen nicht über Gebühr zu belasten, haben zur Folge, daß die Landwirtschaftszählung 1979 nicht in einem Zuge ablaufen kann. Sie gliedert sich vielmehr - ähnlich wie auch 1971 - in mehrere, teilweise zeitlich voneinander getrennte Einzelerhebungen. Neben einer Haupterhebung, die sich an alle

land- und forstwirtschaftlichen Betriebe richtet, finden im Weinbau, im Gartenbau und bei der Binnenfischerei zusätzlich eigene Befragungen statt, die auf die typischen Besonderheiten dieser Produktionsrichtungen abzielen. Eine spezielle Erhebung in der Forstwirtschaft, wie sie 1971 noch zum Programm gehörte, ist weggefallen. Es ist jedoch vorgesehen, im Rahmen einer bundesweit geplanten Waldinventur um 1980 Feststellungen in den Betrieben der Forstwirtschaft zu treffen, die inhaltlich mit denen früherer Betriebserhebungen in diesem Bereich vergleichbar sind. Auch die 1971 erstmals durchgeföhrten Erhebungen bei betrieblichen Zusammenschlüssen in der Land- und in der Forstwirtschaft sowie über Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung werden wegen der nur geringen Verbreitung dieser Einrichtungen und der daraus resultierenden nur sehr schwer möglichen Einpassung in die Organisation einer Großzählung 1979 nicht wiederholt.

Haupterhebung mit totalem und repräsentativem Teil

Die Haupterhebung stellt die mit Abstand umfangreichste Einzelerhebung dar. Sie richtet sich in Rheinland-Pfalz an rund 80 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ergänzt die Agrarberichterstattung 1979. Dabei wird ein Teil der Merkmale, für die kein Bedarf an regional tiefer gegliederten Ergebnissen besteht, einfacheitshalber auf repräsentativem Wege erhoben, so daß innerhalb der Haupterhebung nochmals zwischen einer Vollerhebung und einer repräsentativen Erhebung zu unterscheiden ist.

Der Erfassungsbereich der Vollerhebung umfaßt alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzten Flächen von mindestens 1 ha sowie Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als 1 ha bzw. ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, wenn deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen. Nach einer bundeseinheitlichen Regelung sind dementsprechend Betriebe unter 1 ha einzubeziehen, wenn sie über jeweils mindestens 30 Ar bestockte Rebfläche, Obstanlagen, Hopfen, Tabak, Baumschulen oder Gemüse im Freiland oder über mindestens 10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland oder über Unterglasanlagen verfügen. Im Bereich der tierischen Erzeugung kommen Betriebe unter 1 ha in Betracht, wenn mindestens 8 Stück Rindvieh oder 8 Schweine jeden Alters, 50 Schafe jeden Alters oder 200 Legehennen oder Mastgeflügel vorhanden sind. Das Fragenprogramm bezieht sich außer auf Besitzverhältnisse, Pachtpreise und Zimmervermietung im besonderen auf den Betriebsinhaber, seinen Ehegatten und den Betriebsleiter sowie auf im Betrieb lebende Familienangehörige und ihre Beschäftigung ferner die Stellung und Beschäftigung der ständigen familienfremden Arbeitskräfte.

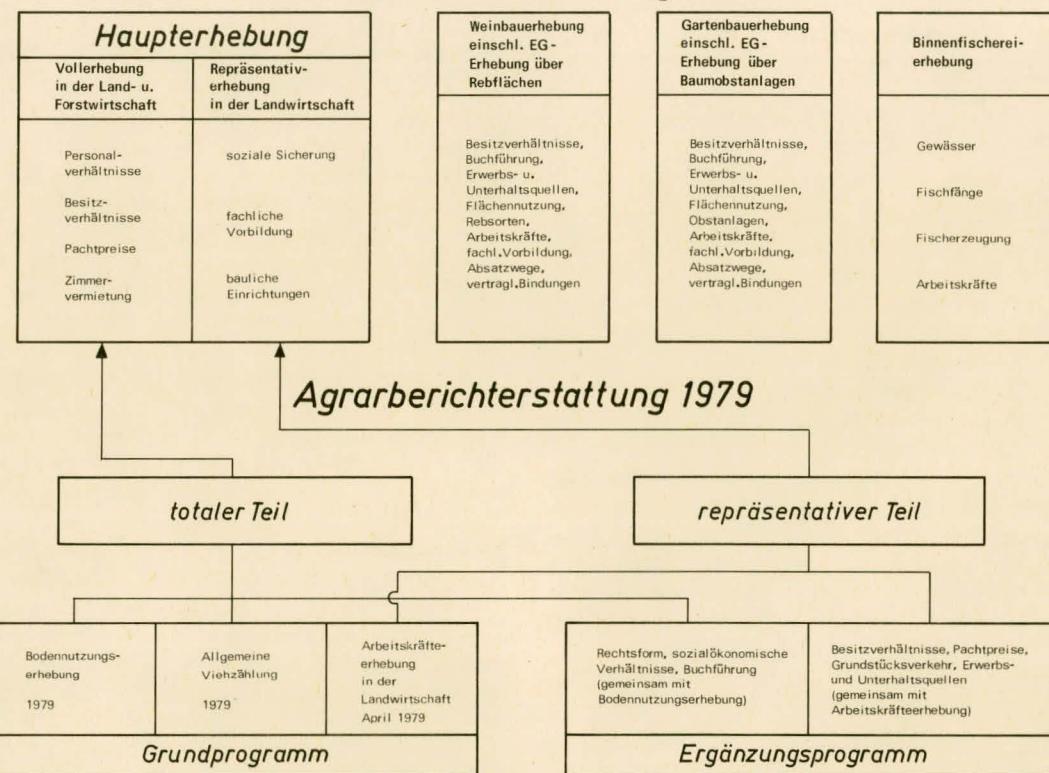
Die repräsentative Erhebung in der Landwirtschaft erfaßt in rund 12 000 landwirtschaftlichen Betrieben mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche bzw. in Betrieben unter 1 ha oder ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, wenn sie die bereits bei der Vollerhebung genannten Voraussetzungen er-

Erhebungen und Erhebungsprogramme zur Landwirtschaftszählung 1971 und 1979

Landwirtschaftszählung 1971



Landwirtschaftszählung 1979



füllen, Angaben zur sozialen Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen sowie zur fachlichen Vorbildung des Betriebsinhaberehepaars oder des Betriebsleiters. Daneben stehen noch einige Fragen zur baulichen Einrichtung des Wohnhauses des Betriebsinhabers sowie zur Mitgliedschaft des Betriebes bei den aufgrund des Marktstrukturgesetzes gegründeten Erzeugergemeinschaften bzw. bei Erzeugerorganisationen. Der Erhebungsbogen für die Stichprobenbetriebe enthält aus erhebungsorganisatorischen Gründen neben den Fragen für die repräsentative Erhebung zur Landwirtschaftszählung auch die des repräsentativen Ergänzungsprogramms der Agrarberichterstattung sowie die sich an alle Betriebe richtenden Fragen der Vollerhebung. Der Fragebogen für die nicht in die Stichprobe einbezogenen Betriebe weist dementsprechend lediglich die für die Vollerhebung notwendigen Fragen auf.

Der gegenüber 1971 eingetretene Verzicht auf eine Reihe von Erhebungsmerkmalen bei der Haupterhebung dürfte zu einer spürbaren Entlastung der Auskunftspflichtigen und nicht zuletzt auch der Aufbereitungsstellen führen. Es sei hier nur auf die umfangreichen Fragen zum Maschineneinsatz und zu den Absatzverhältnissen verwiesen, die 1979 entfallen. Der heute erreichte Stand in der Mechanisierung der Landwirtschaft macht entsprechende Informationen überflüssig. Die detaillierten Fragen nach den Absatzverhältnissen führten 1971 zu großen Schwierigkeiten bei der Beantwortung, so daß die Ergebnisse mit einem hohen systematischen Fehler behaftet und daher nur beschränkt verwendbar waren. Auch der gegenüber 1971 von 20 auf nunmehr rund 10% herabgesetzte Auswahlssatz für den repräsentativen Erhebungsteil mit seinem ungleich größeren Fragenprogramm als beim totalen Teil dürfte sowohl das Erhebungsgeschäft als auch die nachfolgende Aufbereitung der Daten erheblich vereinfachen und beschleunigen.

Weinbauerhebung liefert auch Daten für die europäische Weinbaupolitik

Entsprechend der großen Verbreitung des Weinbaus in Rheinland-Pfalz kommt hierzulande der Weinbauerhebung nach der Haupterhebung die größte Bedeutung zu. Sie richtet sich in der arbeitsärmeren Zeit um die Jahreswende 1979/80 an etwa 45 000 Betriebe mit einer Rebfläche von mindestens 10 Ar bzw. mit einer kleineren Rebfläche, wenn die Erzeugnisse daraus zum Verkauf bestimmt sind. Ähnlich wie 1972/73 stehen dabei Fragen nach Besitzverhältnissen, Erwerbs- und Unterhaltsquellen des Betriebsinhabers, Flächennutzung, Arbeitskräften sowie Ernteverwertung und Absatzwegen im Vordergrund. Eine Feststellung von Maschinen und technischen Einrichtungen wird - wie auch bei der Gartenbauerhebung - nicht mehr vorgenommen. Auch die 1972/73 erfolgte gesonderte Befragung der Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Verbundkellereien entfällt für 1979/80, da hierüber aus anderen Quellen ausreichend Informationen zur Verfügung stehen.

Die an die Stelle des bisherigen EG-Weinbaukatasters getretene und nach der Verordnung des Rates Nr. 357/79 vom 5. Februar 1979 (AblEurGem Nr. L 54) erstmals für das Weinwirtschaftsjahr 1978/79 durch-

zuführende statistische Erhebung der Rebflächen, die in der Bundesrepublik Deutschland in die Weinbauerhebung integriert ist, bringt mit einer Aufteilung der Rebflächen nach Rebsorten und Altersgruppen zwar eine gewisse Erweiterung der Fragenstellung, die jedoch durch die Vorteile einer gemeinsamen Durchführung der beiden Befragungen mehr als ausgeglichen wird. So entfällt beispielsweise der Aufbau einer gesonderten Erhebungsorganisation. Andererseits erhalten die Auskunftspflichtigen dadurch Vorteile, daß die Flächenverhältnisse nicht zweimal innerhalb kürzester Zeit festgestellt werden müssen.

Mit der Beschränkung auf die Ermittlung der Rebflächen nach Rebsorten und Altersgruppen ist die EG-Erhebung, die alle zehn Jahre originär und in den Zwischenjahren im Wege einer Fortschreibung auf der Basis von Meldungen über die gerodeten und angepflanzten Flächen durchzuführen ist, von ihrem Umfang her bei weitem nicht mehr mit dem Weinbaukataster vergleichbar. So sind insbesondere sehr schwer zu beantwortende Fragen nach Pflanzdichte und Lagegestaltung bei den Rebflächen entfallen, die darüber hinaus, wie die gesamten Angaben, von den Auskunftspflichtigen auch noch parzellenweise nachgewiesen werden mußten. Dieses umfangreiche Erhebungsprogramm vermochte nicht - vor allem nicht in den beiden großen Weinbaultländern der Gemeinschaft, Frankreich und Italien -, die für die Handhabung der gemeinsamen Weinmarktorganisation laufend benötigten aktuellen Ergebnisse über das weinbauliche Produktionspotential und seine Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grunde erfolgte in den Jahren 1977 und 1978 unter maßgeblicher Mitwirkung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz durch die EG-Kommission eine grundlegende Umgestaltung und Vereinfachung dieses Weinbaukatasters.

Gartenbauerhebung mit besonderer Berücksichtigung der Baumobstanlagen

Die Untersuchung der Wirtschaftsstruktur der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen ist Aufgabe der Gartenbauerhebung, die sich im ersten Halbjahr 1982 auf rund 10 000 Betriebe in Rheinland-Pfalz erstreckt. Dabei gelten als Gartengewächse neben Obst, Gemüse sowie Blumen- und Zierpflanzen auch Baumschulerzeugnisse und gartenbauliche Sämereien. Gegenüber der Erhebung 1972/73 im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971 hat sich das Konzept in einigen Punkten etwas geändert. So tritt neben die bisher schon praktizierte Befragung über Flächennutzung, Besitzverhältnisse, Arbeitskräfte, bauliche Einrichtungen und Absatzformen erstmals eine nähere Erfassung der vielfältigen Zusammenhänge zwischen Produktionsbetrieb und gewerblichem Gartenbau in Form von gartenbaulichen Handels-, Dienstleistungs- und Verarbeitungsbetriebszweigen. Diese vor allem von Seiten der Berufsvertretung gewünschten Informationen lassen sich jedoch teilweise nur mit einem höheren Erhebungsaufwand realisieren. Die untere Erfassungsgrenze ist gegenüber 1972/73 etwas angehoben worden. So gehören 1982 alle Betriebe mit Verkaufsanbau auf einer gärtnerischen Nutzfläche von mindestens 15 Ar (1972/73 mindestens 10 Ar) sowie jeglichem Verkaufsanbau unter Glas oder Kunststoff zum Erfassungsbereich. Damit wird einmal dem Trend zu gr-

Beren Produktionseinheiten Rechnung getragen, zum anderen lassen sich durch das Abschneiden von Kleinstbetrieben mit ausschließlich Freilandbau Kosten einsparen. Dadurch wird sich die gesamte gärtnerische Nutzfläche im Bundesgebiet jedoch nur um 0,6% verringern, was keine nennenswerten Einflüsse auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit sich bringt. Darüber hinaus deckt sich die 15 Ar-Grenze mit dem von den EG für die Erhebung der Baumobstflächen festgelegten Bereich. Diese Erhebung, mit der alle fünf Jahre das Obstbaupotential der Gemeinschaft festgestellt wird (Richtlinie des Rates vom 20. Juli 1976, Nr. 76/625/EWG, ABlEurGem. Nr. L 218) wird wie schon 1972/73 organisatorisch mit der Gartenbaumerhebung verbunden. Die hierfür notwendigen Ermittlungen beziehen sich neben den Anbauflächen auf Obstsorten, Alter der Bäume und Pflanzdichten.

Qualifizierte Zähler und Erheber garantieren zuverlässige Ergebnisse

Die Durchführung der Landwirtschaftszählung mit ihren verschiedenen und teilweise umfangreichen Einzelerhebungen erfordert beim Statistischen Landesamt und bei den Gemeindeverwaltungen, als den eigentlichen Erhebungsstellen vor Ort, ungleich größere Anstrengungen als die laufenden Produktionserhebungen wie Viehzählung oder Bodennutzungserhebung. Ohne Unterstützung durch die Gemeinden wäre ein solches Zählungswerk für den Bereich der Landwirtschaft nur sehr schwer zu realisieren. Diese besteht nach einem Rundschreiben des Ministeriums des Innern an die Stadt-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeverwaltungen vom 15. Januar 1979 (MinBl. 1979, S. 18) in entscheidendem Maße im Einsatz von qualifizierten Zählern und Erhebern, die bei den Betrieben im Wege einer direkten Befragung die benötigten Auskünfte einholen und die Erhebungsbogen ausfüllen sollen. Angesichts schwieriger Fragen beispielsweise zu den Einkommensverhältnissen im repräsentativen Teil der Haupterhebung würde die Ausfüllung der Erhebungsbogen durch die Betriebsinhaber allein sehr hohe systematische Fehler bei den späteren Ergebnissen zur Folge haben. Eine weitere wichtige Aufgabe fällt den Zählern und Erhebern auch bei der Feststellung der zum Erfassungsbereich der Erhebungen gehörenden Betriebe zu. Hierzu werden zwar aus dem beim Statistischen Landesamt maschinell geführten Betriebsregister für die Landwirtschaftsstatistiken in Form von Anschriftenverzeichnissen bzw. adressierten Erhebungsbogen gewisse Hilfen gegeben. Die endgültige Entscheidung, ob ein Betrieb unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen Erfassungsgrenzen zu befragen ist oder nicht, kann jedoch nur aufgrund der an Ort und Stelle vorgefundenen Verhältnisse getroffen werden, da das Betriebsregister nicht immer den neuesten Stand wiedergeben kann. Sämtliche Erheber und Zähler sind vor Beginn ihrer Tätigkeit vom Statistischen Landesamt bzw. den Erhebungsstellen mit ihren Aufgaben vertraut gemacht worden. Das gilt selbstverständlich auch für die zuständigen Vertreter der Erhebungsstellen selbst. Um den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden die Werbung von geeigneten Zählern und Erhebern zu erleichtern, erhalten sie wie bei der Landwirtschaftszählung 1971 bzw. der zweijährlichen Agrarberichterstattung besondere Ent-

schädigungen, die größtenteils an die Zähler weitergegeben werden.

Da turnusmäßig im Mai 1979 auch eine totale Bodennutzungserhebung mit Feststellung der Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie des Anbaues auf dem Ackerland in den Betrieben erforderlich ist, wurde diese sinnvollerweise organisatorisch mit der Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung verbunden. Neben den hierzu erforderlichen Betriebsbogen ist daher von den Zählern und Erhebern sowohl für die Stichprobentriebe als auch die nicht in die Stichprobe einbezogenen Einheiten noch ein Formular für die Bodennutzungserhebung auszufüllen, das auch die Fragen zum totalen Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung enthält. Dadurch ist gleichzeitig gewährleistet, daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes, die bei der Bodennutzungserhebung nach ihrer Nutzung, bei der Landwirtschaftszählung aber nach den Besitzverhältnissen zu untergliedern ist, jeweils die gleiche Größe aufweist.

Gegenüber 1971 gestraffteres Darstellungsprogramm

Entsprechend der mit der Einführung der Agrarberichterstattung geänderten Zielsetzung im Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung hat sich auch das Darstellungsprogramm - insbesondere der Haupterhebung - gegenüber 1971 entscheidend gewandelt. So bleibt das mit der Agrarberichterstattung 1975 eingeführte Tabellenprogramm mit Angaben über Bodennutzung und Viehhaltung der Betriebe, Betriebssystematik, Standardbetriebseinkommen, sozialökonomische Gliederung, Buchführung, Besitzverhältnisse und Pachtpreise, Art und Höhe des außerbetrieblichen Einkommens sowie Arbeitsverhältnisse für 1979 unverändert bestehen. Da ein Großteil dieser Tabellen auch aus der Landwirtschaftszählung 1971 vorliegt, wird hiermit bereits eine Fülle von Informationen über die mittel- und kurzfristigen Veränderungen in der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe geboten. Speziell für Zwecke der Landwirtschaftszählung sind entsprechend den total bzw. repräsentativ zu erhebenden Merkmalen Tabellenkomplexe unter anderem über Arbeitsverhältnisse, Altersgliederung der in der Landwirtschaft lebenden Personen, Ausbildung von Betriebsinhaber und Ehegatte sowie soziale Sicherung der Familie des Betriebsinhabers entwickelt worden. Hinzu kommen Tabellen, die die Auswertungen im Rahmen der Agrarberichterstattung über sozialökonomische Gliederung, Besitzverhältnisse und Pachtpreise ergänzen. Auch bei diesen neuen Tabellen standen die Bemühungen nach ausreichenden Vergleichsmöglichkeiten zu 1971 im Vordergrund.

Bei sämtlichen Tabellen mit total erhobenen Merkmalen ist - allerdings nur mit eingeschränkter oder ohne Größenklassengliederung - ein Ausdruck bis auf Kreisebene möglich. Die Forderungen nach Regionalergebnissen werden darüber hinaus durch umfangreiche Gemeinde- und Kreistabellen erfüllt. Diese enthalten in zusammengefaßter Form Daten über die Größenstruktur der Betriebe, deren Bodennutzung und Viehhaltung, Betriebstypisierung und Betriebssystematik sowie Besitz- und Arbeitsverhältnisse. Die für 1979 erstmals zu erstellende Kreistabelle unterscheidet sich vom Gemeindeprogramm, das im übrigen mit eini-

gen kleineren Änderungen aus der Landwirtschaftszählung 1971 und aus der Agrarberichterstattung übernommen wurde, lediglich durch eine Vorspaltengliederung nach Betriebsgruppen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Insgesamt gesehen konnte das Tabellenprogramm der Haupterhebung gegenüber 1971 gestrafft werden, womit eine wesentlich frühere Ergebnislieferung möglich ist. So sollen bereits Anfang 1980 ein Großteil der Agrarberichterstattungstabellen sowie die Tabellen mit den repräsentativ für Zwecke der Landwirtschaftszählung erfrag-

ten Daten zur Verfügung stehen. Mit den übrigen wird im zweiten und dritten Vierteljahr 1980 gerechnet.

Die Tabellenprogramme für die Wein- und Gartenbauherhebung sowie für die Erhebung in der Binnenfischerei entsprechen weitgehend denen von 1972/73. Die sich aufgrund der EG-Erhebung über die Rebflächen bzw. der Konzeptänderung bei der Gartenbauherhebung ergebenden Abweichungen werden jedoch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse insgesamt kaum nachteilig beeinflussen.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Neuordnung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes

Vorüberlegungen zur Reform bereits 1970

Der Bereich des Handels und Gastgewerbes, der im Bundesgebiet einen Beitrag zur gesamten Bruttonwertschöpfung von rund 11% leistet, ist vor allem im Gegensatz zum produzierenden Gewerbe bisher nicht den Bedürfnissen entsprechend erfaßt worden, was von Seiten der Ministerien und Wirtschaftsverbände sehr beklagt wurde. So fand eine tiefere Durchleuchtung dieses Wirtschaftsbereichs, ohne den eine moderne Volkswirtschaft nicht denkbar ist, nur in größeren Zeitabständen im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählungen sowie der sich daran anschließenden repräsentativen Ergänzungserhebungen statt. In der Zwischenzeit mußte man sich mit einer Globaldarstellung der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung sowie einmal jährlich der Wareneingänge und -bestände, beides aus den Ergebnissen einer im Anschluß an die letzte Handels- und Gaststättenzählung gezogenen Stichprobe ermittelt, begnügen. Diese Erhebungen waren zudem in drei verschiedenen Gesetzen geregelt. Während die letzte Handels- und Gaststättenzählung sowie die sich daran anschließende ergänzende Repräsentativerhebung auf dem Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 1. April 1968 (BGBl. I S. 241) basierten, waren Grundlage für die monatlichen und jährlichen Statistiken im Handel das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6) und für die monatliche Statistik im Gastgewerbe das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689).

Diese Umstände legten eine Neuordnung des Gesamtsystems der Statistiken im Handel und Gastgewerbe nahe. Vorüberlegungen zu einer Reform wurden bereits im Anschluß an die Handels- und Gaststättenzählung 1968/70 angestellt. Eine Verwirklichung des neuen Konzepts erfolgt ab 1979. Die gesetzliche Grundlage für das gesamte neue Berichtssystem im Handel und Gastgewerbe bildet das inzwischen in Kraft getretene Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz) vom 16. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Grundzüge des neuen Systems

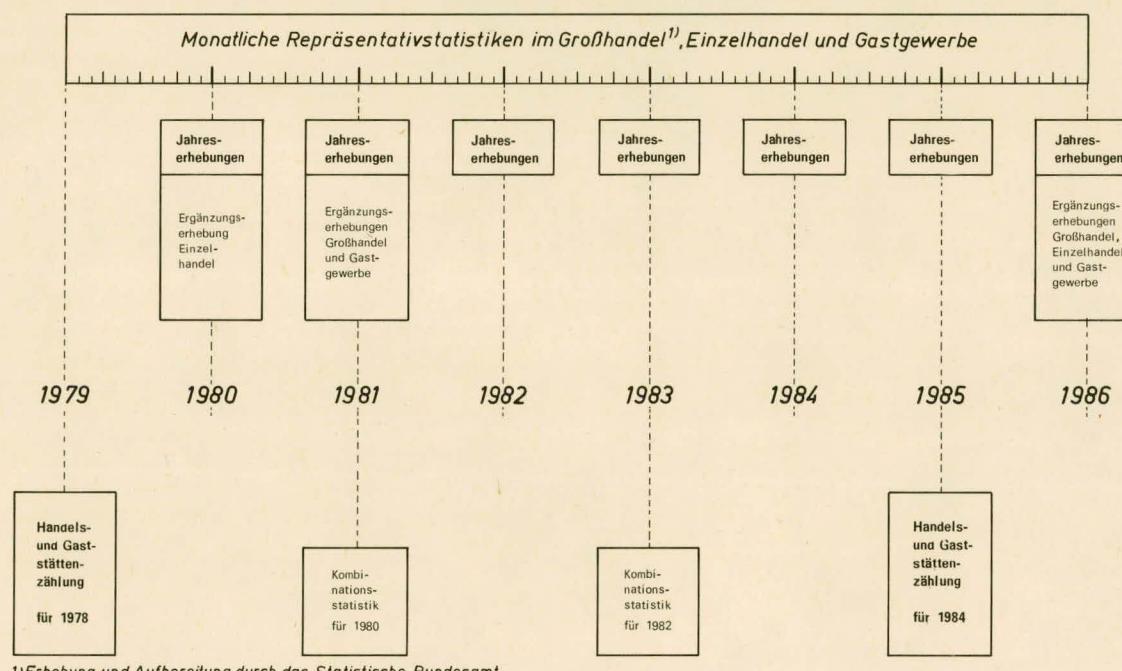
Im Handel und Gastgewerbe hat sich in den letzten Jahren ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen, der das herkömmliche Bild dieses Wirtschaftsbereichs stark veränderte. Dies trifft in besonderem Maße auf den Einzelhandel zu, wo sich vor allem aufgrund der durch die wachsende Konkurrenz notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen der Trend zum Großbetrieb weiter fortsetzte. Änderungen in der Zusammensetzung der Verbrauchernachfrage führten zudem zur Gründung neuer Betriebstypen, wie SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Discounter und ähnlichem. Angesichts dieses sich ständig vollziehenden Prozesses werden Strukturdaten in funktionaler und regionaler Gliederung in kürzeren Zeitabständen als bisher benötigt.

Da fachlich und regional tief gegliederte Strukturergebnisse nur im Rahmen von Totelerhebungen ermittelt werden können und die letzte Erhebung dieser Art schon über zehn Jahre zurückliegt, wurde die *Handels- und Gaststättenzählung* an den Anfang des neuen Berichtssystems gestellt. Für diese Reihenfolge sprach außerdem, daß diese Erhebung als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für die sich anschließenden repräsentativen Monats-, Jahres- und Ergänzungserhebungen dient. Die Durchführung einer Handels- und Gaststättenzählung war ursprünglich für alle vier Jahre gefordert worden. Die Überlegungen zur Einschränkung der Bundesstatistik führten jedoch dazu, daß die Durchführung dieser Zählung zunächst für die Jahre 1979 und 1985 und dann im Abstand von zehn Jahren im Wechsel mit der Arbeitsstättenzählung festgelegt wurde.

Da totale Bestandsaufnahmen vor allem für kleinere Unternehmen Schwierigkeiten bringen, wurde das hier zu erfassende Merkmalsprogramm auf wenige Eckdaten, wie Beschäftigte, Umsatz, Kapazitätsangaben und die örtliche Lage beim Einzel- und Großhandel, beschränkt.

Ein Teil der früher in der Handels- und Gaststättenzählung erfragten Merkmale, wie Wareneingang und -bestände sowie Lohn- und Gehaltssummen, wurde ergänzt um die Investitionen auf die *repräsentativen Jahreserhebungen* verlagert. Gleichzeitig wurde der

Zeitlicher Ablauf der Statistiken des Binnenhandels im neuen Berichtssystem



64/79

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Erhebungsbereich über die Bereiche Einzelhandel und Großhandel hinaus auf die Handelsvermittlung und das Gastgewerbe erweitert. Damit wird wie bei den Handels- und Gaststättenzählungen das Untersuchungsgebiet vollständig erfaßt.

Die *Ergänzungserhebungen*, die früher Bestandteil der Handels- und Gaststättenzählungen waren, sind im neuen System mit den Jahreserhebungen verbunden und finden alle fünf bis sieben Jahre statt. Sie dienen unter anderem der Untersuchung der Sortimentszusammensetzung sowie der Bezugs- und Absatzwege. Die Sortimentsanalyse erlaubt vor allem einen Einblick in die Breite der Sortimente sowie in die Veränderungen der Sortimentsgestaltung als Folge von Wandlungen auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten. Die Erfassung des Warensortiments bildet außerdem die Grundlage für die Aktualisierung der Wägungsschemata für die den Bereich betreffenden Preisindizes. Die Ergebnisse werden insbesondere aber auch für die Darstellung der gütermäßigen Verflechtung im Rahmen von Input-Output-Rechnungen benötigt. Wegen der sehr ins Detail gehenden Befragung des Warensortiments stellen die Ergänzungserhebungen den problematischsten Teil des neuen Berichtssystems dar. Die Erfahrungen aus der 70er Erhebung zeigen, daß ein Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen bei dieser Fragestellung überfordert war. Bei allem Verständnis für die Bedeutung von tiefgegliederten Ergebnissen für die obengenannten Aufgabenstellungen sollten jedoch bei künftigen Erhebungen zur Entlastung der Berichtspflichtigen und zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Ergebnisse in stär-

kerem Maße als bisher Zusammenfassungen von Warenarten vorgenommen werden.

Da Ergebnisse über die regionale Verteilung der Einzelhandelsumsätze, die insbesondere Informationen über die Versorgung der einzelnen Gebiete des Landes mit Gütern des täglichen Bedarfs liefern, nur im Rahmen von Totalerhebungen anfallen, werden in Rheinland-Pfalz seit 1966 alle zwei Jahre durch Kombination der anonymisierten Umsatzsteuerstatistik mit der laufenden Einzelhandelsstatistik (sogenannte *Kombinationsstatistik*) Regionalergebnisse erstellt. Eine Bereinigung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik für Zwecke der Regionalisierung ist notwendig, weil hier das Unternehmen Erhebungseinheit ist, dessen Umsätze einschließlich der möglichen Filialen am Sitz des Unternehmens und nicht dort, wo sie in Wirklichkeit erwirtschaftet wurden, nachgewiesen werden.

Die *monatlichen Repräsentativstatistiken* im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe dienen in erster Linie konjunkturanalytischen Zwecken. Da sie aus diesem Grunde besonders aktuell sein müssen, beschränken sie sich auf den Gesamtumsatz und die Zahl der Beschäftigten. Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse soll aber dadurch verbessert werden, daß durch eine Verfeinerung des Hochrechnungsverfahrens nunmehr eine Darstellung von absoluten Werten (bisher nur Meßzahlen) möglich wird. Da die Totalerhebungen künftig in wesentlich kürzeren Zeitabständen durchgeführt werden sollen als bisher und häufiger eine Neuauswahl und damit verbunden eine Rotation des Berichtskreises vorgenommen werden kann, ist mit einer Verbesserung der Berichtsmoral und der Genauigkeit der Ergebnisse zu rechnen.

Erhebungsumfang (Unternehmen) im neuen Berichtskreis
für den Handel und das Gastgewerbe
in Rheinland-Pfalz

Erhebungsbereich	Handels- und Gaststättenzählung	Monats- erhebung	Jahres- erhebung	Er- gänzungserhebung
Großhandel	8 000		zentral vom Statistischen Bundesamt	
Handelsvermittlung	4 500	nicht einbezogen	Statisches Bundesamt	nicht einbezogen
Einzelhandel	23 000		2 000	
Gastgewerbe	16 000		600	

Neues Auswahlverfahren bei den Repräsentativerhebungen

Bei dem neuen Berichtssystem im Handel und Gastgewerbe werden wie bisher zwei verschiedene Erhebungsverfahren angewandt:

(1) Totalerhebung

Handels- und Gaststättenzählungen

(2) Repräsentativerhebungen

Monatliche Erhebungen

Jahreserhebungen

Ergänzungserhebungen zu den Jahreserhebungen.

Bei der Totalerhebung handelt es sich um ein Verfahren, bei dem alle Einheiten, auf die sich die Fragestellung bezieht, in der Untersuchungsgesamtheit enthalten sind. Erhebungen dieser Art sind meistens sehr kostspielig und zeitraubend, wenn man größere Erfassungslücken vermeiden will. Da die Handels- und Gaststättenzählungen unter anderem als Auswahlgrundlage für die Repräsentativerhebungen dient, scheidet hierfür eine Teilerhebung aus. Erfahrungen aus früheren Totalerhebungen zeigen jedoch, daß die Erfassungsschwierigkeiten zunehmen, je kleiner die Unternehmen sind. Aus diesem Grunde hat man bereits bei der Handels- und Gaststättenzählung 1968 auf die Befragung der Kleinst-Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 12 500 DM im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe bzw. mit Provisionseinnahmen und Kostenvergütungen von weniger als 2 500 DM im Jahr in der Handelsvermittlung von vornherein verzichtet. Entsprechende untere Abschneidegrenzen für die Erfassung sind auch für die Erhebung im Jahre 1979 vorgesehen.

Repräsentativerhebungen sind Erhebungen, bei denen nur ein Teil der in Frage kommenden Elemente der Grundgesamtheit in die Untersuchung einbezogen

wird. Die Auswahl dieses Teils erfolgt mit Hilfe eines zufallsgesteuerten Stichprobenverfahrens. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß die Ergebnisse der Stichprobe wieder auf die Grundgesamtheit hochgerechnet und somit mit einem wesentlich geringeren Erhebungsaufwand als bei der Totalerhebung Ergebnisse für die Gesamtheit der im Untersuchungsgebiet vorhandenen Einheiten ermittelt werden können.

Nach dem Handelsstatistikgesetz ist die Zahl der Unternehmen, die künftig im Bundesgebiet im Rahmen von Repräsentativerhebungen höchstens erfaßt werden dürfen, auf 25 000 im Einzelhandel, 10 000 im Großhandel (Ergänzungserhebung 20 000) und in der Handelsvermittlung sowie auf 8 000 im Gastgewerbe begrenzt. Damit wurde der Berichtskreisumfang gegenüber den bisherigen Repräsentativerhebungen in diesem Bereich nahezu halbiert. Die Auswahlsätze liegen nunmehr bei rund 6% gegenüber einem Satz von im Durchschnitt rund 10% beim alten Berichtskreis.

Durch die Reduzierung des Stichprobenumfangs erhöht sich der Stichprobenfehler mit der Folge, daß ausreichend gesicherte Länderergebnisse in der bisherigen Tiefengliederung nach Wirtschaftszweigen bei einem so geringen Auswahlsatz künftig bei kleineren Bundesländern nicht mehr möglich sind. Einen gewissen Ausgleich verspricht ein neues Stichprobenverfahren, das zur Zeit in der Diskussion ist. Bisher wurde für den Bereich Handel und Gastgewerbe ein einstufiges geschichtetes Auswahlverfahren angewendet, das eine freie Hochrechnung der Ergebnisse vorsah. Um einen möglichst hohen Schichtungseffekt zu erzielen, wurde eine recht große Zahl von Schichten festgelegt, mit der Folge, daß die Besetzungszahlen in den einzelnen Schichten häufig sehr gering waren. Um diesen Nachteil zu vermeiden, der sich bei der Reduzierung des Stichprobenumfangs entsprechend verstärkt hätte, verzichtet das neue Konzept der Auswahl mit ungleichen Wahrscheinlichkeiten weitgehend auf eine Schichtung. Die Auswahl beruht vielmehr darauf, daß jedes Unternehmen der Auswahlgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit in die Stichprobe einbezogen wird, die zu seinem Umsatz laut Handels- und Gaststättenzählung 1979 proportional ist. Dabei erhalten Unternehmen mit einem hohen Umsatz eine entsprechend größere Auswahlchance als solche mit einem kleinen Umsatz. Die Ermittlung der Ergebnisse erfolgt durch Hochrechnung der Erhebungsdaten der Stichprobenunternehmen mit dem Kehrwert ihrer individuellen Auswahlwahrscheinlichkeit. Ob die Vorteile dieses Stichprobenverfahrens den Nachteil, den eine Reduzierung der Stichprobenumfänge für die Erstellung von Länderergebnissen mit sich bringt, ganz aufwiegt, ist zu bezweifeln.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Öffentliche Tiefbauaufträge 1978

Für die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau galt bis Ende 1978 das Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Im Rahmen der Reform der Bautätigkeitsstatistik ist am 1. Januar 1979 das Zweite Gesetz

über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118) in Kraft getreten. Hierbei hat der Gesetzgeber auf die Aufnahme der Tiefbaustatistik verzichtet, so daß mit den

Ergebnissen des Jahres 1978 die letzten Angaben zu dieser Statistik in der bisher gewohnten Form vor-gelegt werden können.

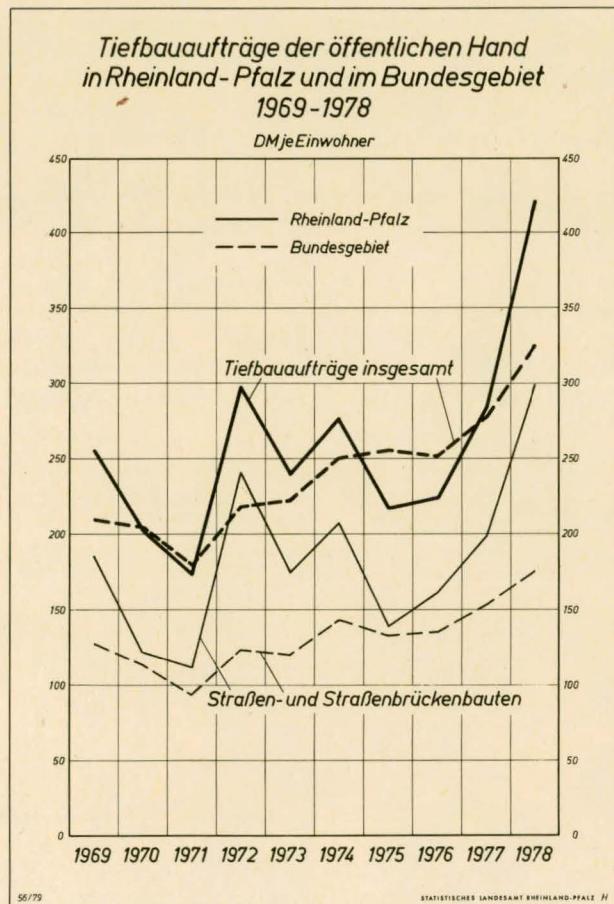
Erfäßt werden durch die Tiefbaustatistik alle Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM, wobei bis September 1975 nur solche von Gemeinden ab 5 000 Einwohnern als Auftraggeber in die Erhebung einbezogen wurden. Ab Oktober 1975 ging die Berichtspflicht von der Gemeinde auf die Verbandsgemeinde über. Die gemeldeten Vergaben der Verbandsgemeinden enthalten seitdem auch diejenigen von Gemeinden unter 5 000 Einwohnern. Da in Rheinland-Pfalz keine verbandsfreien Gemeinden unter 5 000 Einwohnern bestehen, sind ab Oktober 1975 somit die Auftragsvergaben aller Gemeinden erfaßt. Ein Vergleich der Daten mit denen früherer Jahre ist jedoch nahezu ohne Einschränkung möglich, da den Tiefbauaufträgen von Gemeinden unter 5 000 Einwohnern nur eine sehr geringe Bedeutung zukommt.

Als Bauherr wird der Auftraggeber erfaßt, der nicht mit dem Geldgeber identisch sein muß. So sind beispielsweise die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindevorstände in deren Zahlen enthalten, so daß die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Wirklichkeit höher sind als hier nachgewiesen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auftragsvergaben

Seit Erfassung der Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im Jahre 1961 wurde dreimal die Milliarden-Grenze überschritten: 1972 mit 1,075 Mrd. DM, 1977 mit 1,023 Mrd. DM und 1978 mit 1,520 Mrd. DM. Das Auftragsvolumen des Berichtsjahres stellt somit ein bisher in dieser Größenordnung noch nicht erreichtes Resultat dar. Es liegt um 49% über dem Vorjahreswert. In der Vergabesumme ist das von den Bauherren gestellte Material im Wert von 9,9 Mill. DM nicht enthalten.

Deutlich expansive Impulse gingen von der Nachfrageseite aus, die der Staat im Zuge des 1977 vollzogenen Kurswechsels in der Finanzpolitik zusätzlich entfaltete. Wie bei der privaten Nachfrage war die Bauwirtschaft davon besonders begünstigt, insbesondere zeigte sich bei den Tiefbauaufträgen öffentlicher Stellen bereits im Verlauf des Jahres 1977 ein spürbarer Anstieg, der sich im Berichtsjahr noch erheblich beschleunigte. Wesentlichen Anteil daran hatte



die zügige Auftragsvergabe im Rahmen des mittelfristigen Programms für Zukunftsinvestitionen, das im März 1977 von Bund und Ländern beschlossen wurde. Danach waren insgesamt für öffentliche Investitionen im Verkehrswesen 3,7 Mrd. DM vorgesehen, in der Energieversorgung 1,3 Mrd. DM, in der Wasserwirtschaft 4,1 Mrd. DM, für eine bessere Wohnumwelt 4,1 Mrd. DM und für die Berufsbildung 0,6 Mrd. DM. Teilweise sollten durch diese Mittel private Investitionen in Höhe von 2,2 Mrd. DM angeregt werden. Von den in diesem Programm bis 1980 vorgesehenen Investitionen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur von insgesamt 14 Mrd. DM wurden 1977 Projekte für etwa 4,5 Mrd. DM und 1978 für 6,5 Mrd. DM vergeben. Die Heraufsetzung der zuvor bei Bund, Ländern und Gemeinden stark zurückhaltenden Investi-

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen 1975 – 1978

Baumaßnahme	1975		1976		1977		1978	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	429 109	54,9	461 124	57,2	565 325	55,3	834 426	54,9
Straßenbrückenbauten	82 032	10,5	128 645	16,0	158 715	15,5	252 503	16,6
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	33 378	4,3	6 773	0,8	9 087	0,9	7 985	0,5
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	134 476	17,2	130 921	16,2	194 900	19,0	319 836	21,1
Sonstige Tiefbauten	102 119	13,1	79 055	9,8	94 875	9,3	105 168	6,9
Insgesamt	781 114	100,0	806 518	100,0	1 022 902	100,0	1 519 918	100,0

tionen schlug sich in erheblichem Maße in einer Zunahme öffentlicher Aufträge im gesamten Bausektor, also sowohl im Tief- als auch im Hochbau, nieder.

Straßenverkehrsbauten von großer Bedeutung

Für Straßenverkehrsbauten wurden 1978 Aufträge in Höhe von 1.087 Mrd. DM vergeben und damit mehr als in allen früheren Jahren für den Tiefbau insgesamt. Das entspricht einem Anteil von knapp 72%, der in den vergangenen zehn Jahren fünfmal überschritten wurde und 1972 mit 82% eine Rekordmarke erreicht hatte. Die Anfang und Mitte der 70er Jahre ermittelten hohen Quoten für Straßen- und Straßenbrückenbauten

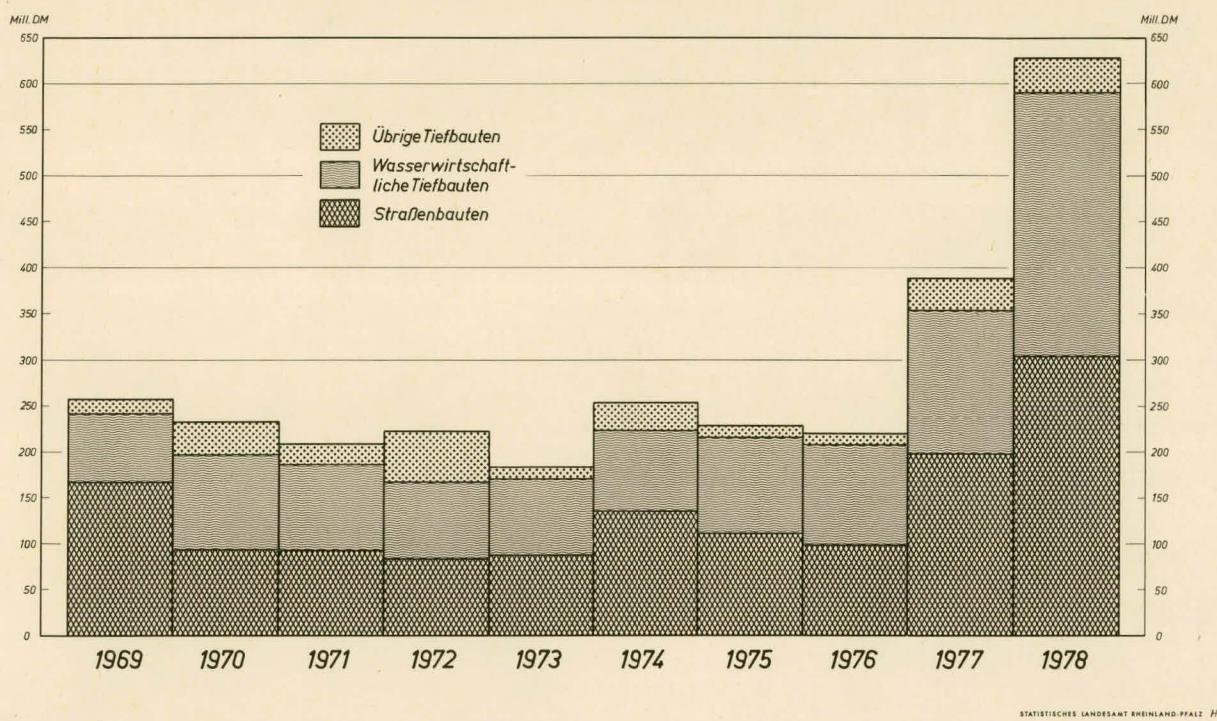
sind insbesondere auf den damaligen Ausbau der linksrheinischen Bundesautobahn A 61 zurückzuführen.

Das in der Vergangenheit erheblich verbesserte rheinland-pfälzische Straßennetz wird den ständig gestiegenen Anforderungen weiter angepaßt. So werden erforderliche staatliche Mittel für laufende Unterhaltung und Instandsetzung ebenso bereitgestellt wie für die Verbreiterung von Bundes- und Landesstraßen, die Beseitigung von verkehrsgefährdenden Kreuzungen und für den Bau von Umgehungsstraßen. Für Straßenneubaumaßnahmen konnten im Jahre 1978 unter anderem größere Aufträge vergeben werden für die A 652 Neustadt-Hochdorf mit mehr als 11 Mill. DM und für die Ortsumgehung Neustadt mit nahezu 12 Mill. DM.

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1973 – 1978

Bauherr	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1 000 DM						
Insgesamt						
Bund	524 080	596 620	456 992	447 302	495 348	697 054
Land	88 939	110 620	58 523	110 723	106 433	144 968
Gemeinden	129 443	188 518	104 218	74 084	137 911	276 572
Gemeindeverbände	52 253	64 344	122 518	145 851	250 154	351 828
Sonstige Bauherren	62 983	39 841	38 863	28 558	33 056	49 496
Insgesamt	857 698	999 943	781 114	806 518	1 022 902	1 519 918
Straßenbauten						
Bund	226 925	318 844	268 361	265 144	285 807	421 657
Land	71 712	95 313	45 181	92 588	82 067	105 146
Gemeinden	51 063	88 208	51 384	31 207	75 973	171 983
Gemeindeverbände	35 632	46 027	59 046	66 314	120 009	131 408
Sonstige Bauherren	7 082	5 959	5 137	5 871	1 469	4 232
Zusammen	392 414	554 351	429 109	461 124	565 325	834 426
Straßenbrückenbauten						
Bund	227 077	173 693	64 971	107 267	128 640	201 698
Land	16 021	14 457	13 065	16 065	16 939	35 542
Gemeinden	3 880	8 107	1 526	41	3 783	2 734
Gemeindeverbände	4 335	13 950	2 430	5 272	9 353	12 529
Sonstige Bauherren	-	-	40	-	-	-
Zusammen	251 313	210 207	82 032	128 645	158 715	252 503
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen						
Bund	5 916	45 855	30 700	6 773	5 453	5 985
Land	-	-	-	-	-	-
Gemeinden	928	-	2 678	-	1 913	2 000
Gemeindeverbände	-	-	-	-	1 721	-
Sonstige Bauherren	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6 844	45 855	33 378	6 773	9 087	7 985
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten						
Bund	1 159	573	586	512	2 804	1 848
Land	1 021	850	277	1 531	7 390	2 447
Gemeinden	71 749	82 746	44 717	38 229	49 921	92 596
Gemeindeverbände	10 893	4 367	59 726	71 228	107 518	193 355
Sonstige Bauherren	55 098	30 632	29 170	19 421	27 267	29 590
Zusammen	139 920	119 168	134 476	130 921	194 900	319 836
Sonstige Tiefbauten						
Bund	63 003	57 655	92 374	67 606	72 644	65 866
Land	185	-	-	539	37	1 833
Gemeinden	1 823	9 457	3 913	4 607	6 321	7 259
Gemeindeverbände	1 393	-	1 316	3 037	11 553	14 536
Sonstige Bauherren	803	3 250	4 516	3 266	4 320	15 674
Zusammen	67 207	70 362	102 119	79 055	94 875	105 168

Auftragsvergaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im Tiefbau 1969-1978



57/79

STATISTISCHES LANDESANT RHEINLAND-PFALZ H

Beachtliche Baumaßnahmen stellen die Arbeiten an der Biewertalbrücke der BAB A 48, der Nimstalbrücke im Zuge der BAB A 60 (jeweils 13 Mill. DM) und einer Hochstraße in Ludwigshafen mit 45 Mill. DM dar.

Die restlichen knapp 30% aller Auftragsvergaben verteilen sich auf die übrigen drei Arten von Baumaßnahmen. Hier brachten es wasserwirtschaftliche Tiefbauten auf einen 21%igen Anteil (1971: 19%); sonstige Tiefbauten (6,9%) und Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (0,5%) hatten geringere Bedeutung.

Spitzenstellung für Rheinland-Pfalz

In allen elf Bundesländern wurde 1978 ein Auftragsvolumen im Tiefbau von zusammen 19 898 Mill. DM (einschließlich des vom Bauherrn gestellten Materials) erreicht. Der rheinland-pfälzische Anteil lag im Berichtsjahr bei 7,7%, im Jahre 1977 bei 6,1%. Als Maßstab für die regionale Tiefbautätigkeit bietet sich der

je Einwohner ausgegebene Betrag an. Dieser Wert, der zwischen den einzelnen Ländern erheblich differiert, kann von Großbauvorhaben erheblich tangiert werden. So wurden im Bundesdurchschnitt 1978 je Einwohner Aufträge in Höhe von 325 DM (1977: 277 DM) vergeben. Rheinland-Pfalz konnte das bereits überdurchschnittliche Vorjahresergebnis (284 DM) erheblich auf 421 DM je Einwohner, das entspricht Rang 2 in der Länderskala nach dem Saarland, verbessern.

Die günstige Plazierung von Rheinland-Pfalz ist insbesondere auf die erheblichen Vergaben im Straßenverkehrsbau zurückzuführen. Es überrascht daher nicht, daß das Land hier mit 299 DM je Einwohner den Bundesdurchschnitt um 124 DM überschreitet und damit die erste Stelle einnimmt. Diese Position hatte das Land bereits 1977 mit 199 DM (Bundesgebiet 153 DM) inne.

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen und vorgesehenen Ausführungszeiten 1978

Baumaßnahme	Insgesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Von Bauherren gestelltes Material	
		bis 3 Monate	über 3 - 6 Monate	über 6 - 12 Monate	über 12 Monate		
Straßenbauten	834 426	168 296	165 938	271 896	228 296	1 142	
Straßenbrückenbauten	252 503	14 678	22 376	75 476	139 973	60	
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	7 985	719	415	5 973	878	-	
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	319 836	45 135	61 383	121 305	92 013	5 480	
Sonstige Tiefbauten	105 168	25 035	28 867	32 784	18 482	3 156	
Insgesamt	1 519 918	253 863	278 979	507 434	479 642	9 838	

Ausführungszeit Bauherr Art der Tiefbaumaßnahme	Insgesamt		Mit einem Auftragswert von ... DM (ohne gestelltes Material)											
			unter 50 000		50 000 - 100 000		100 000 - 300 000		300 000 - 500 000		500 000 - 1 Mill.		1 Mill. und mehr	
	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM	An- zahl	1 000 DM
<u>Vorgesehene Ausführungszeit</u>														
bis 3 Monate	1 613	253 863	451	16 076	422	30 611	530	91 346	129	48 618	67	44 856	14	22 356
über 3 - 6 Monate	724	278 979	44	1 632	77	6 173	294	55 962	148	58 951	103	69 726	58	86 535
über 6 - 12 Monate	483	507 434	13	516	17	1 298	81	15 839	94	39 136	127	92 430	151	358 215
über 12 Monate	151	479 642	6	238	10	703	15	3 030	14	5 115	15	10 884	91	459 672
<u>Bauherren</u>														
Bund	931	697 054	148	5 365	158	11 503	270	47 811	106	40 906	106	72 674	143	518 795
Land	342	144 968	61	2 139	49	3 553	80	14 533	67	27 682	52	35 833	33	61 228
Gemeinden	649	276 572	148	5 246	139	10 211	197	36 115	58	22 078	50	35 873	57	167 049
Gemeindeverbände	924	351 828	136	4 956	165	12 446	324	59 164	134	52 857	90	63 321	75	159 084
Sonstige Bauherren	125	49 496	21	756	15	1 072	49	8 554	20	8 297	14	10 195	6	20 622
<u>Art der Tiefbau- maßnahme</u>														
Straßenbauten	1 661	834 426	289	10 467	340	25 092	475	86 916	222	87 171	177	123 696	158	501 084
Straßenbrückenbauten	264	252 503	29	1 117	30	2 326	55	9 499	42	16 949	49	33 282	59	189 330
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 1)	24	7 985	8	286	2	144	8	1 484	1	415	3	2 306	2	3 350
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten 2)	607	319 836	103	3 591	82	5 976	207	38 886	72	28 719	60	41 557	83	201 107
Sonstige Tiefbauten	415	105 168	85	3 001	72	5 247	175	29 392	48	18 566	23	17 055	12	31 907
Insgesamt	2 971	1 519 918	514	18 462	526	38 785	920	166 177	385	151 820	312	217 896	314	926 778

1) Einschl. Tiefbauten an Häfen. - 2) Einschl. Abwasseranlagen und Landeskulturbauten.

Die erfolgreichen Anstrengungen zur Verbesserung der Infrastruktur im Straßenbereich zeigen sich in einem Zehnjahresvergleich. Es ist Rheinland-Pfalz zwischen 1969 und 1978 sechsmal gelungen, das höchste Ergebnis je Einwohner unter den Bundesländern zu erzielen.

Mehr als 40% aller Vergaben durch Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine merklichen Verschiebungen ergaben sich im Berichtsjahr bei den Anteilen der Bauherren an der gesamten Vergabesumme. Während das Land und die sonstigen Bauherren ihre Quoten mit 10 bzw. 3% halten konnten, gab es geringe Veränderungen beim Bund mit 46% (1977: 48%) sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit 41% (1977: 38%). Langfristig gesehen hat sich ein erheblicher Veränderungsprozeß vollzogen: Der Bund als bedeutendster Bauherr liegt zwar derzeit noch an erster Stelle, hat aber in den vergangenen Jahren erheblich weniger gebracht. So sanken seine Anteile von 65% (1972) über 55% (1976) auf jetzt 46%. Umgekehrt gelang es den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den gleichen Jahren ihre Bedeutung als Bauherr erheblich zu steigern, nämlich von 21 über 27 auf nun 41%. Diese Tatsache wird auch durch die Höhe der Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr belegt; alle Bauherren konnten ihre Vergaben erheblich ausweiten, am stärksten aber die Gemeinden und Gemeindeverbände um 62% vor den sonstigen Bauherren (+ 50%), dem Bund (+ 41%) und dem Land (+ 36%).

Die Bauherren setzten bei der Vergabe der Mittel für die einzelnen Baumaßnahmen unverkennbare

Schwerpunkte. Der Bund, der insgesamt 89% seiner Mittel für Straßenverkehrsbauten ausgab, erreichte bei Straßen- und Straßenbrückenbauten im Vergleich zu den übrigen Bauherren die höchsten Anteile mit 51 bzw. 80%. Bei den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen war er mit 75% ebenso eindeutig an der Spitze wie andererseits die Gemeinden und Gemeindeverbände, die 89% ihrer Mittel für wasserwirtschaftliche Tiefbauten bereitstellten. Schwerpunkt bildete bei dieser Gruppe jedoch auch der Straßenverkehrsbau mit einem Anteil von 51% vor den wasserwirtschaftlichen Baumaßnahmen mit 46%. Das Land konzentrierte sich auf die Vergabe von Straßenverkehrsbauten (97%).

Mittel- und langfristige Aufträge überwiegen

Die vorgesehenen Ausführungszeiten werden in der amtlichen Tiefbaustatistik nach vier Gruppen erfaßt. Unterschieden werden Sofortaufträge mit einer Bearbeitungszeit bis zu drei Monaten (Typ A), kurzfristige Aufträge von drei bis sechs Monaten (Typ B), mittelfristige von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und langfristige mit einer Fertigungszeit von mehr als einem Jahr (Typ D).

Knapp zwei Drittel der Auftragsvergaben hatten eine mittel- oder langfristige Ausführungszeit. Im Vorjahr hatte dieser Wert noch bei 55% gelegen. Entscheidend hierfür war der Anstieg beim Typ D, dessen Quote sich von 19 auf 32% erhöhte, was insbesondere auf hohe Vergabesummen einiger Großprojekte zurückzuführen ist. Trotz dieses günstigen Verlaufs konnte bei weitem nicht das Spitzenergebnis des Jahres 1972 von 48% erreicht werden. Sofort- und kurzfristige Aufträge brachten es auf Anteile von 17 bzw. 18%.

Die Verlagerung zu den längerfristigen Aufträgen bedeutet gesamtwirtschaftlich für die im Tiefbausektor tätigen Unternehmen eine verlängerte Beschäftigungsgarantie und damit gleichzeitig die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wie in den vergangenen Jahren erreichte im Jahre 1978 abermals die Vergabesumme des Bundes den höchsten Anteil aller Bauherren an den langfristigen Aufträgen (41%). Dies überrascht nicht, da der Bund insbesondere an Großprojekten wie Autobahnen, Brückenbauten und Tiefbauten an Bundeswasserstraßen beteiligt ist. Zusammen mit dem Anteil des Typs C haben drei Viertel seiner Maßnahmen eine mittel- oder langfristige Ausführungszeit. Bei allen übrigen Bauherren dominierte eine Bearbeitungszeit von sechs bis zwölf Monaten.

Insgesamt ist die Zahl der erfaßten Tiefbauaufträge mit 2 971 nahezu konstant geblieben. Erheblich angestiegen ist jedoch die Anzahl der Vorhaben mit mehr

als zwölf Monaten Bearbeitungszeit, und zwar von 98 auf 151; die Fertigstellung jedes 20. Auftrages dauert somit länger als ein Jahr.

Jeder dritte Auftrag zwischen 100 000 und 300 000 DM

Die Aufgliederung der Vergaben nach Wertgrößenklassen läßt ebenso Rückschlüsse über die allgemeine Situation des Tiefbaugewerbes zu wie die Darstellung nach Ausführungszeiten. Bei den insgesamt 2 971 Aufträgen ergibt sich ein zahlenmäßiges Übergewicht der wertmäßig kleineren Vergaben, denn 35% von ihnen lagen in der Größenordnung bis 100 000 DM. Relativ stark besetzt war die Gruppe 100 000 bis 300 000 DM mit einem Anteil von 31%. Vergaben mit einem Auftragswert von 1 Mill. DM und mehr brachten es nach der Zahl der Fälle auf knapp 11%, nach dem Wert auf 61%. Bestimmend hierfür sind die Großvergaben im Straßen- und Straßenbrückenbau, von denen 60 bzw. 75% in die Kategorie von über 1 Mill. DM fielen.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Außenhandel 1960 bis 1978

Ausreichende Absatzchancen auf den ausländischen Märkten sind eine wesentliche Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum eines hochentwickelten Industriestaates. In den letzten Jahrzehnten ist die Verflechtung zwischen den nationalen Volkswirtschaften weltweit enger geworden, woraus eine stärkere gegenseitige Abhängigkeit resultiert. Im Vergleich zum Bundesgebiet zeigt Rheinland-Pfalz eine überdurchschnittliche Exportintensität. Während auf Bundesebene der Industrieumsatz zu rund 25% Auslandsgeschäfte umfaßt, sind es in Rheinland-Pfalz annähernd 30%.

Die Intensität des Außenhandels wird von einer Vielzahl Faktoren bestimmt, wobei insbesondere die konjunkturelle Entwicklung sowie die währungs-, diskont-, steuer- und zollpolitischen Einflüsse von Bedeutung sind. Aus übergeordneten volks- und weltwirtschaftlichen Gründen muß auf längere Sicht eine bestmögliche Abstimmung zwischen dem Ausfuhr- und Einfuhrvolumen angestrebt werden, damit das Zahlungsbilanzgleichgewicht sichergestellt ist. Vorausgesetzt wird eine bestimmte Höhe der Terms of Trade, welche sich als Verhältnis der Durchschnittspreise für Exportgüter zu denen für Importgüter errechnen. Die Terms of Trade geben an, welche Gütermenge bei konstantem Ausfuhrvolumen eingeführt werden kann. Im bundesdeutschen Außenhandel stellte in den letzten Jahren die starke Aufwertung der D-Mark eine wechselkursbedingte Steigerungskomponente dar, während gleichzeitig die beträchtlichen Preiserhöhungen für Rohöl und andere wichtige Rohstoffe mindernd auf die Terms of Trade wirkten.

Nachdem der Außenhandel bis in die 50er Jahre stärkeren Beschränkungen unterlegen hatte, war mit dem Inkrafttreten des Außenwirtschaftsgesetzes von 1961 eine Liberalisierung erreicht worden. Am 3. März 1961 erfolgte die erste Aufwertung der D-Mark, mit der die Parität gegenüber der US-Währung von 4,20 auf 4,00 DM je Dollar geändert wurde. Die nachfolgenden Jahre bis 1966 waren durch eine aufstrebende

Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet, wobei sich aber die beginnende Kosteninflation zunehmend ungünstiger auf die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit auswirkte. Nicht zuletzt hierdurch wurde die deutsche Wirtschaft in besonderem Maße von der allgemeinen Rezession der Jahre 1967/68 getroffen. In der anschließenden Erholungsphase gelang es, noch vorhandene technologische Rationalisierungsreserven zu mobilisieren. Die Jahre zwischen 1969 und 1973 waren durch eine gute Konjunktur gekennzeichnet, wobei allerdings die Inflationsraten der wichtigsten ausländischen Partnerstaaten erreicht und teilweise

Amtliche Devisenkurse zwischen Dollar und D-Mark 1960 – 1978

Jahr Monat	1 US-Dollar entspricht DM	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vormonat in %
1960	4,1704	- 0,2
1961	4,0221	- 3,6
1962	3,9978	- 0,6
1963	3,9864	- 0,3
1964	3,9748	- 0,3
1965	3,9943	0,5
1966	3,9982	0,1
1967	3,9866	- 0,3
1968	3,9923	0,1
1969	3,9244	- 1,7
1970	3,6463	- 7,1
1971	3,4795	- 4,6
1972	3,1889	- 8,3
1973	2,6590	- 16,6
1974	2,5897	- 2,6
1975	2,4631	- 4,9
1976	2,5173	2,2
1977	2,3217	- 7,8
1978	2,0084	- 13,5
1979 Januar	1,8473	- 1,8

Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank Nr. 1/79, S. 10.

sogar überschritten wurden. Ausgelöst durch die erste drastische Preissteigerung für Rohöl im Herbst 1973 erfuhr die Aktivität der Wirtschaft eine starke Dämpfung, die das Geschehen in den Jahren 1974 und 1975 entscheidend mitbestimmte. Während 1975 ein ausgesprochenes Rezessionsjahr war, schien sich 1976 wieder ein konjunktureller Durchbruch abzuzeichnen, der jedoch 1977 und 1978 durch eine relativ verhaltene Entwicklung abgelöst wurde, wobei sich auch die Wettbewerbsbedingungen am internationalen Markt verschärft haben.

Im Dezember 1971 wurde der US-Dollar, damals noch alleinige Schlüsselwährung des Weltwährungssystems, erstmals gegenüber dem Gold abgewertet, während gleichzeitig mehrere andere Währungen eine Aufwertung erfuhren. Für die D-Mark ergab sich zu diesem Zeitpunkt eine Aufwertung um 14% zum Dollar und um 6% gegenüber dem Durchschnitt aller wichtigen Währungen. Die Parität belief sich damals auf 3,22 DM je Dollar (Oktober 1969: 3,66 DM). Der starke Wertverlust des Dollars liegt vornehmlich darin begründet, daß die Wirtschaft der USA bereits um die Mitte der 60er Jahre im Zuge einer längerfristig überhitzen Konjunktur ihre Kosten- und Preisstabilität eingebüßt hatte. Da sich die noch auf einem System fester Wechselkurse basierende Neuordnung von 1971 im Hinblick auf die weltwirtschaftlichen Stabilitätsfordernisse als zu unelastisch erwiesen hatte, erfolgte im März 1973 eine generelle Wechselkurs-Freigabe. Gleichzeitig bildeten einige europäische Staaten zusammen mit der Bundesrepublik die sogenannte Währungsschlange, einen Währungsverbund der gegenüber den Nichtteilnehmern floaten konnte.

Auch in den folgenden Jahren hat sich der Wertverlust des Dollars fortgesetzt. Nach der amtlichen jahresdurchschnittlichen Notierung der Deutschen Bundesbank - errechnet aus den täglichen Devisenmittelkursen der Frankfurter Börse - stellten sich für 1977 und 1978 die Paritäten auf 2,32 bzw. 2,01 DM je Dollar, in den Jahren 1975 und 1976 auf 2,46 bzw. 2,52 DM. Mit der fortschreitenden Höherbewertung der D-Mark ist es den deutschen Exporteuren häufig nur noch durch größere Preiszugeständnisse, welche zu Lasten der Erträge gehen, möglich, ihre ausländischen Kunden zu halten.

Dieser Beitrag ist eine Darstellung der längerfristigen strukturellen Verschiebungen im rheinland-pfälzischen Außenhandel, vor allem auch im Bundesvergleich. Während nach Bundesländern gegliederte Ausfuhrangaben bereits ab 1950 vorliegen, können entsprechende Daten über die Einfuhr erst ab 1970 bereitgestellt werden. Die Exportdaten beziehen sich grundsätzlich auf den Spezialhandel bzw. den reinen Warenverkehr, während die Zahlen des Imports auf den Ergebnissen des umfassenderen Generalhandels basieren. Der Generalhandel umschließt zusätzlich die aus dem Ausland auf Lager, das heißt auf Zollgut- und Freihafenlager, eingeführten Güter.

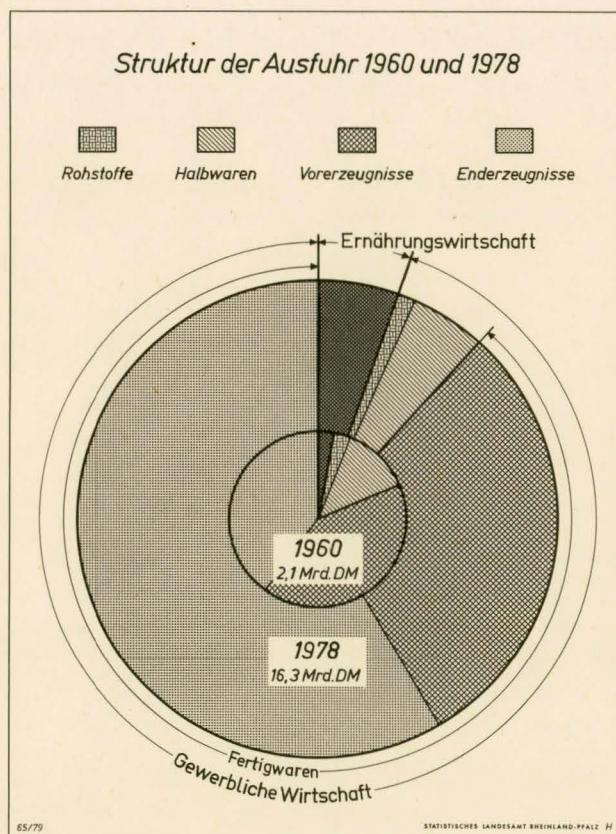
Zwischen 1960 und 1978 stieg der Export fast auf das Achtfache

Im Jahre 1978 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Güter im Wert von mehr als 16,3 Mrd. DM, was gegenüber 1960 eine Steigerung um 670% bedeutet. Der Export im Bundesgebiet nahm gleichzeitig nur um 490% auf 285 Mrd. DM zu. Damit vergrößerte sich im Betrachtungszeitraum der Anteil von Rheinland-Pfalz an der Ausfuhr des Bundesgebietes von 4,4 auf 5,7%. Die besondere Bedeutung unseres Außenhandels geht auch daraus hervor, daß von 1960 bis 1978 das Umsatzwachstum der rheinland-pfälzischen Industrie mit + 340% beträchtlich unter der vergleichbaren Exportsteigerung lag. Im Jahre 1960 hatte der industrielle Umsatz erst zu 16% aus Auslandumsatz bestanden, 1978 wurde eine Exportquote von 28% erreicht.

Die Jahre 1968 bis 1974 sind geprägt von ansehnlichen jährlichen Zunahmen der rheinland-pfälzischen Ausfuhr. Während im Rezessionsjahr 1975 der Export um 3,9% zurückging, konnte 1976 mit + 17,6% wieder eine beträchtliche Steigerung verzeichnet werden. 1977 und 1978 wurden Veränderungen von + 4,5 bzw. - 2,3% errechnet. Bedingt durch die starke Aufwertung der D-Mark hat sich gerade in den letzten Jahren die Wettbewerbssituation der deutschen Anbieter an den internationalen Märkten wesentlich verschärft. Als besonders erschwerend kommt hinzu, daß 1977 und 1978 die Aufwertung über das zwischen dem In- und Ausland bestehende Inflationsgefälle hinausging.

Anteil der Enderzeugnisse von 40 auf 58% gewachsen

Der rheinland-pfälzische Export betraf im Jahre 1978 zu gut 5% Güter der Ernährungswirtschaft und zu 95% Produkte der gewerblichen Wirtschaft. 1960 hatte sich dieses Verhältnis auf 3 zu 97% gestellt. Hier waren insbesondere für Wein und andere Genussmittel steigende Anteile zu verzeichnen gewesen. In der gewerblichen Wirtschaft wuchs zwischen 1960 und 1978 der Fertigwarenannteil an der Ausfuhr von 81 auf



Ausfuhr von Rheinland-Pfalz und vom Bundesgebiet nach ausgewählten Waren und Verbrauchsländern 1960 und 1978

Warengruppe Verbrauchsland	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet				Anteil Rheinland-Pfalz am Bundesgebiet	
	1960		1978		1960		1978		1960	1978
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%		
Warengruppen										
<u>Ernährungswirtschaft</u>	63	3,0	892	5,5	1 091	2,3	13 791	4,8	5,8	6,5
Lebende Tiere	0	0,0	13	0,1	53	0,1	509	0,2	0,9	2,5
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1	0,0	73	0,5	268	0,6	5 171	1,8	0,3	1,4
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	20	1,0	246	1,5	571	1,2	6 100	2,1	3,6	4,0
Genussmittel	42	2,0	559	3,4	200	0,4	2 012	0,7	20,9	27,8
Wein	40	1,9	444	2,7	48	0,1	495	0,2	82,3	89,7
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	2 063	97,0	15 450	94,5	46 696	97,4	268 965	94,5	4,4	5,7
Rohstoffe	64	3,0	180	1,1	2 182	4,6	6 101	2,1	2,9	2,9
Steine und Erden	46	2,2	129	0,8	149	0,3	731	0,3	31,1	17,6
Halbwaren	271	12,7	851	5,2	5 007	10,4	20 418	7,2	5,4	4,2
Chemische Halbwaren	150	7,0	380	2,3	968	2,0	2 800	1,0	15,5	13,6
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	3	0,1	45	0,3	400	0,8	3 353	1,2	0,7	1,3
Fertigwaren	1 728	81,3	14 419	88,2	39 506	82,4	242 446	85,2	4,4	5,9
Vorerzeugnisse	880	41,4	4 870	29,8	9 672	20,2	49 889	17,5	9,1	9,8
Kunststoffe	183	8,6	1 233	7,5	883	1,8	8 230	2,9	20,8	15,0
Chemische Vorerzeugnisse	427	20,1	2 235	13,6	2 125	4,4	13 683	4,8	20,1	16,3
Farben, Lacke, Kitte	147	6,9	651	4,0	632	1,3	1 700	0,6	23,3	38,3
Blech aus Eisen	61	2,9	563	3,4	1 323	2,8	5 136	1,8	4,6	11,0
Edel-, Schmucksteine, Perlen, bearbeitet	99	4,7	98	0,6	120	0,2	365	0,1	83,1	26,7
Enderzeugnisse	849	39,9	9 549	58,4	29 834	62,2	192 557	67,7	2,8	5,0
Spinnstoffwaren, Kleidung	12	0,6	149	0,9	530	1,1	4 999	1,8	2,3	3,0
Schuhe	7	0,3	104	0,6	40	0,1	474	0,2	18,3	21,9
Kautschukwaren	8	0,4	274	1,7	340	0,7	2 527	0,9	2,5	10,9
Eisenwaren	29	1,3	527	3,2	2 234	4,7	12 766	4,5	1,3	4,1
Maschinen	369	17,4	2 698	16,5	9 065	18,9	53 459	15,3	4,1	5,0
für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie	91	4,3	248	1,5	1 081	2,3	3 887	1,4	8,4	6,4
Pumpen, Druckluftmaschinen u.dgl.	30	1,4	290	1,8	519	1,1	4 758	1,7	5,9	6,1
Büromaschinen	1	0,0	683	4,2	441	0,9	3 993	1,4	0,2	17,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	69	3,3	357	2,2	4 074	8,5	29 692	10,4	1,7	1,2
Chemische Erzeugnisse	176	8,3	1 534	9,4	1 247	2,6	14 565	5,1	14,1	10,5
Kraftfahrzeuge	17	0,8	3 034	18,6	60 442	12,6	42 925	15,1	0,3	7,1
Verbrauchsländer										
Europa	1 470	69,1	11 192	68,5	32 308	67,4	205 850	72,3	4,6	5,4
Frankreich	139	6,5	2 259	13,8	4 202	8,8	34 764	12,2	3,3	6,5
Belgien/Luxemburg	130	6,1	1 250	7,7	2 890	6,0	23 549	8,3	4,5	5,3
Niederlande	209	9,8	1 224	7,5	4 210	8,8	28 689	10,1	5,0	4,3
Italien	177	8,3	1 172	7,2	2 847	5,9	19 116	6,7	6,2	6,1
Afrika	108	5,1	1 180	7,2	2 533	5,3	14 892	5,2	4,3	7,9
Algerien	1	0,1	121	0,7	58	0,1	2 428	0,9	1,9	5,0
Amerika	309	14,5	1 599	9,8	7 612	15,9	31 535	11,1	4,1	5,1
USA	123	5,8	927	5,7	3 723	7,8	20 294	7,1	3,3	4,6
Kanada	19	0,9	124	0,8	536	1,1	2 144	0,8	3,6	5,8
Asien	206	9,7	2 211	13,5	4 677	9,8	29 043	10,2	4,4	7,6
Australien und Ozeanien	33	1,6	160	1,0	672	1,4	2 491	0,9	4,9	6,4
Australien	27	1,3	134	0,8	556	1,2	2 035	0,7	4,9	6,6
Wirtschaftsräume										
Industrialisierte westliche Länder	1 616	76,0	12 058	73,8	38 355	80,0	218 703	76,9	4,2	5,5
Europäische Gemeinschaften	861	40,5	7 319	44,8	18 070	37,7	130 363	45,8	4,8	5,6
Andere europäische Länder	525	24,7	3 085	18,9	14 238	29,7	56 998	20,0	3,7	5,4
Vereinigte Staaten und Kanada	142	6,7	1 051	6,4	4 259	8,9	22 287	7,8	3,3	4,7
Übrige Länder	88	4,1	602	3,7	1 788	3,7	9 055	3,2	4,9	6,6
Entwicklungsländer	407	19,1	3 357	20,5	7 288	15,2	47 470	16,7	5,6	7,1
OPEC-Länder	101	4,7	1 761	10,8	1 802	3,8	22 889	8,0	5,6	7,7
Sonstige Entwicklungsländer	306	14,4	1 596	9,7	5 487	11,4	24 581	8,7	5,6	6,5
Ostblockländer	104	4,9	927	5,7	2 303	4,8	17 637	6,2	4,5	5,3
Insgesamt	2 127	100,0	16 341	100,0	47 946	100,0	284 573	100,0	4,4	5,7

Bedeutende Ausfuhrgüter nach den wichtigsten Verbrauchsländern 1978

Ausfuhr insgesamt	Kraftfahrzeuge	Maschinen	Chemische Vorerzeugnisse	Chemische Enderzeugnisse	Kunststoffe	Blech aus Eisen	Eisenwaren	Wein	Chemische Halbwaren
%									
Frankreich 13,8	Frankreich 14,0	Frankreich 13,2	Frankreich 10,1	Frankreich 13,2	Frankreich 15,9	USA 10,2	Frankreich 14,5	USA 42,8	Belg./Lux. 42,2
Belg./Lux. 7,7	Iran 6,0	Großbrit. 8,9	Italien 9,4	Italien 8,2	Italien 13,2	Iran 6,4	Italien 13,9	Großbrit. 21,8	Niederl. 9,6
Niederl. 7,5	Niederl. 4,4	Italien 8,2	USA 7,9	Belg./Lux. 7,5	Belg./Lux. 7,2	Frankreich 6,0	Niederl. 11,3	Niederl. 7,3	Frankreich 7,7
Italien 7,2	Belg./Lux. 4,2	USA 8,0	Belg./Lux. 7,1	Niederl. 7,4	Schweiz 6,2	Niederl. 4,6	Belg./Lux. 11,2	Belg./Lux. 2,1	Österreich 6,0
Großbrit. 6,2	Italien 4,0	Niederl. 4,6	Großbrit. 6,5	Großbrit. 5,6	Großbrit. 5,9	Schweden 3,6	Österreich 7,0	Schweden 2,0	Italien 5,8
USA 5,7	Großbrit. 3,7	Belg./Lux. 4,0	Niederl. 5,8	Österreich 5,3	Österreich 5,8	Belg./Lux. 2,4	Großbrit. 5,2	Frankreich 0,9	Schweiz 2,9
Schweiz 4,3	Österreich 2,4	Österreich 4,0	Schweiz 5,5	Schweiz 5,1	Niederl. 5,6	Großbrit. 2,2	Schweiz 4,7	Schweiz 0,5	Großbrit. 2,4
Österreich 4,2	Schweiz 1,8	Schweiz 2,9	Österreich 2,0	USA 4,1	Schweden 4,5	Schweiz 1,7	Schweden 2,8	Italien 0,2	USA 1,9
Schweden 2,5	Schweden 1,1	Schweden 2,8	Schweden 1,6	Schweden 4,0	USA 2,2	Österreich 1,3	USA 2,1	Österreich 0,1	Schweden 0,9
Iran 2,4	USA 0,4	Iran 2,3	Iran 0,1	Iran 1,2	Iran 1,1	Italien 1,0	Iran 1,6	Iran 0	Iran 0,1
Übrige 38,5	Übrige 58,0	Übrige 41,1	Übrige 43,0	Übrige 38,4	Übrige 67,6	Übrige 60,6	Übrige 25,7	Übrige 22,3	Übrige 20,5
Insgesamt 16 341 Mill. DM	3 034	2 698	2 225	1 534	1 233	563	527	444	380

88%, während die Quoten für Rohstoffe von 3,0 auf 1,1% und für Halbwaren von 13 auf 5,2% zurückgingen. Bei den Fertigwaren verminderte sich die Beteiligung der Vorerzeugnisse am Export von 41 auf 30%, während für Enderzeugnisse eine Steigerung von 40 auf 58% registriert wurde. Die ausgeprägte Konzentration der Ausfuhr auf Produkte eines höheren technologischen Reifegrades geht auch daraus hervor, daß im Betrachtungszeitraum auf Bundesebene der Anteil der exportierten Enderzeugnisse nur um 5,5 Punkte auf 68% stieg.

Bei der rheinland-pfälzischen Ausfuhr sind vor allem für Kraftfahrzeuge und Büromaschinen stark expandierende Anteile festzustellen, welche sich 1978 auf 19 bzw. 4,2% beliefen und denen 1960 noch keine größere Bedeutung zukam. Während zwischen 1960 und 1978 die Beteiligung von Maschinen an der Exportleistung leicht auf unter 17% fiel, erhöhten sich die Quoten für chemische Enderzeugnisse von 8,3 auf 9,4%, für Eisenwaren von 1,3 auf 3,2% und für Kautschukprodukte von 0,4 auf 1,7% spürbar.

Bei einem rheinland-pfälzischen Anteil von 5,7% an der Ausfuhr des Bundesgebietes im Jahre 1978 hatten chemische Vorerzeugnisse (16%), Halbwaren (14%) und Enderzeugnisse (11%) überproportionale Quoten. 1960 waren für diese Positionen mit 20 sowie 15 und 14% sogar noch höhere Anteile am Bundesergebnis ermittelt worden. Dabei ist die Chemie, wo zur Zeit ein Fünftel aller industriellen Beschäftigten tätig sind, der mit Abstand bedeutendste Industriezweig. Weitere Industrien mit überdurchschnittlichem Gewicht sind der Maschinenbau, die Schuhherstellung mit Schwerpunkt Pirmasens sowie der Steine- und Erdsektor im Neuwieder Raum. Während zwischen 1960 und 1978 die Anteile am Bundesexport bei Maschinen von 4,1 auf 5,0% und bei Schuhen von 18 auf 22% expandierten,

war bei Steinen und Erden eine beträchtliche Minde rung von 31 auf 18% zu registrieren. Die ausgeprägteste Steigerung des rheinland-pfälzischen Anteils verzeichnete die Ausfuhr von Büromaschinen und Kraftfahrzeugen. Im Berichtszeitraum erhöhten sich deren Quoten von 0,2 auf 17,1% (Büromaschinen) und von 0,3 auf 7,1% (Kraftfahrzeuge).

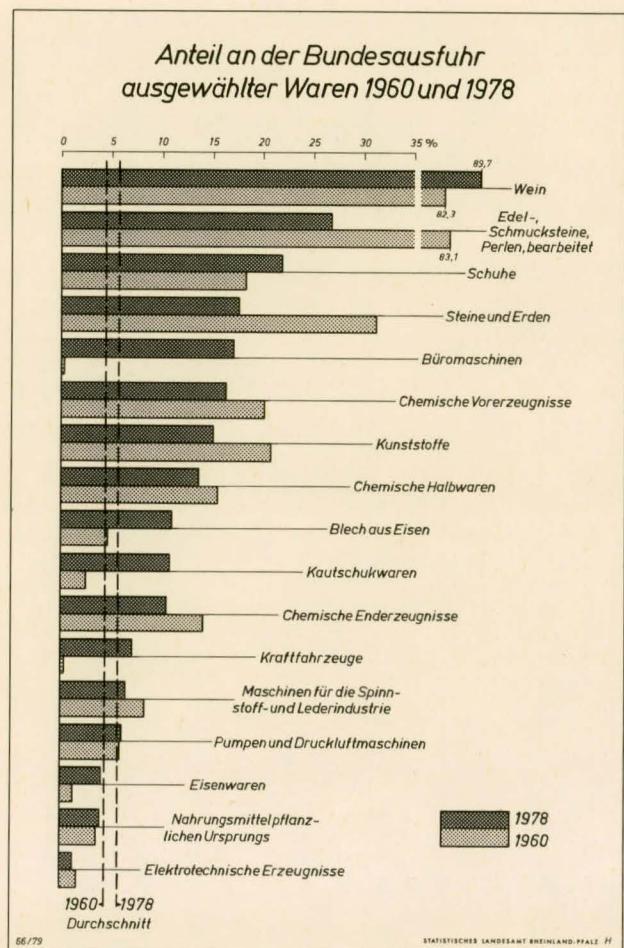
Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaften intensiviert

Drei Viertel der von der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ausgeführten Güter gelangen in die industrialisierten westlichen Länder, deren Anteil sich jedoch zwischen 1960 und 1978 von 76 auf 74% vermindert hat. Indessen stiegen die Quoten der Entwicklungsländer von 19 auf knapp 21% und der Ostblockländer von 4,9 auf 5,7%. Für die Ausfuhr des Bundesgebietes gilt ähnliches; hier sank die Beteiligung der industrialisierten westlichen Länder von 80 auf 77%, während sich der Anteil der devisenstarken Erdölförderländer (OPEC) von 3,8 auf 8% erhöhte. Im Jahre 1978 wurden Waren im Wert von 22,9 Mrd. DM in die OPEC-Staaten ausgeführt, woran Rheinland-Pfalz mit 7,7% beteiligt war.

Während die Bedeutung der industrialisierten westlichen Länder unter den Abnehmern von Ausfuhrgütern unseres Landes von 1960 auf 1978 im ganzen gesehen etwas zurückging, zeigten die Staaten der Europäischen Gemeinschaften einen von 41 auf 45% steigenden Anteil. Entsprechend ging die Quote der übrigen Länder Europas von 25 auf 19%, die der Vereinigten Staaten und Kanadas von 6,7 auf 6,4% zurück. Auch die Beteiligung der nicht zu Europa und Nordamerika gehörenden industrialisierten Länder westlicher Prägung am rheinland-pfälzischen Exportvolumen sank von 4,1 auf 3,7%.

Einfuhr von Rheinland-Pfalz und vom Bundesgebiet nach ausgewählten Waren und Herstellungsländern 1970 und 1978

Warengruppe Herstellungsland	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet				Anteil Rheinland-Pfalz am Bundesgebiet	
	1970		1978		1970		1978		1970	1978
	MiII.DM	%	MiII.DM	%	MiII.DM	%	MiII.DM	%		
Warengruppen										
<u>Ernährungswirtschaft</u>	746	15,9	1 637	15,7	20 924	19,1	38 606	15,8	3,6	4,2
Lebende Tiere	6	0,1	27	0,2	338	0,3	650	0,3	1,8	4,1
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	70	1,5	183	1,8	4 815	4,4	9 084	3,7	1,4	2,0
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	375	8,0	841	8,1	12 870	11,7	22 783	9,3	2,9	3,7
Genußmittel	295	6,3	586	5,6	2 901	2,6	6 088	2,5	10,2	9,6
Wein	166	3,5	277	2,7	540	0,5	1 070	0,4	30,7	25,9
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	3 947	84,1	8 783	84,3	87 233	79,6	201 916	82,8	4,5	4,3
Rohstoffe	683	14,5	1 666	16,0	14 809	13,5	30 770	12,6	4,6	5,4
Steine und Erden	62	1,3	72	0,7	759	0,7	1 082	0,4	8,1	6,7
Erdöl, roh	309	6,6	1 219	11,7	5 938	5,4	19 960	8,2	5,2	6,1
Halbwaren	811	17,3	2 127	20,4	17 660	16,1	37 702	15,5	4,6	5,6
Chemische Halbwaren	175	3,7	496	4,8	925	0,8	2 303	0,9	18,9	21,6
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	141	3,0	857	8,2	2 901	2,6	17 187	7,0	4,8	5,0
Fertigwaren	2 453	52,3	4 990	47,9	54 763	50,0	133 444	54,7	4,5	3,7
Vorerzeugnisse	878	18,7	2 003	19,2	16 999	15,5	35 348	14,5	5,2	5,7
Kunststoffe	106	2,3	334	3,2	1 822	1,7	4 621	1,9	5,8	7,2
Chemische Vorerzeugnisse	247	5,3	719	6,9	2 522	2,3	6 653	2,7	9,8	10,8
Farben, Lacke, Kitte	14	0,3	29	0,3	208	0,2	3 685	1,5	6,8	0,8
Blech aus Eisen	70	1,5	94	0,9	2 002	1,8	2 975	1,2	3,5	3,2
Edel-, Schmucksteine, Perlen, bearbeitet	43	0,9	109	1,0	336	0,3	903	0,4	12,8	12,1
Enderzeugnisse	1 575	33,6	2 986	28,7	37 764	34,5	98 096	40,2	4,2	3,0
Spinnstoffwaren, Kleidung	69	1,5	343	3,3	3 897	3,6	11 463	4,7	1,8	3,0
Kautschukwaren	52	1,1	108	1,0	911	0,8	2 069	0,8	5,8	5,2
Eisenwaren	67	1,4	178	1,7	1 739	1,6	4 482	1,8	3,8	4,0
Maschinen	745	15,9	642	6,2	8 522	7,8	16 225	6,7	8,7	4,0
für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie	34	0,7	19	0,2	653	0,6	732	0,3	5,3	2,6
Pumpen, Druckluftmaschinen u.dgl.	21	0,4	44	0,4	793	0,7	1 532	0,6	2,6	2,9
Büromaschinen	498	10,6	95	0,9	1 981	1,8	4 019	1,6	25,1	2,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	217	4,6	251	2,4	5 724	5,2	15 572	6,4	3,8	1,6
Chemische Erzeugnisse	119	2,5	287	2,8	2 645	2,4	7 705	3,2	4,5	3,7
Kraftfahrzeuge	51	1,1	346	3,3	6 019	5,5	14 899	6,1	0,8	2,3
Herstellungsland										
Europa	3 356	71,5	7 163	68,7	73 529	67,1	168 657	69,2	4,6	4,2
Frankreich	1 048	22,3	1 553	14,9	13 899	12,7	28 287	11,6	7,5	5,5
Belgien/Luxemburg	477	10,2	1 391	13,4	10 388	9,5	20 526	8,4	4,6	6,8
Niederlande	445	9,5	1 345	12,9	13 313	12,1	30 743	12,6	3,3	4,4
Italien	581	12,4	1 087	10,4	10 836	9,9	23 173	9,5	5,4	4,7
Afrika	370	7,9	1 215	11,7	7 905	7,2	15 555	6,4	4,7	7,8
Algerien	58	1,2	209	2,0	549	0,5	2 341	1,0	10,6	8,9
Amerika	663	14,1	1 004	9,6	19 260	17,6	28 748	11,9	3,4	3,5
USA	500	10,7	666	6,4	12 066	11,0	14 437	5,9	4,1	4,6
Kanada	35	0,8	63	0,6	1 851	1,7	1 963	0,8	1,9	3,2
Asien	268	5,7	1 005	9,7	8 020	7,3	28 855	11,8	3,3	3,5
Japan	50	1,1	200	1,9	1 750	1,6	6 220	2,6	2,9	3,2
Australien und Ozeanien	36	0,8	32	0,3	791	0,7	1 828	0,7	4,5	1,8
Australien	32	0,7	28	0,2	614	0,6	1 201	0,5	5,3	2,3
Wirtschaftsräume										
Industrialisierte westliche Länder	3 892	82,9	7 983	76,6	91 463	83,4	184 415	75,6	4,3	4,3
Europäische Gemeinschaften	2 767	59,0	5 811	55,8	54 207	49,5	119 766	49,1	5,1	4,9
Andere europäische Länder	477	10,2	1 102	10,6	19 322	17,6	37 209	15,3	2,5	3,0
Vereinigte Staaten und Kanada	535	11,4	729	7,0	13 917	12,7	16 401	6,7	3,8	4,4
Übrige Länder	112	2,4	341	3,2	4 017	3,7	11 040	4,5	2,8	3,1
Entwicklungsländer	613	13,1	2 168	20,8	13 746	12,5	46 897	19,3	4,5	4,6
OPEC-Länder	299	6,4	1 116	10,7	6 721	6,1	19 389	8,0	4,5	5,8
Sonstige Entwicklungsländer	313	6,7	1 052	10,1	7 025	6,4	27 508	11,3	4,5	3,8
Ostblockländer	188	4,0	269	2,6	4 397	4,0	12 532	5,1	4,3	2,1
Insgesamt	4 692	100,0	10 420	100,0	109 606	100,0	243 844	100,0	4,3	4,3



Unter den Staaten der Europäischen Gemeinschaften lag 1978 Frankreich mit Abstand an der Spitze, das 14% der von uns ausgeführten Erzeugnisse aufnahm, gefolgt von Belgien-Luxemburg (7,7%), den Niederlanden (7,5%) und Italien (7,2%). Im Jahre 1960 hatten die Niederlande und Italien mit Quoten von 9,8 bzw. 8,3% vor Frankreich (6,5%) gelegen. Bei der für Italien festgestellten Anteilminderung ist zu berücksichtigen, daß dort in den letzten Jahren eine besonders hohe Geldentwertung zu registrieren war, welche unsere Exporttätigkeit beträchtlich hemmte.

Von den wichtigsten rheinland-pfälzischen Exportgütern war der überwiegende Teil für die hochentwickelten westlichen Industrienationen bestimmt. Dies gilt namentlich für Kraftfahrzeuge, Maschinen, chemische Vor- und Enderzeugnisse, Kunststoffe, Blech und sonstige Eisenwaren, Wein, chemische Halbwaren, elektrotechnische Erzeugnisse sowie pharmazeutische Produkte (Anteil zusammen über 80%). Unter den jeweils zwei führenden Abnehmerstaaten der wichtigsten Güter traten 1978 Frankreich achtmal, Italien viermal, die Vereinigten Staaten dreimal, Großbritannien, der Iran und die Niederlande je zweimal sowie Belgien/Luxemburg einmal hervor. Von den exportierten Kraftfahrzeugen gelangte knapp ein Viertel nach Frankreich (14%), dem Iran (6%) und den Niederlanden (4,4%).

Einfuhr zwischen 1970 und 1978 um 122% gewachsen

Die rheinland-pfälzische Einfuhr stieg im Jahre 1978 gegenüber 1970 um 122% auf mehr als 10,4 Mrd. DM.

Innerhalb dieses Zeitraumes verlief die Entwicklung sehr ungleichmäßig, wobei für 1974 mit + 39% die höchste Zunahme und für 1975 ein Rückgang um 5,1% verzeichnet wurde. Während 1978 der Export um 2,3% zurückging, erhöhte sich der Import um + 4,1%. Dies zeigt, daß es infolge der D-Mark-Aufwertung der letzten Jahre für ausländische Anbieter leichter geworden ist, ihre Stellung an den Inlandsmärkten auszubauen.

Im Jahre 1978 verteilte sich die Einfuhr zu 16% auf Güter der Ernährungswirtschaft und zu 84% der gewerblichen Wirtschaft. Dieses Verhältnis entspricht dem von 1970. Gestiegen sind zwischen 1970 und 1978 die Anteile der Rohstoffe von gut 14 auf 16% und der Halbwaren von 17 auf 20%; die Vorerzeugnisse bleiben bei 19%. Die stärksten Anteilszunahmen waren für Rohöl (von 6,6 auf 12%), Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas (von 3 auf 8,2%) festzustellen. Auch die Quoten für chemische Halbwaren (von 3,7 auf 4,8%) und Vorerzeugnisse (von 5,3 auf 6,9%) expandierten.

Während auf Bundesebene zwischen 1970 und 1978 die Beteiligung der Enderzeugnisse an den Einfuhr von 35 auf 40% stieg, wurde in Rheinland-Pfalz eine Minderung um fast 5 Prozentpunkte auf 29% festgestellt. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine stark rückläufige Bedeutung des Imports von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen zurückzuführen, deren Anteile sich 1978 nur noch auf 6,2 bzw. 2,4% bezifferten (1970: 16 bzw. 4,6%). Mithin sank die Beteiligung von Büromaschinen an der rheinland-pfälzischen Einfuhr während dieser Zeit von 11 auf 0,9% (Bundesgebiet von 1,8 auf 1,6%).

Die rheinland-pfälzischen Importe waren im Jahre 1978 zu 4,3% an der Einfuhr des Bundesgebietes beteiligt. Gegenüber 1970 blieb diese Relation unverändert. Weit überdurchschnittliche Landesanteile zeigten 1978 insbesondere Wein (26%), chemische Halbwaren (22%), bearbeitete Edel- und Schmucksteine einschließlich Perlen (12%) sowie chemische Vorerzeugnisse (11%). Hierbei handelt es sich vornehmlich um solche Güter, welche auch auf der Exportseite mit überproportionalen Landesquoten hervortreten. Es ist somit davon auszugehen, daß diese eingeführten Waren - abgesehen von den Einflüssen bestimmter Preisvorteile im Ausland - hier größtenteils auch zur Weiterverarbeitung oder Veredelung bestimmt sind.

Zwischen 1970 und 1978 ging der Anteil der industrialisierten westlichen Staaten unter den Herstellungsländern rheinland-pfälzischer Importgüter von 83 auf 77% zurück. Auch die Quote der Ostblockländer reduzierte sich von 4 auf 2,6%. Demgegenüber stieg die Beteiligung der überwiegend Rohstoffe liefernden Entwicklungsländer von 13 auf 21%, worunter die OPEC-Staaten von 6,4 auf 11% expandierten. Im Jahre 1978 bezifferten sich für das Bundesgebiet die überwiegend aus Rohöl bestehenden Importe aus den OPEC-Ländern auf 19,4 Mrd. DM, woran sich Rheinland-Pfalz mit 5,8% beteiligte. Während des Berichtszeitraums erhöhte sich die rheinland-pfälzische Einfuhr aus dem OPEC-Bereich um mehr als 270% (Bundesgebiet + 190%).

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 638	3 637	3 635	3 631
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	1 048	1 082	1 900	1 887	910 ^P	1 156 ^P	1 871 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	3,4	3,9	6,2	6,1	2,9 ^P	4,1 ^P	6,1 ^P
* Lebendgeborne 2)	Anzahl	2 844	2 862	2 932	2 696	3 039	2 779	2 979 ^P	2 606 ^P	2 982 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	9,5	9,7	9,8	9,0	9,7 ^P	9,4 ^P	9,7 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	3 799	4 308	4 042	3 895	3 869 ^P	3 525 ^P	4 015 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	12,3	15,4	13,1	12,6	12,5 ^P	12,7 ^P	13,0 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	47	48	51	54
* je 1 000 Lebendgeborne 4)	Anzahl	15,8	17,7	15,9	18,8	17,1	18,9
* Überschuß der Geborenen bzw.										
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 651	- 807	- 867	- 1 612	- 1 003	- 1 116	- 890 ^P	- 919 ^P	- 1 033 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,7	- 2,8	- 5,8	- 3,2	- 3,6	- 2,9 ^P	- 3,3 ^P	- 3,3 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	7 028	5 751	6 824	6 080	6 858
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	1 817	1 523	1 707	1 255	1 872
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	3 884	3 213	3 882	3 205	3 710
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	6 873	5 902	7 161	5 851	6 372
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 447	1 506	1 744	1 490	1 336
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	4 070	3 419	4 263	3 216	3 719
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 197	107	151	- 151	- 337	229	486
Ausländer	Anzahl	- 94	167	370	17	- 37	- 235	536
Erwerbspersonen	Anzahl	- 349	- 212	- 186	- 206	- 381	- 11	- 9
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	9 664	8 153	9 418	9 654	9 842
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	71 633	75 676	61 173	57 461	72 462	67 818	51 139
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	39 662	44 584	31 800	28 667	42 456	39 429	25 368
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	2 471	4 862	899	1 560	5 426	4 586	952
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	5 163	5 829	3 586	2 764	5 210	4 841	2 345
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	26 404	27 825	23 135	21 017	26 289	25 006	19 056
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	5,6	5,9	4,7	4,5	5,6	5,3	4,0
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	10 644	11 223	13 113	10 795	12 109	13 959	16 217
Männer	Anzahl	6 921	7 691	6 600	6 726	8 121	6 752	7 503	8 949	10 662
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	406	467	643	350	324	506	955
Bauberufe	Anzahl	826	989	703	638	955	802	858	1 354	1 731
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	4 025	4 195	4 864	4 171	4 815	5 306	6 021
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	11 115	13 115	10 144	4 026	8 029	10 177	9 483
Männer	Anzahl	5 394	5 075	8 513	10 293	7 657	2 664	6 929	7 153	6 494
Landwirtschaft										
 Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682	.	.	.	682	.	.	.
* Milchkühe	1 000	237	238	.	.	.	238	.	.	.
* Schweine	1 000	699	729	.	.	.	729	.	.	.
Mastschweine	1 000	233	254	.	.	.	254	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	79	81	.	.	.	81	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	.	.	.	52	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	16 189	13 643	15 808	16 646	16 349	13 937	16 573
* Kälber	Anzahl	605	486	476	488	661	526	491	370	461
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	106 396	88 336	101 214	118 954	114 114	102 064	114 839
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	20 225	15 044	16 224	24 560	18 713	15 975	17 843
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 196	13 177	13 485	11 209	13 038	14 793	14 249	12 501	14 315
* Kälber	t	4 370	4 529	4 747	4 029	4 688	4 947	4 829	4 141	4 885
* Schweine	t	58	48	48	50	67	46	52	37	45
	t	7 705	8 521	8 618	7 067	8 198	9 695	9 289	8 257	9 302
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	75	94	108	59	52	46	84
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	70	67	81	69	72	69	82
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	92,0	91,7	92,6	92,8	93,6	93,0	93,7
* Milcheistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	9,5	10,1	11,0	9,3	9,7	10,3	11,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
		Anzahl								
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 904	2 896	2 890	2 894	2 882	2 874	2 880
* Beschäftigte	1 000	387	386	384	383	383	387	386	386	388
* Arbeiter 2)	1 000	276	274	272	271	272	275	273	274	275
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	41 379	37 943	40 850	37 210	41 200	38 288	41 950
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	844	804	865	1 165	911	867	916
* Löhne	Mill. DM	546	571	517	483	535	679	581	521	562
* Gehälter	Mill. DM	337	360	327	321	330	486	330	346	354
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	74	78	76	86	79	80	75	85
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	107	119	122	108	113	150	148	145	163
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	224	215	219	222	256	222	219
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	41	40	37	36	45	38	36
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	183	175	182	186	211	184	183
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	929	882	956	966	958	925	1 040
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	305	272	269	296	310	284	287
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	4 555	4 336	4 951	5 028	4 732	4 711	5 617
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 355	1 246	1 271	1 431	1 548	1 316	1 402	1 661
Produktionsindex										
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	114	113	124	129	111	123	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	120	124	128	137	122	131	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	117	120	125	134	117	126	125 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	114	120	126	125	113	128	125 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	67	57	84	81	42	54	64 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	126	133	135	134	127	140	138 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	120	122	125	161	119	121	121 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV-Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	135	139	122	127	136	213	113	122	110 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	113	118	119	113	113	120	118 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	71	72	73	53	64	69	68 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	126	124	132	151	133	143	148 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	79	52	101	79	49	75	
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	.	.	98	101
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	.	.	138	214
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	406	363	353	375	421	357	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 723	1 848	1 855	1 833	1 896	2 265	2 394	2 021	...
Stromlieferungen ⁶⁾	Mill. kWh	657	688	679	676	710	978	1 024	754	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 561	1 500	1 521	1 641	1 768	1 604	...
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	207	247	313	279	274	373	439	402	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	289	256	347	406	377		
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	68 093	67 168	68 879	71 468	69 063	69 006	70 584 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	38 492	37 670	38 879	39 640	38 285	37 901	37 987 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	14 619	14 583	14 994	15 508	14 939	15 224	16 598 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	7 963	4 780	9 536	6 685	4 812	6 540	10 445 ^P
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	5 138	3 275	5 948	4 377	3 444	4 434	6 299 ^P
Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	3 381	1 995	4 085	2 915	2 201	3 096	4 352 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	80	60	54	64	42	53	62 ^P
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	1 677	1 220	1 809	1 398	1 201	1 285	1 885 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	2 825	1 505	3 588	2 308	1 368	2 106	4 146 ^P
Hochbau	1 000	776	696	703	398	693	480	383	556	828 ^P
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	2 122	1 107	2 895	1 828	985	1 550	3 318 ^P
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 091	561	1 676	996	517	858	1 943 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	120	83	135	134	86	105	153 ^P
* Löhne	Mill. DM	119	125	101	64	117	111	67	85	132 ^P
* Gehälter	Mill. DM	18	20	19	19	18	23	19	20	21 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	257	192	260	668	184	198	335 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerlich Auszubildender.

3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 496	1 118	1 351	832	.	.	.
* mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 194	903	1 014	649	.	.	.
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	259	191	270	139	.	.	.
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	43	24	67	44	.	.	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 471	1 005	1 335	923	.	.	.
* Wohnfläche	1 000 qm	182	227	227	160	216	137	.	.	.
Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	10 651	7 512	10 100	6 328	.	.	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	295	216	288	192	.	.	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	2	3	2	2	.	.	.
Unternehmen	Anzahl	155	251	179	215	157	186	.	.	.
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 315	900	1 192	644	.	.	.
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	275	178	206	168	.	.	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	971	842	614	775	.	.	.
* Nutzfläche	1 000 qm	148	164	170	151	108	153	.	.	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	109	98	83	152	.	.	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	44	40	24	21	.	.	.
Unternehmen	Anzahl	173	194	219	131	176	142	.	.	.
Private Haushalte	Anzahl	5	7	12	7	6	5	.	.	.
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 315	1 611	2 227	1 475	.	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 252	1 277	1 428	1 484	1 309	1 331	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	50	53	71	64	56	72	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 202	1 224	1 358	1 420	1 253	1 259	...
Rohstoffe	Mill. DM	15	15	13	14	14	11	9	11	...
Halbwaren	Mill. DM	76	71	65	67	75	67	80	80	...
Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 124	1 144	1 268	1 342	1 163	1 168	...
Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	359	366	424	395	408	398	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	765	777	844	947	755	770	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG - Länder	Mill. DM	621	610	576	586	651	592	626	650	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	94	105	111	106	116	120	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	29	27	32	22	29	28	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	174	186	197	198	198	185	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	71	76	85	78	67	90	...
Irland	Mill. DM	4	5	5	3	4	8	7	6	...
Italien	Mill. DM	97	98	99	89	106	92	115	115	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	104	101	115	88	94	107	...
Österreich	Mill. DM	61	57	45	50	66	57	67	63	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	57	54	58	50	57	65	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	66	73	81	84	76	71	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	273	279	303	348	239	218	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	71	64	78	109	58	80	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	774	758	871	922	922	901	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	111	124	154	150	146	137	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	663	634	718	772	776	764	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	446	484	452	450	514	489	509	520	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	110	110	118	129	128	136	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	10	9	9	7	10	7	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	119	114	141	138	135	149	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	21	24	27	27	20	27	...
Irland	Mill. DM	2	2	2	2	2	3	4	2	...
Italien	Mill. DM	75	91	81	85	95	86	85	89	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	109	106	122	99	126	109	...
Österreich	Mill. DM	20	25	18	20	28	29	31	26	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	14	15	18	16	16	15	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	46	46	50	77	78	67	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	153	137	158	224	188	170	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	29	18	22	24	25	26	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	105	105	106	108	106	105	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	168	160	202	262	178	169	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	193	161	202	316	185	182	...
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	183	191	160	161	199	231	177	169	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	154	115	186	261	154	116	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	161	171	207	315	166	176	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	162	137	178	457	158	146	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	180	198	155	177	240	186	182	187	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	117	111	140	179	121	114	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	130	135	114	114	140	164	125	119	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	102	76	122	167	98	73	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	113	118	143	215	113	119	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	124	104	135	340	118	109	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	130	138	110	125	170	128	124	128	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	89	89	95	91	89	91	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	119	120	128	125	119	126	...
* Umsatz	1970 = 100	138	143	104	112	130	128	105	127	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	93	108	132	122	96	115	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	112	116	128	134	111	136	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	134	140	202	145	133	134	187
* Ausländer	1 000	62	69	18	18	29	20	18	17	22
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	450	498	759	537	467	487	659
* Ausländer	1 000	172	210	40	45	72	54	38	35	50
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 609	1 634	1 402	1 416	1 548	1 453	1 251	1 378	1 686
* Güterversand	1 000 t	1 308	1 423	1 060	1 063	1 311	1 116	766	935	1 546
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 560	14 468	13 872	13 082	19 960	9 852	13 303	13 940	23 508
Krafträder und Motorroller	Anzahl	352	558	215	291	1 132	141	158	354	1 283
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 197	12 795	12 606	11 920	17 399	8 819	12 182	12 602	20 499
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	520	480	656	503	610	547	952
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	471	320	639	306	291	369	622
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	8 375	8 943	8 358	8 173	7 716	10 206	10 581	7 540
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 948	1 940	1 645	1 317	1 652	1 775	1 197	1 240	...
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	6 427	7 003	6 713	6 856	6 064	8 431	9 384	6 300	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	2 282	1 857	2 348	2 546	1 681	1 755	...
* Getötete	Anzahl	79	80	69	56	71	80	30	51	...
Pkw - Insassen	Anzahl	43	42	33	26	42	47	19	34	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	22	18	19	25	8	11	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	2 213	1 801	2 277	2 466	1 651	1 704	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 479	1 273	1 389	1 718	1 217	1 192	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	293	220	271	317	248	223	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	701	539	752	793	480	537	...
Pkw - Insassen	Anzahl	453	452	411	319	380	493	310	339	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	161	110	131	143	114	100	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen 1)											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	42 306	48 370	42 290	42 860	43 476	48 370	48 470	49 172	50 025	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	41 587	47 559	41 590	42 166	42 763	47 559	47 651	48 347	49 182	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	33 759	38 898	33 752	34 283	34 814	38 898	38 881	39 440	40 146	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	7 838	7 883	7 948	8 661	8 770	8 907	9 036	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	8 599	8 954	9 136	9 380	9 205	9 427	9 783	
* an Unternehmen u.Privatpersonen	Mill. DM	8 525	9 171	8 336	8 720	8 876	9 171	8 979	9 212	9 556	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	263	234	259	208	225	215	227	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	4 453	4 466	4 551	5 860	5 874	5 952	6 081	
* an Unternehmen u.Privatpersonen	Mill. DM	3 938	4 924	3 910	3 932	4 020	4 924	4 930	4 990	5 075	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	543	534	531	936	943	962	1 007	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	28 538	28 747	29 076	32 319	32 573	32 968	33 318	
* an Unternehmen u.Privatpersonen	Mill. DM	21 296	24 803	21 506	21 631	21 918	24 803	24 972	25 238	25 516	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 031	7 115	7 158	7 516	7 601	7 730	7 802	
* Einlagen von Nichtbanken 3)	Mill. DM	37 882	42 302	37 852	38 329	37 932	42 302	42 252	42 666	42 510	
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	5 843	6 081	5 775	6 972	6 574	6 782	6 531	
* von Unternehmen u.Privatpers.	Mill. DM	5 359	6 449	5 363	5 488	5 387	6 449	6 124	6 120	6 071	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	480	593	388	523	449	662	460	
Termingelder	Mill. DM	8 159	9 752	8 236	8 376	8 345	9 752	9 920	9 974	10 045	
von Unternehmen u.Privatpers.	Mill. DM	6 855	8 539	7 053	7 065	7 014	8 539	8 756	8 728	8 851	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 183	1 311	1 331	1 213	1 164	1 246	1 195	
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	25 578	23 773	23 872	23 812	25 578	25 758	25 910	25 933	
* bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	13 805	13 870	13 841	14 813	14 929	15 016	15 038	
* Gutschriften auf Sparkonten 4)	Mill. DM	1 167	1 174	1 749	966	986	2 040	1 602	1 051	1 120	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	1 860	866	1 047	1 093	1 421	900	1 097	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse 5)	Anzahl	37	38	32	45	38	32	43	29	34	
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	22 727	11 390	6 164	3 685	8 494	6 815	4 395	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	-	-	-	1	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	853	770	1 029	750	838	738	868	
* Wechselseumme	1 000 DM	4 021	4 293	4 194	4 106	5 033	4 498	3 919	3 050	4 790	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	767 073	941 145	971 743	1603 253	804 109	1022 954	1137 893	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	431 380	601 516	742 524	1313 006	460 626	654 892	875 932	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	390 134	395 172	361 533	500 870	230 221	641 539	363 849	520 813	263 279	
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	-	224 255	-	-	-	233 202	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	54 738	35 922	370 699	462 466	64 982	22 529	398 061	
* Nichtveranlagte Steuern v.Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	5 444	5 363	3 428	7 078	10 034	4 001	4 301	
* Körperschaftsteuer 6)	1 000 DM	83 683	89 857	9 665	59 361	138 176	201 923	21 761	107 549	210 291	
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	-	48 071	-	-	-	95 782	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	335 693	339 629	229 219	290 247	343 483	368 062	261 961	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	269 963	254 887	144 843	221 821	266 146	272 282	179 489	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	65 730	84 742	84 376	68 426	77 337	95 780	82 472	
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	107 277	106 979	118 206	198 100	112 346	139 944	140 719	
* Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	8 718	7 010	8 562	5 096	8 273	9 835	9 032	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	96 376	97 814	107 698	190 658	101 732	126 957	130 698	
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	55 451	67 711	54 431	61 586	64 402	77 891	61 587	
* Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	5 927	30 419	4 586	7 606	9 591	33 677	3 789	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	36 483	26 085	30 059	32 909	41 122	28 888	37 196	
* Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	6 931	5 236	4 790	5 863	6 220	4 715	5 225	
* Gemeindesteuern 7)	1 000 DM	439 899	449 677 ^P	.	.	431 136	447 686	.	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 689 ^P	.	.	5 120	6 673	.	.	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	68 125 ^P	.	.	55 134	60 731	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697 ^P	.	.	307 011	323 930	.	.	.	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 395 ^P	.	.	28 615	20 659	.	.	.	
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622 ^P	.	.	24 976	26 155	.	.	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohndurchlaufende Kredite. - 4) Einschl.Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahrsumschriften bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	518 306	605 723	602 160	1 025 783	543 234	682 440	709 208
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	186 535	263 161	329 168	578 778	200 166	289 251	391 578
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	227 585	228 269	154 728	195 923	231 855	248 447	176 830
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	- 3 091	7 314	58	52 982	- 1 133	4 798	81
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	378 308	470 571	495 953	813 059	407 618	509 295	559 301
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	186 160	262 644	327 445	578 235	199 587	287 330	390 305
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	139 788	132 902	114 019	120 256	144 762	139 276	107 328
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	- 3 091	7 314	58	52 982	- 1 133	4 798	81
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1)	1 000 DM	555 654	571 797 ^P	.	.	540 822	621 910	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 2)	1 000 DM	197 767	203 584 ^P	.	.	199 138	210 482	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232 ^P	.	.	217 558	287 672	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	146,3	150,1	148,4	149,2	149,7	151,1	152,7	153,6	154,6
* Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	143,7	145,2	144,3	145,2	145,5	144,0	145,2	146,0	146,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Baulistungen am Bauwerk	1970 = 100	150,7	159,7	.	155,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	465	489	460	.	.	.	493	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	497	523	491	.	.	.	526	.	.
* Facharbeiter	DM	526	553	519	.	.	.	556	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	478	501	470	.	.	.	502	.	.
Hilfsarbeiter	DM	407	425	403	.	.	.	429	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	326	346	334	.	.	.	357	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	315	334	321	.	.	.	345	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	11,14	.	.	.	11,87	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	11,78	.	.	.	12,53	.	.
* Facharbeiter	DM	12,27	12,92	12,44	.	.	.	13,20	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	11,29	.	.	.	12,03	.	.
Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	9,70	.	.	.	10,26	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	8,39	.	.	.	8,98	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	8,04	.	.	.	8,70	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	41,3	.	.	.	41,5	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	41,7	.	.	.	42,0	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	39,8	.	.	.	39,7	.	.
Angestellte										
Bruttonatmonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 333	2 475	2 403	.	.	.	2 535	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 078	2 210	2 149	.	.	.	2 276	.	.
männlich	DM	2 553	2 704	2 634	.	.	.	2 783	.	.
weiblich	DM	1 640	1 745	1 696	.	.	.	1 797	.	.
Technische Angestellte	DM	2 945	3 098	3 000	.	.	.	3 142	.	.
männlich	DM	3 019	3 173	3 071	.	.	.	3 214	.	.
weiblich	DM	1 999	2 132	2 066	.	.	.	2 183	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 719	2 871	2 782	.	.	.	2 926	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 440	2 584	2 510	.	.	.	2 647	.	.
* männlich	DM	2 869	3 037	2 961	.	.	.	3 116	.	.
* weiblich	DM	1 929	2 047	1 974	.	.	.	2 095	.	.
Technische Angestellte	DM	2 999	3 153	3 052	.	.	.	3 196	.	.
* männlich	DM	3 063	3 218	3 115	.	.	.	3 261	.	.
* weiblich	DM	2 107	2 243	2 164	.	.	.	2 274	.	.
in Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 856	1 988	1 932	.	.	.	2 058	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 842	1 974	1 915	.	.	.	2 043	.	.
* männlich	DM	2 296	2 449	2 375	.	.	.	2 532	.	.
* weiblich	DM	1 485	1 586	1 547	.	.	.	1 640	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitt bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 531	61 400	61 353	61 348	61 333	61 332	61 321
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 477	29 874	28 926	14 847 ^P	16 160 ^P	20 415 ^r	29 077 ^r
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 238	48 529	46 165	45 740 ^P	45 402 ^P	44 480 ^r	47 825 ^r
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	61 095	58 744	63 058	62 395 ^P	68 237 ^P	58 706 ^r	64 715 ^r
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 10 857	- 10 215	- 16 893	- 16 655 ^P	- 22 835 ^P	- 14 226 ^r	- 16 890 ^r
Arbeitslose	1 000	1 060	1 030	1 091	1 213	1 224	927	1 007	1 171	1 134	1 134
Männer	1 000	567	518	559	657	688	422	495	645	629	629
Offene Stellen	1 000	235	231	186	205	224	234	222	238	267	267
Männer	1 000	139	141	114	125	134	153	139	148	168	168
Kurzarbeiter	1 000	277	229	258	251	251	155	127	135	167	167
Männer	1 000	210	180	193	194	192	118	91	105	124	124
Landwirtschaft											
Schweinebestand	1 000	20 589	21 386	21 386
Schlachtmenge 4)	1 000 t	326	331	328	334	298	381
Milcherzeugung	1 000 t	1 847	1 877	1 715
Produzierendes Gewerbe 5)											
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)											
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	104	111	115	109	112	131	122	107	116 ^P	116 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	105	113	119	113	118	132	126	114	122 ^P	122 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	103	110	115	108	113	129	122	108	117 ^P	117 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	101	112	105	106	112	127	108	106	119 ^P	119 ^P
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	102	109	124	110	115	129	132	109	117 ^P	117 ^P
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	103	110	115	110	115	131	121	109	116 ^P	116 ^P
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	113	117	120	111	114	137	128	113	119 ^P	119 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	92	95	83	74	70	119	89	56	70 ^P	70 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte	1 000	7 698	7 632	7 254	7 582	7 570	7 621	7 577	7 543	7 549	7 549
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	804	791	730	800	756	815	710	785	750	750
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill., DM	76 413	80 261	83 585	79 333	75 265	89 256	88 036	81 284	79 922	79 922
Auslandsumsatz	Mill., DM	17 679	18 966	21 213	19 001	18 084	20 723	23 167	18 595	19 145	19 145
Öffentliche Energieversorgung											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	32 860	33 266	24 857	33 262	34 938	38 139	26 300 ^P	26 300 ^P
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	3 756	3 890	3 839	3 673	3 787	4 365
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1 000	1 192	1 168	1 151	1 102	1 098	1 221	1 205	1 158	1 150	1 150
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	149	143	114	108	74	160	100	60	79	79
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill., DM	6 257	7 156	17 125	5 065	3 254	9 018	11 799
Baugenehmigungen											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	16 305	14 521	14 739	19 372	19 862
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	15 233	13 769	13 889	17 953	18 424
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	2 760	2 367	2 445	3 426	3 528
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	2 757	2 431	2 623	3 287	3 520
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	29 546	25 050	25 523	36 578	37 890
Handel											
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill., DM	21 348	22 794	25 435	21 313	21 366	25 395	25 018	23 103
EG-Länder	Mill., DM	9 767	10 225	10 716	9 938	9 920	11 832	11 224	10 973
Belgien / Luxemburg	Mill., DM	1 683	1 783	1 778	1 652	1 885	2 066	2 007	1 958
Dänemark	Mill., DM	554	502	538	429	477	582	610	463
Frankreich	Mill., DM	2 802	2 804	2 971	2 710	2 624	3 204	3 052	3 124
Großbritannien	Mill., DM	1 016	1 218	1 372	1 296	1 175	1 506	1 580	1 270
Irland	Mill., DM	59	65	66	74	70	95	88	127
Italien	Mill., DM	1 583	1 561	1 579	1 547	1 478	1 859	1 589	1 776
Niederlande	Mill., DM	2 070	2 293	2 411	2 230	2 212	2 521	2 298	2 255
Österreich	Mill., DM	1 041	1 212	1 342	989	1 094	1 315	1 296	1 113
Schweiz	Mill., DM	950	1 048	1 125	1 049	1 073	1 213	1 464	1 181
USA und Kanada	Mill., DM	1 369	1 614	1 970	1 644	1 783	1 940	1 872	1 768
Entwicklungsländer	Mill., DM	3 475	3 899	4 775	3 655	3 460	4 184	2 445	3 818
Ostblockländer	Mill., DM	1 452	1 392	1 930	1 414	1 248	1 519	1 632	1 323

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetteten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauptschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 470	19 592	21 214	19 414	18 765	21 843	21 192	21 053
EG-Länder	Mill. DM	8 916	9 444	11 441	9 362	9 344	10 710	10 890	10 280
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 588	1 630	1 843	1 497	1 591	1 876	1 821	1 691
Dänemark	Mill. DM	274	296	391	313	310	361	324	318
Frankreich	Mill. DM	2 153	2 275	2 568	2 267	2 317	2 570	2 434	2 492
Großbritannien	Mill. DM	712	871	1 839	901	862	1 134	1 774	1 021
Irland	Mill. DM	67	76	96	70	68	88	85	73
Italien	Mill. DM	1 575	1 727	1 705	1 655	1 739	2 064	1 778	1 903
Niederlande	Mill. DM	2 547	2 568	2 999	2 659	2 458	2 615	2 674	2 784
Österreich	Mill. DM	408	508	551	488	529	664	618	607
Schweiz	Mill. DM	564	656	1 371	654	700	902	1 473	786
USA und Kanada	Mill. DM	1 657	1 614	2 314	1 562	1 423	1 851	2 676	1 674
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 788	4 002	3 964	3 793	3 439	3 619	2 275	3 819
Ostblockländer	Mill. DM	915	945	1 232	1 060	802	1 171	972	1 165
Einzelhandel											
Umsatz	1970 = 100	159,7	170,7	238,3	155,2	151,3	198,5	240,6	166,3 ^P	158,1 ^P	
Gastgewerbe											
Umsatz	1970 = 100	138,0	146,7	137,6	127,6	125,1	136,1	145,5	125,7 ^P
Geld und Kredit											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	992	1 087	1 087	1 080	1 085	1 191	1 212	1 204	1 216 ^P	
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	770	839	839	829	834	909	929	921	932 ^P	
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	222	248	248	250	251	282	283	282	284 ^P	
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	756	820	820	808	815	878	902	886	894 ^P	
Spareinlagen	Mrd. DM	410	437	437	435	437	450	466	470	473	
Steuern											
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	15 950	18 160	34 101	17 846	15 295	15 602	35 840	18 473	15 340	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	10 469	12 208	26 266	10 620	7 723	8 574	27 233	11 110	7 628	
Lohnsteuer	Mill. DM	6 717	7 564	12 827	8 461	6 369	7 677	13 359	8 828	6 572	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 572	2 959	8 634	1 197	908	478	8 737	1 193	621	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 872	5 224	5 708	7 216	7 458	6 449	6 479	7 313	7 527	
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 047	3 280	3 671	5 197	5 280	3 996	4 077	5 140	5 075	
Bundessteuern	Mill. DM	3 272	3 398	5 268	1 594	3 586	3 941	5 681	1 765	3 639	
Zölle	Mill. DM	310	312	278	305	284	339	320	290	314	
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 734	2 901	4 822	1 118	2 956	3 423	5 216	1 303	2 942	
Preise											
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	147,8	152,0	150,7	151,1	151,5	151,0	151,9	153,0	154,3 ^P	
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	149,0	142,3	145,4	142,4	141,9	135,4	137,2	137,6	138,3 ^P	
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	140,8	144,5	144,6	145,2	145,2	147,2	147,5	148,5	149,6	
Preisindex für Wohngebäude											
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	141,9	148,7	.	.	153,3	160,5	
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	143,7	150,7	.	.	155,5	162,8	
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	128,3	131,4	.	.	135,3	143,0	
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	140,8	146,3	147,5	148,4	149,2	150,5	151,1	152,7	153,6	
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	136,8	143,7	143,5	144,3	145,2	143,1	144,0	145,2	146,0	
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	150,4	151,1	152,4	156,3	156,4	157,0	157,7	
Wohnungsmiete	1970 = 100	140,0	144,7	146,6	147,2	147,6	150,3	150,6	151,1	151,5	
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	179,8	182,3	182,3	187,5	190,8	198,6	206,6	
Übriges für die Haushaltungsführung	1970 = 100	135,5	140,2	142,3	143,8	144,8	146,5	146,9	148,0	148,3	
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	150,1	153,6	155,1	156,2	156,9	159,4	159,9	161,5	161,7	
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	148,1	154,4	157,0	157,6	158,7	163,0	163,2	163,9	164,9	
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	135,8	139,3	140,4	141,0	141,5	143,6	143,7	147,3	147,5	
Personliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	133,6	139,7	141,4	141,8	142,3	145,8	145,8	148,0	148,9	

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

kurz + aktuell

Bauland um 10% teurer

Der Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg im Landesmittel von 41,68 DM im Jahre 1977 auf 47,65 DM in 1978, was einer Verteuerung um 14% entspricht. Rohbauland erfuhr infolge regionaler Verschiebungen der Verkaufsgeschäfte einen leichten Preisrückgang und wurde zu einem Durchschnittspreis von 29,13 DM veräußert. In den letzten zehn Jahren ergab sich damit für baureifes Land ein Preisaufschlag von 122% und für Rohbauland von 152%.

Im Jahre 1978 haben 16 274 unbebaute Baulandgrundstücke mit einer Fläche von 15,8 Mill. qm und einem Verkaufswert von 596 Mill. DM den Eigentümer gewechselt. Gegenüber 1977 ist die umgesetzte Fläche um rund 25% und der erzielte Verkaufserlös um nahezu 37% angestiegen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Grundstücksveräußerungen um 14%. Drei Fünftel der Fläche waren baureifes Land, Rohbauland machte 23% aus. Die restliche Fläche verteilt sich auf Industrieland (10%), Land für Verkehrszwecke (4%) und Freiflächen (3%), mit Quadratmeterpreisen von 15,55 DM, 13,42 DM bzw. 14,37 DM. Der niedrigste Quadratmeterpreis für baureifes Land errechnet sich mit 12,72 DM für den Landkreis Birkenfeld, gefolgt vom Rhein-Hunsrück-Kreis und den Kreisen Bitburg-Prüm, Daun, Donnersberg und Kusel, alle mit einem Preis unter 20 DM. Den höchsten Mittelwert für diese Baulandart wies die Stadt Ludwigshafen mit über 164 DM je Quadratmeter auf. Es schlossen sich an Mainz (157 DM), Koblenz (133 DM) und Frankenthal (107 DM). Unter den Landkreisen wurden die höchsten Preise in Ludwigshafen (93 DM), Mainz-Bingen (81 DM), Bad Dürkheim (72 DM), Mayen-Koblenz (55 DM) und Ahrweiler (50 DM) gezahlt. wf

Heizölpreise erneut gestiegen

Noch immer steigende Rohölpreise mit spürbaren Auswirkungen auf ölabhängige Erzeugnisse, weitere erhebliche Verteuerungen bei verschiedenen Frischgemüsearten und bei Obst infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse sowie die Erhöhung der Fahrpreise bei der Bundesbahn kennzeichnen die Preissituation auf dem Verbrauchermarkt Mitte April.

Der Heizölpreis erhöhte sich von Mitte März bis Mitte April um 5,6% und lag damit um 15% über dem Höchstpreis während der Ölkrise 1973. In den vergangenen zwölf Monaten ergab sich eine Steigerung um 66%. Bei Kraftstoff war die Situation anders: Hier verteuerte sich Normalbenzin innerhalb Jahresfrist um etwa 3%, während sich gegenüber Dezember 1973 ein Preisaufschlag von 23% errechnet.

Obwohl neben weiteren Preiserhöhungen bei den meisten Frischgemüsearten, zum Beispiel bei Kopfsalat und Salatgurken, auch einige spürbare Preisnachlässe zu verzeichnen waren, lagen die Preise bei allen Arten fast durchweg erheblich über denen zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. So wurden Zwiebeln um 18%, Kopfsalat um 26, Rotkohl um 68, Blumenkohl um 70, Weißkohl um 74 und Wirsingkohl sogar um 114% teurer verkauft als im April 1978. Bei Kartoffeln beträgt der Mehrpreis 50%.

Geringfügigen Nachlässen bei den Preisen für Schweinefleisch, einigen Wurstsorten, Brathähnchen, Seefisch, Eiern, Vollmilch, festen Brennstoffen sowie Radio- und Fernsehgeräten stehen weitere leichte Preisanhebungen bei Textil- und Lederwaren, Möbeln sowie sonstigen Ausstattungs- und Gebrauchsgütern, die Tariferhöhung im Personenverkehr der Bundesbahn und eine weitere Anhebung der Entgelte für Handwerkerleistungen gegenüber. wf

kurz + aktuell

Stundenverdienste der Industriearbeiter gestiegen

Von Oktober 1978 bis Januar 1979 sind die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau in Rheinland-Pfalz um 1,1% auf 11,87 DM gestiegen. Im Vergleich zu Januar 1978 erhöhte sich der Stundenverdienst um 0,73 DM oder 6,6%.

Die Bruttostundenverdienste der Facharbeiter nahmen gegenüber Oktober 1978 um 0,9% auf 13,20 DM zu, bei angelernten Arbeitern um 1,2% auf 12,03 DM und bei ungelernten Kräften um 1,5% auf 10,26 DM. Mit 12,53 DM waren die Stundenlöhne der männlichen Industriearbeiter um 3,55 DM höher als die der Frauen (8,98 DM). Facharbeiterinnen erreichten gegenüber Oktober 1978 eine Steigerung ihrer Stundenverdienste um 1,3% auf 9,80 DM, angelernte Industriearbeiterinnen um 0,5% auf 9,17 DM und ungelernte Arbeiterinnen um 2,7% auf 8,70 DM.

Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter sind gegenüber Oktober 1978 - saisonal bedingt - um 0,8% auf 526 DM gesunken, die der Industriearbeiterinnen um 1,7% auf 357 DM gestiegen. Die Verringerung der Wochenverdienste bei den Männern dürfte auf Stundenausfälle zurückzuführen sein, und zwar überwiegend durch Witterungseinflüsse und Kurzarbeit in einigen Wirtschaftszweigen. Die bezahlte Wochenarbeitszeit aller Industriearbeiter ist seit Oktober 1978 um 0,7 Stunden auf 41,5 Stunden zurückgegangen.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau erhöhten sich von Oktober 1978 bis Januar 1979 um 1,2% auf 2 647 DM, die der technischen Angestellten dagegen nur um 0,1% auf 3 196 DM.

Im Wirtschaftszweig Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe stiegen die Bruttomonatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten um 1% auf 2 532 DM und die der weiblichen kaufmännischen Angestellten um 1,7% auf 1 640 DM. ze

Bruttostundenverdienste in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung um 4,8% gestiegen

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz erhöhten sich von Januar 1978 bis Januar 1979 um 0,65 DM auf 14,18 DM (+ 4,8%).

Die Stundenverdienste der Facharbeiter sind im gleichen Zeitraum um 4,9% auf 14,47 DM, die der angelernten Arbeiter um 6,5% auf 12,58 DM und die der ungelernten Kräfte um 3,3% auf 12,03 DM angestiegen. Mit 14,36 DM waren die Stundenlöhne der Männer im Januar 1979 um 4,32 DM höher als die der Frauen (10,04 DM). Facharbeiterinnen erzielten gegenüber Januar 1978 eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Stundenverdienste um 4,4% auf 12,11 DM, angelernte Arbeiterinnen um 2,7% auf 9,53 DM und ungelernte weibliche Kräfte um 3% auf 10,28 DM.

Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Männer nahmen von Januar 1978 bis Januar 1979 um 31 DM auf 602 DM zu (+ 5,4%), die der Frauen um 13 DM auf 407 DM (+ 3,3%).

Die Bruttomonatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 112 DM auf 2 861 DM (+ 4,1%), die der weiblichen um 134 DM auf 2 289 DM (+ 6,2%). ze

Stundenverdienste der Chemiearbeiter um 4,5% gestiegen

Von Januar 1978 bis Januar 1979 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundendienste der Arbeiter in der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz um 0,60 DM oder 4,5% auf 14,03 DM.

Die Stundenverdienste der Facharbeiter sind im gleichen Zeitraum um 4,1% auf 15,25 DM, die der angelernten Arbeiter um 4,5% auf 13,52 DM und die der ungelernten Kräfte um 6,7% auf 10,53 DM angestiegen. Mit 14,53 DM waren die Stundenlöhne der Männer im Januar 1979 um 3,77 DM höher als die der Frauen (10,76 DM). Facharbeiterinnen konnten ihre Stundenverdienste um 3,6% auf 12,82 DM verbessern, angelernte Arbeiterinnen um 4,4% auf 10,94 DM und ungelernte weibliche Kräfte um 4,4% auf 9,57 DM.

Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Männer nahmen von Januar 1978 bis Januar 1979 um 27 DM oder 4,7% auf 601 DM zu, die der Frauen um 21 DM oder 5,1% auf 429 DM.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der chemischen Industrie im Schnitt um 112 DM oder 3,5% auf 3 293 DM. Die Monatsbezüge der männlichen kaufmännischen Angestellten stiegen um 4,1% auf 3 511 DM, die der weiblichen kaufmännischen Angestellten um 4,9% auf 2 552 DM. Die technischen männlichen Angestellten erreichten eine Steigerung ihrer Monatsverdienste um 2,9% auf 3 558 DM, die weiblichen technischen Angestellten um 3,4% auf 2 614 DM. ze

Fast 150 000 Führerscheinbewerber im Jahre 1978

Von den technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1978 insgesamt 148 962 Prüfungen zur Erlangung einer Fahrerlaubnis der Klassen 1 bis 4 abgenommen. 42% der Prüflinge waren Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Führerscheinbewerber um 8,8% zugenommen. Jeder dritte ist durchgefallen (32,5%). Der Anteil der Prüflinge, die nicht bestanden haben, erhöhte sich gegenüber 1977 um 3 Prozentpunkte.

Fast drei Viertel (110 459) meldeten sich zur Erlangung eines Führerscheins der Klasse Drei. Der Anteil der Frauen betrug in dieser Klasse 53%. 19 615 Personen bewarben sich um eine Fahrerlaubnis der Klasse Eins, 16 605 Personen um eine der Klasse Vier und 2 283 der Klasse Zwei. Bei den Führerscheinbewerbern der Klasse Drei fielen 38% der Frauen und 33% der Männer durch. Gegenüber 1977 hat sich die Zahl der Bewerber um einen Führerschein der Klasse Drei um 8,1% erhöht. Bei der Klasse Vier waren es 11% und bei der Klasse Eins 10% mehr (Klasse Zwei + 9,2%).

Im Bundesgebiet meldeten sich im Jahre 1978 insgesamt 2 451 528 Personen zur Erlangung einer Fahrerlaubnis an gegenüber 2 305 195 im Jahr zuvor (+ 6,3%). 1978 betrug der Anteil der Frauen 41%. Insgesamt bestanden 825 632 Bewerber (34%) die Prüfung nicht. gz

Themen der letzten Hefte**Heft 10/Oktobre 1978**

Erziehungsberatung 1977
Steuerkraft der Gemeinden 1977
Umsatz des Handwerks 1976
Wohngebäude und Wohnungen 1978

Heft 11/November 1978

Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz -
Fünf Jahre Datenfernverarbeitung
Volkshochschulen 1977
Einzelhandel 1967 - 1976
Jahresverdienste 1975 - 1977
Einkommensschichtung 1974

Heft 12/Dezember 1978

Wirtschaftliche Entwicklung 1978
Wohngeld 1975 - 1977

Heft 1/Januar 1979

Ausländer 1978
Investitionen des verarbeitenden Gewerbes 1977
Steuerpflichtiges Vermögen 1974
Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1974-1978

Heft 2/Februar 1979

Reform der Bautätigkeitsstatistik
Weinbau 1978
Binnenschifffahrt 1970 bis 1977

Heft 3/März 1979

Datenverarbeitung im Krankenhaus
Bauhauptgewerbe 1978
Personal im öffentlichen Dienst 1977
Personenbeförderung der Straßenverkehrsunternehmen
1970 bis 1978

Heft 4/April 1979

Landtagswahl am 18. März 1979
Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände 1973 bis 1978
Hochschulfinanzen 1974 bis 1978
Grund- und Hauptschulen 1947 bis 1978
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1978
Meldepflichtige Krankheiten 1978

Themen der folgenden Hefte

Die finanzielle Bedeutung des Wegfalls der Lohnsummensteuer
Bevölkerungsentwicklung 1978
Baulandmarkt 1978
Arbeitnehmerverdienste 1976 - 1978
Fremdenverkehr 1978
Bilanzstruktur der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit

. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich

... = Angabe fällt später an

() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

Ø = Durchschnitt

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.